



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas 3,- DM



Inhalt: Dokumente zur Chile-Solidarität – Aktuelle Ereignisse in Indien –
R. Coutinho (MFA) zu Angola – 10 Jahre Putsch in Indonesien – Reisebericht aus
der VR Kongo – Syrien im Umbruch – EKD und Südafrika – Serie BRD-Multis –
Nationalkongreß von Kambodscha – PLO-Interview zum Libanon

Nr. 7-8/1975

Inhaltsverzeichnis

AIB-Aktuell

Gründung der Volksrepublik Moçambique	S. 3
Chile	
Julius Mader: Panzer für Pinochet	S. 5 – 6
Weltkirchenrat ruft zur Unterstützung der bedrohten chilenischen Kirche auf	S. 6 – 7
10. DGB-Bundeskongreß gegen den Terror in Chile	S. 8
Sozialistische Partei Chiles	
Einheitsfront zum Sturz der Diktatur	S. 9
Indien	
Zu den aktuellen Ereignissen	S. 10 – 12
Aufruf der Ministerpräsidentin - 27. Juni 1975	S. 12 – 13
Rede Indira Ghandis zur Begründung neuer Sozialmaßnahmen - 1. Juli 1975	S. 13
Indonesien	
AIB-Interview mit Vertretern der Kommunistischen Partei Indonesiens	S. 14 – 17
Kambodscha	
Sondertagung des Nationalkongresses Das Land aufbauen und es verteidigen	S. 18 – 19
Angola	
Vizeadmiral Rosa Coutinho (MFA) zu den Verschwörungen gegen ein fortschrittliches Angola	S. 20 – 23
Volksrepublik Kongo	
Peter Wilke: Zu Gast in der VR Kongo	S. 24 – 27
Zimbabwe	
Ein Land, ein Volk, eine Stimme, eine kämpfende Kraft	S. 28 – 30
Republik Südafrika	
Regis September	
Neue Entwicklungen im Südlichen Afrika	S. 31 – 32
Pfarrer Horst Symanowski: Die EKD und westdeutsche Investitionen in Südafrika	S. 33 – 35
Arbeiterbewegung	
Interview mit Bedan Fadhil, Generalsekretär des Generalverbandes der Irakischen Gewerkschaften (G. F. T. U.)	S. 35 – 37
Syrien	
Hasan M. Dudin: Syrien im Umbruch: an der Spitze kein Platz für Mokka-Servierer	S. 38 – 42
Länderübersicht	S. 40 – 41
Erklärung der Arabischen Sozialistischen Baath Partei Syriens - April 1975	S. 43 – 44
Libanon	
Gespräch mit Zuheir Muhsin (PLO): Die Falange – Instrument gegen den palästinensischen Widerstand	S. 45 – 47
Multinationale Konzerne und Entwicklungsländer	
Fritz Rische: Die neokoloniale Expansion der westdeutschen Konzerne und die Bonner Entwicklungspolitik (1. Teil)	S. 48 – 53
Kurzinformation	
Brasilien/BRD, Argentinien, UNO-Weltfrauenkonferenz, Kapverdische Inseln, Südvietnam, SCI-Workcamp für Vietnam	S. 54 – 56

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf J. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner (presserechtlich verantwortlich), Wolfram Bröner, Wolfgang Ritter, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.
Postscheckkonto 312093-607 Psch.A Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
D. Fendt, M. Hellmann, O. Jäckel, E. Jettka,
J. Ostrowsky, M. Passolt, B. Pflug, E. Probst, G. Ritter,
B. v. Schönberg, B. Schwiening

Redaktionsschluß dieser Nummer: 15. Juli 1975

Bitte beachten Sie unsere Beilagen:

- Bestellkarte des AIB
- Spendenaufruf des ASK "Chiles Volk braucht Hilfe"

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PSchA Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Gründung der Volksrepublik Moçambique

Mit der Ausrufung der Volksrepublik Moçambique durch Samora Machel am 25. Juni 1975 wurden 477 Jahre portugiesischer Kolonialherrschaft in diesem Land formell beendet; 477 Jahre einer "Geschichte der Erniedrigung, der Sklaverei, der Massaker, Demütigung, Ausbeutung und Unterdrückung". Die Erringung der Freiheit ist zum einen der Erfolg des siegreichen Kampfes der FRELIMO; zugleich wurde dieser Befreiungskampf zu einem auslösenden Moment für den Sturz des faschistischen Regimes in Portugal, beschleunigte umgekehrt der revolutionäre Prozeß im "Mutterland" die Entwicklung in Moçambique. Welche Veränderungen sich hierbei abgespielt haben, deutete die herzliche Umarmung zwischen Portugals Ministerpräsident Gonçalves und dem neuen Staatspräsidenten Samora Machel an.

Die „häßlichen Bundesdeutschen und Amerikaner“

Die herausragende Bedeutung dieser Entwicklung für Afrika spiegelt sich in der Ausführlichkeit wider, mit der sich die Weltpresse der Unabhängigkeitserklärung widmete.



Übereinstimmend kommen auch bürgerliche Kommentatoren zu dem Ergebnis, daß die Errichtung eines revolutionären Regimes die Freiheitsbewegungen in Zimbabwe, Namibia und der Republik Südafrika verstärken und unterstützen werde, daß die rassistischen Regimes unter verschärften Druck geraten. Mit dem Sieg in Moçambique ist der Einflußbereich des Rassismus und Imperialismus weiter geschmolzen, rückt der Sturz der nächsten Bastionen näher.

Daß mit der Zurückdrängung der Fronten des Kolonialismus und Rassismus auch die Verbün-

deten der weißen Regimes eine Niederlage erlitten, wurde bei den Unabhängigkeitsfeiern überdeutlich: Nicht eingeladen waren neben Südafrika und Frankreich auch "die 'häßlichen' Bundesdeutschen und Amerikaner" - so die Süddeutsche Zeitung am 25. Juni 1975. Die Bundesregierung erhielt mit diesem Schritt die Quittung für das zynische Spiel, das sie in ihrer Afrika-Politik bislang trieb: Eines teils ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Beziehungen zu Südafrika und dem portugiesischen Kolonialismus stetig auszubauen, andererseits dies durch heuchlerische Erklärungen und Bekenntnisse zu kaschieren und sich bei den Befreiungsbewegungen anzubiedern. Gelernt scheint Bonn freilich nichts zu haben: Während von einem Kredit für Moçambique gesprochen wurde, bemühte sich Außenminister Genscher Ende Juni d.J. bei einer Afrikareise als Konzernvertreter um Verständnis für Bonns Südafrikapolitik und um die Spaltung der Front afrikanischer Regierungen gegenüber den Rassistensregimes. Damit wird deutlich, daß die BRD auch künftig nicht zu den Staaten gehören dürfte, die am Aufbau eines wirklich freien und unabhängigen Moçambique interessiert sind - im Unterschied zu jenen Ländern, die auch bisher die Befreiungsbewegung nachhaltig in ihrem Kampf unterstützt haben.

FRELIMO: „Der Kampf geht weiter“

Die Verwirklichung der Verfassungsziele - Überwindung der kolonialen Hinterlassenschaft, Gewährleistung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit - stößt auf eine Vielzahl gewaltiger Probleme. Angefangen von den Kriegszerstörungen, über die Massenflucht qualifizierter weißer Fachkräfte, die Erschöpfung der Devisenreserven reichen sie bis zur Verbindung Moçambiques mit der südafrikanischen Wirtschaft und den damit gegebenen Druckmöglichkeiten. Andererseits verfügt Moçambique über bedeutende Rohstoffvorkommen, ist die RSA ihrerseits auf das Funktionieren der Verbindungen mit Moçambique angewiesen. Vor allem aber: Moçambique kann in einer Zeit mit dem Aufbau einer "neuen Gesellschaft, die von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreit ist", beginnen, in der es auf die umfangreiche Hilfe der sozialistischen Länder bauen kann; bereits jetzt sind Abkommen zwischen Moçambique und der Sowjetunion, der DDR, Bulgarien und anderen sozialistischen Staaten abgeschlossen worden, sind Hilfsmaßnahmen im Gange. Und schließlich: Die führende Rolle der FRELIMO in diesem Prozeß, ihre Erfahrung, ihre Praxis - z.B. in der Alphabetisierungskampagne - stellen eine gute Ausgangsposition her. "Der Kampf geht weiter", lautet die Devise der FRELIMO - nun nicht mehr in erster Linie mit der Waffe in der Hand, sondern im Ringen gegen Hunger, Armut und Unwissenheit. Daß der Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus auch international weitergeht, daß die Solidarität der Volksrepublik Moçambique dem Kampf der Völker für die nationale Befreiung gilt, wie es die Verfassung formuliert, stellt zugleich eine Aufforderung dar, die internationalistischen Anstrengungen fortzusetzen und zu verstärken, um die Reste des Kolonialismus im Südlichen Afrika zu beseitigen und um zu erkämpfen, daß Angola denselben Weg gehen kann wie Moçambique!

Mit Sicherheit wird das faschistische Chile auch 1975 die höchste Inflationsrate aufzuweisen haben: Alle Schätzungen deuten auf über 200% hin. Gegenwärtig leben - nach Angaben des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates - etwa 2,2 Mio Chilenen in großer Armut, sind 700.000 Erwerbsfähige ohne Arbeit und ohne jede finanzielle Unterstützung. Die Pinochet-Junta beabsichtigt jetzt, der katastrophalen Wirtschaftslage mit einer sogenannten "Schockbehandlung" zu begegnen, das berichtete die Londoner Financial Times Anfang Juli 1975. Es sei gewiß ein "Schock" - so das großbürgerliche Blatt - für die Betroffenen gewesen, "als die Arbeitslosenrate offiziellen Ziffern zufolge auf 13,3% gegenüber 9,2% im März stieg". Es werde bereits für September 1975 mit einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit auf rund 20% gerechnet.

Erhöhte Gefahr für UP-Führer und Bischof Frenz

Auf die Belegung des chilenischen Widerstandes, sichtbar u.a. in Protestaktionen zum 1.Mai und Streikämpfen, reagierte die Junta angesichts der desolaten Wirtschaftslage mit außerordentlicher Nervosität:

- Mitte Juni erklärte General Pinochet in einer hysterischen Ansprache, solange er lebe, werde es in Chile keine Wahlen geben.
- Hatte die Junta noch im Juni Angriffe des UN-Generalsekretärs Waldheim mit einer Einladung von UN-Delegierten nach Chile zu kontern versucht, so verweigerte sie nun Anfang Juli einer Delegation der UN-Menschenrechtskommission die Einreise.
- So wurde der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Luis Corvalan, in das als Folterhöhle des Geheimdienstes DINA berüchtigte Konzentrationslager "Tres Alamos" verschleppt; so wird dem UP-Minister und Exekutivsekretär der Christlichen Linken, Pedro Felipe Ramirez, trotz einer Tuberkulose-Erkrankung ärztliche Betreuung verweigert. Wie Corvalan und Ramirez schwebt auch der am 25.Juni d.J. verhaftete und an einen unbekannt Ort verschleppte Generalsekretär der Sozialistischen Jugend Chiles, Carlos Lorca, in akuter Lebensgefahr.
- Einer seit Monaten anhaltenden, an Rufmord grenzenden Verleumdungskampagne der Junta und ihrer Medien sieht sich der evangelisch-lutherische Bischof Frenz ausgesetzt. Bischof Frenz hatte im September 1973 ein Hilfswerk für politisch Verfolgte, Gefangene und ihre Familien, das "Komitee der Zusammenarbeit für den Frieden in Chile" (vgl. AIB, Nr.10/1974), ins Leben gerufen und internationale Anerkennung erlangt. Nachdem er sich trotz wiederholter Drohungen und Verhöre standhaft weigerte, eine Erklärung zur Unterstützung der faschistischen Junta zu unterzeichnen, spaltete sich auf Betreiben der Junta die evangelisch-lutherische Kirche in Chile und Bischof Frenz sowie vier weiteren chilenischen Pfarrern wurde die Ausweisung angedroht. In einem nachstehend wiedergegebenen Aufruf vom 20.Juni 1975 erklärt sich der Weltkirchenrat mit den Betroffenen solidarisch und fordert zur aktiven Unterstützung der chilenischen Antifaschisten auf.

Wachsende Solidarität der Gewerkschaften

Zur Weiterentwicklung der Chile-Solidarität rief auch der 10. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auf, der vom 25.-31.Mai in Hamburg tagte.



Alltag in Chile: Unter den Abfällen eines Marktes suchen Mütter nach etwas Esbarem für ihre Kinder.

Verschiedene Einzelgewerkschaften, DGB-Landesbezirke und die Gewerkschaftsjugend entfalten seit dem Putsch in Chile kontinuierliche und vielfältige Solidaritätsaktivitäten. Beispielsweise führte eine im April 1974 gegründete "Chile-Initiative Hessischer Gewerkschaftssekretäre" im Sommer des vorigen Jahres eine bundesweite Unterschriftenaktion zugunsten der chilenischen Arbeiter durch, bei der über 10.000 Gewerkschaftssekretäre unterzeichneten. Im September 1974 unterstützte der Hauptvorstand der ÖTV den von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) beschlossenen zweitägigen weltweiten Boykott gegen chilenische Schiffe und Flugzeuge; und die gewerkschaftlich organisierten Hamburger Hafnarbeiter verhinderten damals erfolgreich die Abfertigung einlaufender chilenischer Frachtschiffe. Besondere Beachtung verdienen auch Initiativen des DGB-Landesvorstandes Hessen anlässlich des 22.Jahrestages der chilenischen Gewerkschaftszentrale (CUT) im Februar 1975 oder der IG Metall im März d.J., in denen die Bundesregierung aufgefordert wurde, die anstehenden Umschuldungsverhandlungen mit der Pinochet-Junta zu boykottieren. In der IG-Metall-Zeitung hieß es: "Die Junta kann nur überleben, wenn sie Kapitalspritzen aus dem Ausland bekommt. Darum keinen Pfennig für die Folterknechte in Santiago" (Metall, Nr.4/1975). Weitere Manifestationen der Solidarität stellte das Auftreten chilenischer Gewerkschaftsvertreter auf den DGB-Kundgebungen zum 1.Mai oder des Präsidenten der CUT auf dem Hamburger Bundeskongreß des DGB dar.

Als Ausdruck des Engagements des DGB in der Chile-Solidarität ist denn auch die Verabschiedung der Resolution "Terror in Chile" auf dem DGB-Bundeskongreß zu werten, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Kritisch bleibt allerdings anzumerken, daß im letzten Absatz der Resolution, entgegen den Formulierungen der "Solidaritäts-Plattform" der CUT vom Januar 1975, nicht etwa die Bundesregierung zum Boykott der Umschuldungsverhandlungen, zur Verweigerung von Hermes-Bürgschaften für Konzerninvestitionen in Chile oder zur Unterbindung westdeutscher Waffenlieferungen an die Junta aufgefordert wird. Auch stimmt die abschließende Aufforderung des DGB an die Bonner Regierung, sie möge sich weiter um Ausreisemöglichkeiten für politische Gefangene bemühen, nicht mit der gegenwärtigen Orientierung des chilenischen Widerstandes, der CUT und der Internationalen Chile-Kommission überein. Letztere stellte z.B. im Fe-

bruar d.J. in ihrer Abschlusserklärung der Mexiko-Tagung fest: "Wenig Befriedigung kann durch die Freilassung der Gefangenen erzielt werden, da sie sofort aus ihrem Land ausgewiesen werden. Dies stellt eine willkürliche Bestrafung dar." (ASK-Informationen, Nr.1/1975)

„Humanitäre Hilfe“ Bonns für Chile?

Daß es bei den Bonner Kontakten mit der Pinochet-Junta auch künftig eben nicht - wie es in der Resolution des DGB heißt - um "humanitäre Hilfe" geht, sondern um mehr oder weniger verdeckte Stützungsmaßnahmen für das faschistische Regime, darauf deuten weitere Tatbestände jüngeren Datums hin:

- Anfang Juli wurde die Entscheidung der Bundesregierung bekannt, mit der Junta - trotz aller Proteste gegen Umschuldungsverhandlungen bzw. finanzielle Erleichterungen - neue Rückzahlungserleichterungen auszuhandeln. Der Parteitag des SPD-Unterbezirks Münster/Westfalen mißbilligte diese Bonner Haltung.

Julius Mader

Panzer für Pinochet

Die direkten und indirekten Militärausgaben der Pinochet-Junta beanspruchen über die Hälfte des chilenischen Staatshaushalts und reichen zur Finanzierung des Terrorapparates immer noch nicht aus. Dabei hat Pinochet bereits die zweitstärkste Militärmacht Südamerikas nach Brasilien aufgebaut. Die bewaffneten Kräfte sind im Vergleich zur Zeit der Allende-Regierung um über 40 Prozent verstärkt worden. Seit dem September-Putsch von 1973 berief die Junta allein 46 000 Rekruten ein und ließ weitere 200 000 Reservisten auf ihre "politische Zuverlässigkeit" hin überprüfen.

Pinochets stärkste Teilstreitkraft bildet das Heer, das in drei Armee-korps und eine Armee-Eingreifdivision gegliedert ist.

Bewaffnete Kräfte der Junta:

Heer	41 500
Carabineros (Polizei)	24 500
Kriegsmarine	22 000
Luftwaffe	9 000
DINA-Geheimdienst	8 000
Insgesamt	105 000

Die Junta setzt alles daran, den Anteil der motorisierten Einheiten zu vergrößern. Zu diesem Zweck bekommt Chile aus den USA eine große Anzahl von Panzern des Typs M-60 geliefert und hat zusätzlich in Frankreich 100 leichte AMX-Panzer sowie 24 AMX-Selbstfahrlafetten und taktische Raketen vom Typ "Exocet" eingekauft. Außerdem werden von Frankreich 20 Hubschrauber für Antipartisaneneinsätze geliefert. Die BRD hilft der Junta bei der weitgehenden Umrüstung des Heeres und der Carabine-

- Ebenfalls Anfang Juli berichtete der konservative uruguayische Pressedienst "Internationale Sicherheit" (Nr.6/1975) von massiven Waffenlieferungen mehrerer NATO-Staaten und von bundesdeutschen Angeboten von Kriegsmaterial an das Pinochet-Regime: "Westdeutschland soll HJ-33-Gewehre angeboten haben, Maschinenpistolen für die Polizei und anderes Material."

Einzelheiten des Aufrüstungsprogramms der Junta und ihrer massiven Belieferungen durch die NATO-Staaten, darunter die BRD, enthüllt der nachstehende Beitrag von Dr. Julius Mader.

Über die gegenwärtige Ausgangslage und über das Bemühen des chilenischen Widerstandes beim Aufbau einer breiten antifaschistischen Einheitsfront aus der Sicht der Sozialistischen Partei Chiles gibt unser vierter Chile-Beitrag in diesem Heft Aufschluß. Es handelt sich dabei um die Abschlusserklärung des am 3.Mai 1975 in Havanna beendeten Plenums des Zentralkomitees der Partei Salvador Allendes.



Chile - "Solidarität" Bonns
(aus: Berliner Extradienst)

ros auf automatische Handfeuerwaffen. Hersteller: Heckler & Koch GmbH, Oberndorf. Chiles Kriegsmarine wurde die Aufgabe gestellt, die Seegrenzen vollständig abzuriegeln: Sie erhöhte ihren Personalbestand um vorläufig 10 Prozent. Auffallend ist dabei, daß just die Marine-Landungstruppen auf eine Stärke von 2 500 Mann gebracht worden sind. Aus den USA werden demnächst zwei raketenbewaffnete Zerstörer und zwei U-Boote, aus Großbritannien zwei Raketenfregatten des "Leander"-Typs und ebenfalls zwei U-Boote an die schon 40 größere Kriegsschiffe umfassende chilenische Flotte geliefert. Israel stattet die chilenische Kriegsmarine mit See-See-Lenk Waffen vom Typ "Gabriel" aus.

Über den Tisch des Luftwaffenattaché der U.S. Air Force in Santiago, Oberstleutnant Lawren-

ce A. Corcoran, gingen Bestellungen für 96 Jagdbomber und Allwetterjäger sowie Transportflugzeuge für Fallschirmjäger. Der NATO-Staat Kanada versorgt die Militärflugzeuge des Typs "Twin Otter" Chiles mit Ersatzteilen. Aus Frankreich liegen Pinochet Bestätigungen über die bevorzugte Lieferung von "Mirage"-Kampfflugzeugen vor, und Großbritannien gewährte Kredit für zwei Dutzend Jagdbomber des Typs "Hawker Hunter". Die Junta hat innerhalb von nur knapp zwei Jahren die Zahl der einsatzfähigen Kampfflugzeuge durch Auslandsaufträge in NATO-Staaten von 200 auf 326 erhöht. Die chilenischen Luftstreitkräfte verfügen über elf Flugplätze und haben kurzfristig 287 übers ganze Land verstreute Landeplätze militärisch nutzbar gemacht. Unter den aus den USA neu beschafften Flugzeugen befinden sich je 25 solcher im Vietnamkrieg verwendeten Typen wie "Tiger - II", "T-37" und "A-37-B", die besonders für den Kampf gegen Partisanen konstruiert wurden, sowie "Hercules"-Transporter für Luftlandeeinheiten.

Der zentralisierte Geheimdienst DINA mit seinen Tausenden Offizieren und Spitzeln steht unter dem Kommando des in der Panama-Kanalzone ausgebildeten Obersts Manuel Contreras Sepúlveda und bedient sich als Konsultanten des ehemaligen SS-Standartenführers und Massenmörders Walter Rauff. Die DINA ist Pinochet

persönlich unterstellt und bildet einen Teil seiner Hausmacht, die er ständig weiter verstärkt.

Die DINA arbeitet aufs engste mit dem CIA-Stab in der USA-Botschaft zusammen, an dessen Spitze bis vor kurzem der stellvertretende Botschafter Harry W. Shlaudeman stand. Seine engsten Mitarbeiter sind der 52jährige Kalifornier Daniel N. Arzac jr., der seit 1953 als Lateinamerika-Experte auf den Soldlisten des USA-Geheimdienstes steht, und der 47jährige Frederick D. Purdy, der den Pentagon-Geheimdienst repräsentiert und zuvor den Militärdiktatoren Brasiliens Hilfestellung leistete.

Das Pentagon will 1975 seine Militärhilfe für die chilenische Junta mehr als vervierfachen: 1974 flossen aus Washington 20 Millionen Dollar in die Kriegskasse Augusto Pinochets, dieses Jahr werden es 86 Millionen Dollar sein.

Seit der Ermordung von Präsident Salvador Allende hat die Junta dem chilenischen Volk über 500 Millionen Dollar entzogen, um dafür Waffen einzukaufen. Die damit einhergehende Verarmung der Bevölkerung und eine verstärkt chauvinistische Politik haben die inneren und äußeren Schwierigkeiten des Regimes noch verschärft.

(Quelle: Wochenpost, Berlin, Nr.26/1975)

Weltkirchenrat ruft zur Unterstützung der bedrohten chilenischen Kirche auf



Der Weltkirchenrat macht heute seine Mitgliedskirchen darauf aufmerksam, daß die Evangelisch-Lutherische Kirche in Chile von der gewaltsamen Schließung bedroht ist und forderte seine Mitgliedskirchen nachdrücklich auf, ihre Unterstützung für die bedrohte Kirche und ihren deutschstämmigen Bischof, dessen Ausweisung aus Chile gefordert wurde, zum Ausdruck zu bringen.

Persönlichkeiten der Mitgliedskirchen, besonders in den Vereinigten Staaten und Westdeutschland, wurden gebeten, der chilenischen Kirche, ihrer Synodalversammlung und Bischof Helmut Frenz in Telegrammen und Briefen die feste Unterstützung auf der Grundlage der "evangelischen Grundsätze" zuzusichern. Darüber hinaus sollten die Kirchen gegenüber der chilenischen Regierung und insbesondere

General Pinochet ihre große Besorgnis über die Gefahr für die religiöse Freiheit zum Ausdruck bringen, die durch die Angriffe auf die Leitung einer international anerkannten Mitgliedskirche heraufbeschworen wird.

Die Regierung selbst hat die Arbeit der Kirche und ihres Bischofs öffentlich hoch eingeschätzt, so daß sie ihre humanitäre Mission dulden müßte. Weiterhin wurden die Kirchen aufgefordert, an ihre eigenen Regierungen zu appellieren, sich auf höchster Ebene für den Träger der Nansen-Medaille 1974, Bischof Frenz, einzusetzen.

Zunehmende Angriffe auf Bischof Frenz

Die Kommission des Weltkirchenrates für internationale Angelegenheiten mißbilligte in einer Erklärung, die von der gegenwärtig in

Genf stattfindenden Versammlung angenommen wurde,

die "zunehmenden Angriffe auf Bischof Helmut Frenz, die Geistlichen und Mitglieder der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Chile wegen ihrer Arbeit für die Einhaltung der Menschenrechte, besonders wegen ihrer geistlichen Sorge um die Lage der Gefangenen, Flüchtlinge und all derer, die in Chile leiden" und stellte fest, daß "gewisse Gruppen in Chile die Ausweisung von Bischof Frenz und vier weiteren Geistlichen deutscher Abstammung fordern, was die chilenischen Gemeinden ihrer Oberhäupter berauben würde."

Die Erklärung unterstreicht die "Unterstützung der Kommission für das geistliche Amt von Bischof Frenz und seinen Kollegen und drückt die Solidarität der Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates aus allen Teilen der Welt mit der Fortführung ihrer schwierigen Arbeit aus, die eine treue Erfüllung des Wortes unseres Herren und Retters Jesus Christus ist, der kam, um den Armen, den Hungrigen, den Ausgestoßenen und Gefangenen zu dienen."

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Chile ist eine der 271 Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates aus 90 Ländern. Bischof Frenz, der ihr seit 1970 vorsteht, wurde im vergangenen Oktober durch die Hochkommission für Flüchtlingsfragen bei den Vereinten Nationen die Nansen-Medaille verliehen, als Auszeichnung für seine Hilfeleistungen für die Flücht-



Bischof Helmut Frenz

linge seit dem Sturz der Regierung Allende 1973. Als Vorstandsmitglied (zusammen mit dem römisch-katholischen Bischof Ariztia) des überkonfessionellen Komitees für Frieden und Zusammenarbeit in Chile hat er mit der chilenischen Militärjunta erfolgreich eine Vereinbarung ausgehandelt, die die Freilassung politischer Gefangener unter der Bedingung vorsieht, daß sie das Land verlassen. Mit Hilfe der Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates, des Lutherischen Weltbundes und internationaler humanitärer Organisationen konnten bisher mehr als 10.000 politische Gefangene chilenischer und nicht-chilenischer Nationalität in anderen lateinamerikanischen Ländern, in Kanada, den USA und in Europa untergebracht werden. Es wird erwartet, daß aufgrund der obigen Vereinbarung weitere Gefangene freigelassen werden.

Eine konzentrierte Kampagne, die seit Anfang Juni d.J. gleichzeitig über Rundfunk, Fernsehen und Presse geführt und von abtrünnigen Mitgliedern der Evangelisch-Lutherischen Kirche Chiles unterstützt wird, fordert von der Regierung, daß die Kirche für illegal erklärt und Bischof Frenz ausgewiesen wird ebenso wie drei deutsche Lutherische Geistliche und ein nordamerikanischer Geistlicher, die den vergeblichen Versuchen, Bischof Frenz abzuschieben, Widerstand geleistet haben.

Der Widerstand des Bischofs gegen das Pinochet-Regime

Die Grundlage für die Angriffe auf den Bischof ist sein Widerstand gegen eine Erklärung zur Unterstützung des Pinochet-Regimes, die von einem Geistlichen der Unabhängigen Presbyterianischen Kirche initiiert worden war, der u.a. auch in der Presseabteilung der Junta arbeitet.

Die Erklärung führte zur Spaltung der Kirche, und die Gegner von Bischof Frenz haben für den 21. Juni 1975 eine konstituierende Versammlung zur Bildung einer neuen Kirche einberufen.

In der vergangenen Woche wurde jedoch die Evangelisch-Lutherische Kirche in Chile vom Weltkirchenrat und vom Lutherischen Weltbund als Mitglied dieser beiden Organisationen anerkannt und erneut bestätigt.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) betonte, daß ihre rechtlichen Bindungen zur Kirche und zu Bischof Frenz unvermindert bestehen und daß sie nicht zur Spaltung beitragen werde, indem sie Geistliche der neuen Kirche unterstütze.

(Quelle: Presseerklärung des Weltkirchenrates, Nb 13/75, Genf 20. Juni 1975)

10. DGB – Bundeskongreß gegen den Terror in Chile

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erhebt schärfsten Protest gegen den andauernden Terror der Militärjunta. Die Verurteilungen, Folterungen, Hinrichtungen und Deportierungen von Gewerkschaftern und demokratischen Politikern in diesem Lande stellen eine brutale Verletzung aller in der Charta der Vereinten Nationen proklamierten und auch von Chile als verpflichtend anerkannten Menschenrechte dar. Mit der Auflösung der Gewerkschaftsorganisationen, der Beschränkung des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu kollektiven Tarifverhandlungen verstößt die Militärjunta ständig gegen die international vereinbarten Arbeitsrechtsnormen. Die von den chilenischen Behörden angeordneten Entlassungen und Beschäftigungsverbote für Zehntausende von Arbeitnehmern haben die elementarsten Grundsätze der Nichtdiskriminierung aufgrund der politischen oder gewerkschaftlichen Überzeugung außer Kraft gesetzt. Mit allem Nachdruck fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund:

- sofort die Konzentrationslager aufzuheben,
- die inhaftierten Arbeitnehmer, Gewerkschafter und demokratischen Politiker freizulassen sowie
- die Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Chile wiederherzustellen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützt die demokratischen Kräfte in Chile und ist bereit, den Chile-Emigranten in der Bundesrepu-

blik Deutschland nachhaltig zu helfen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft zu verstärkten Chile-Aktionen und -Spenden auf, damit besonders unter den Gewerkschaftern die Solidaritätsbewegung weiterentwickelt wird.

Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, eine Gewerkschaftsdelegation nach Chile zu entsenden, damit diese sich über die Situation der politischen Gefangenen und der ökonomischen und sozialen Lage der arbeitenden Menschen nach der faschistischen Machtübernahme informieren kann. Der DGB-Bundeskongreß hält dies für unbedingt notwendig, da durch Berichte einiger Delegationen, die nach dem Militärputsch in Chile waren, ein vollkommen falsches Bild über das wahre Ausmaß des Terrors bei der Bevölkerung der Bundesrepublik hervorgerufen wurde. In diesem Zusammenhang ist beim Internationalen Arbeitsamt darauf zu drängen, baldmöglichst eine Studienkommission zur Untersuchung der Lage der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften nach Chile zu entsenden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert die Bundesregierung auf, die humanitäre Hilfe für die Menschen in Chile fortzusetzen und zu verstärken. Die Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen soll, wie bisher, dazu dienen, diese materielle Hilfe wirksam werden zu lassen und weiteren verfolgten Menschen die Ausreise aus Chile zu ermöglichen.

(Quelle: Antrag Nr. 37 des 10. DGB-Bundeskongresses, Hamburg 25.-31.Mai 1975)



Zentralgefängnis von Santiago

Sozialistische Partei Chiles

Einheitsfront zum Sturz der Diktatur

(...)

Debatte über Erfahrungen der UP nicht abgeschlossen

Die Partei betrachtet es als vernünftig, die Debatte über die Erfahrungen der Regierung der Unidad Popular nicht als abgeschlossen zu betrachten.

Gleichzeitig analysierte das Plenum die gegenwärtige internationale Lage und die Situation in Chile. Die Tagung bekräftigte, daß die Kräfte des Fortschritts, der Demokratie und des Sozialismus in der Welt einen wesentlichen Aufschwung genommen haben. Dabei wurde besonders die politische, militärische und ökonomische Rolle des sozialistischen Weltsystems im internationalen Leben hervorgehoben.

Das Plenum verwies auf die anhaltenden Erfolge der Völker Asiens und Afrikas auf dem Weg zu ihrer Befreiung sowie auf die wachsenden machtvollen ant imperialistischen Bewegungen in Lateinamerika. Ferner wurde betont, daß sich der Hauptfeind, der USA-Imperialismus, in einer tiefen Krise befindet. Zugleich würdigte die Partei die außerordentliche und bedeutungsvolle Kraft der internationalen Solidarität, die sich für die Sache des chilenischen Volkes entwickelt hat.

Hinsichtlich der Lage in Chile wurde die kritische ökonomische und finanzielle Situation analysiert, in die das Land durch die reaktionäre und antinationale Politik der faschistischen Regierung geraten ist. Die Partei vertritt die Auffassung, daß diese Krise ein wesentlicher Faktor der gegenwärtigen politischen Lage ist. Sie äußert sich in einer Polarisierung der sozialen und politischen Kräfte des Landes, die ihr Verhalten ganz offensichtlich modifizieren und somit Bedingungen schaffen, um neue Kräfte in einen antifaschistischen Prozeß einzubeziehen. Diese Krise kommt zugleich in wachsenden Widersprüchen selbst innerhalb der chilenischen Bourgeoisie zum Ausdruck.

Obwohl die Junta international isoliert, die innere Lage auf ökonomischem, politischem und sozialem Gebiet kritisch ist und die Bewegung der Volksmassen einen Aufschwung nimmt, stimmte das Plenum darin überein, daß diese Diktatur nicht von allein stürzt. Sie wird gestürzt werden müssen. Deshalb muß die Partei Anstrengungen unternehmen, damit sie zu einem wirklich soliden Instrument der Arbeiterklasse wird. Sie muß dazu ihren strukturellen Aufbau verbessern, ihre Mitglieder ausbilden, strikt die Leninschen Organisationsprinzipien befolgen.

Front aller antifaschistischen Kräfte erforderlich

Das Plenum erörterte sehr tiefgründig alle Aspekte, die mit der politischen Linie der Partei in Zusammenhang ste-



hen. Auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse der chilenischen Gesellschaft wurde der Charakter unserer Revolution als sozialistisch definiert. Gleichzeitig wurde unterstrichen, daß das Hauptziel in der jetzigen Periode der Sturz der Diktatur ist.

Die Partei schlägt vor, eine Front zu formieren, die sich aus den antifaschistischen Kräften Chiles zusammensetzt. Diese Front muß entschlossen dafür kämpfen, daß die Arbeiterklasse die ihr als der dynamischsten Kraft der Gesellschaft zukommende führende Rolle spielt, um den schnellen Übergang zum Sozialismus zu sichern. Die Partei betrachtet es als ihre vorrangigste Pflicht, ihre Reihen zu stärken. Sie versteht jedoch, daß dies allein nicht ausreicht. Sie unterstreicht deshalb erneut die Notwendigkeit, die Einheit zwischen Sozialisten und Kommunisten zu festigen und sie auf ein qualitativ höheres Niveau zu heben. Die Einheit dieser beiden Parteien sowie aller Parteien der Unidad Popular, die sich auf erneuerter Basis und in umfassender Übereinstimmung in den strategischen und taktischen Plänen äußert, sichert zugleich die Einheit der Arbeiterklasse, des Hauptinstruments und Garanten für die einheitliche Gestaltung des revolutionären Prozesses.

Für weitgehende Übereinkunft

Das Plenum unterstrich den entscheidenden Anteil aller politischen Kräfte der Unidad Popular am historischen Sieg im Jahr 1970 und an den nachfolgenden Aufgaben des revolutionären Prozesses. Sie sollten gleichberechtigt einbezogen werden, wenn es darum geht, diese Allianz noch weiter zu stärken, und zwar mit dem Ziel, sie in den zentralen Kern der vorgeschlagenen Front zu verwandeln.

Andererseits stellte das Plenum ebenfalls einmütig fest, daß keine revolutionäre Kraft von vornherein von dieser Front ausgeschlossen werden kann. Es betrachtet es als eine Verpflichtung, die Anstrengungen für eine weitgehende Über-

einkunft zu vervielfachen, damit das Niveau des erforderlichen ideologischen Kampfes der Linken nach innen wächst und ohne Ausnahmen eine Bewegung zustandekommt, die sich auf ein dynamisches Programm stützt.

Die Partei betrachtet eine eventuelle Beteiligung der Christdemokratischen Partei an der Kampffront gegen die Diktatur als positiv. Natürlich sind wir davon überzeugt, daß man von der Christdemokratischen Partei kein konsequentes Auftreten im antifaschistischen Kampf erwarten kann, solange in ihr jene Kreise dominieren, die die Interessen des Großkapitals und des Imperialismus vertreten. Deshalb ist das Plenum auch der Meinung, daß mit oder ohne christdemokratische Mitwirkung die antifaschistische Front unverzüglich geschaffen werden muß, um diesen Volkskräften eine Grundlage zu geben, von der aus dann der konkrete und effektive Kampf gegen die Diktatur in die Wege geleitet wird.

Die Bildung der antifaschistischen Front erlaubt es den Sozialisten nicht, gegenwärtig bestehende Meinungsverschiedenheiten in den Vordergrund zu rücken. Deshalb ist die Partei gewillt, ständig das Prinzip der Einheit und des Kampfes zu befolgen. Sie unterstreicht ihren Einheitswillen, der nicht sektiererisch, sondern breit ist, zugleich aber auch ihren festen Entschluß, ihre Positionen zu verteidigen und ständig gegenüber Zweideutigkeiten und Schwankungen wachsam zu sein.

Die Front wird alle Kräfte gegen die Tyrannei vereinen, einschließlich breiter Kreise der Christen. Sie wird durch Tausende gezielter Aktionen in allen Bereichen des nationalen Lebens anwachsen, indem sie neben Arbeitern, Bauern und Angestellten, die Kleinhandwerker und kleinen Industriellen, die Künstler, die kleinen Landbesitzer und andere Berufsgruppen einschließt. Sie wird entscheidend zur Verschärfung der Widersprüche innerhalb der bewaffneten Kräfte beitragen, indem sie ehrenvolle und patriotische Militärs von den verantwortlichen und direkten Autoren der Unterdrückungen, Folterungen und Verbrechen unterscheidet, die heute gegen das chilenische Volk begangen werden. Das Plenum schlägt eine gemeinsame Plattform des Kampfes gegen die Diktatur vor, um die Mehrheit der Chilenen zu vereinen und die Junta politisch und sozial zu isolieren. Diese Plattform wird von den Massen bereichert und mit deren Unterstützung weiterentwickelt werden.

Das Plenum erklärt: Die Diktatur wird von der Volksbewegung gestürzt. Diese Volksbewegung wird eine sozialistische Gesellschaft errichten und dabei keine Kampfform ausschließen oder negieren.

(Quelle: Horizont, Nr. 25/1975)

Zu den aktuellen Ereignissen

So einig in der Beurteilung eines Ereignisses war sich die bundesdeutsche Presse selten. Von Springers Bild über die Frankfurter Allgemeine und die Süddeutsche Zeitung bis hin zum Spiegel hieß es, daß in Indien nunmehr eine Diktatur herrsche und Premierministerin Indira Gandhi sich zur Alleinherrscherin aufgeschwungen habe. Das Urteil des Spiegel vom 14. Juli 1975: "Indira Gandhi die Machtlüsterne, Blindwütige, die Diktatorin." Was aber ist der tatsächliche Hintergrund und Charakter der aktuellen Geschehnisse in Indien?

Das Programm der Rechtsopposition um J. Narayan

Seit geraumer Zeit nahm die Rechtsopposition die zugespitzte wirtschaftliche Krisensituation zum Anlaß, um gegen den Regierungskurs "begrenzter Reformen" und einer antiimperialistischen Außenpolitik anzurennen. Der parteilose Jayaprakash Narayan, ein früherer Mitstreiter M. Gandhis, profilierte sich als Führer einer rechten Sammlungsbewegung. Bereits im August 1974 hatten sich sieben konservativ bis faschistische Gruppierungen zur Indischen Volkspartei (Bakratija Lok Dal) zusammengeschlossen. Industrielle und Großgrundbesitzer führten bei den jüngsten Wahlen im Unionsstaat Guajarat die Listen dieser Rechtsfront an. Aktive Gruppierungen der Sammlungsbewegung um Narayan sind ferner die Swatantra Partei, die religiös-chauvinistische Jan Sangh Partei, die faschistischen paramilitärischen Organisationen Rashtrija Sajamsewah Sangh (RSS), Anand Marg, Shiv Sena, Janat A-Islami u.a. Obgleich sich die vereinte Rechtsopposition nicht scheut, auch solche Losungen wie "totale Revolution" oder "parteilose Demokratie" zu propagieren, entspricht ihr Programm doch recht eindeutig dem Wunschkatalog der indischen Oberschicht und des Auslandskapitals:

- Entgegen den Bestimmungen der Landreform weist die Rechtsopposition die Beschneidung der Privilegien der Großgrundbesitzer entschieden von sich, unterstützt sie den Einsatz von Privatarmeen seitens der Großgrundbesitzer "gegen den schleichenden Kommunismus", d.h. gegen landnehmende Bauern und Landarbeiter, und fordert die Streichung der staatlichen Subventionen für die notleidende Landbevölkerung. J. Narayan lehnt die Durchführung der Agrarreform ab, da sie eine "Untergrabung der traditionellen, altindischen Lebensweise" bedeute.



- Zweitens wendet sich Narayan gegen die angeblich "zu starke Einmischung des Staates in die Wirtschaft" und verlangt die Abschaffung des staatlichen Sektors zugunsten des indischen und ausländischen Privatkapitals.
- Zum dritten bekämpft die Rechtsopposition die antiimperialistische Außenpolitik der regierenden Kongreßpartei und ihr Bemühen um ein System der kollektiven Sicherheit in Asien, greift J. Narayan Indiens freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion als "unpatriotische Haltung" an.
- Zur Unterstützung dieser Ziele der Rechtsopposition verstärkten insbesondere die USA ihren Druck auf die indische Regierung: Die Weltbank macht weitere Kreditvergaben an die indische Regierung von deren Einschränkung des staatlichen Sektors abhängig. Des weiteren leitete - wie die Allindische Friedens- und Solidaritätsorganisation enthüllte - der amerikanische Geheimdienst CIA "Millionen von Dollar den Kräften der Reaktion und des Neofaschismus in Indien zu".

Gerichtsurteil als Auftakt zum Umsturzversuch

Unter diesen Vorzeichen sind die jüngsten Ereignisse in Indien zu sehen, die die bislang konzentrierteste Offensive der Rechtsallianz gegen die regierende Kongreßpartei darstellt. Als Auftakt diente ein Mitte Juni d.J. gefälltes Gerichtsurteil des Oberlandesgerichtes von Allahabad (im Unionsstaat Pradesh), welches die Ministerpräsidentin der Anwendung korrupter Wahlpraktiken im Parlamentswahlkampf 1971 (er endete mit einer Zweidrittelmehrheit der Kongreßpartei) bezichtigte und ihr die weitere Ausübung ihres Amtes untersagte. Gegen dieses Urteil legte Indira Gandhi unver-

züglich beim Obersten Gerichtshof Berufung ein. Eine rechtswirksame Entscheidung steht also noch aus. Zudem sprach die Parlamentsmehrheit der Ministerpräsidentin ihr volles Vertrauen aus. Doch dessen ungeachtet nutzte die rechte Sammlungsbewegung um J. Narayan dies Urteil als Auftakt, um über die Organisation eines "politischen Chaos" die Regierung Gandhi zu stürzen und einer Machtergreifung der Rechtsopposition den Weg zu bahnen. Am 25. Juni 1975 rief Narayan Streitkräfte und Polizei zur Gehorsamsverweigerung gegenüber der Regierung auf. Gleichzeitig wurden in allen Unionsstaaten Unruhen provoziert und von den traditionellen Rechtsparteien ein "Kampfkomitee" zur Koordinierung von Boykott- und Sabotageaktionen gebildet.

Es handelte sich also keineswegs um einen willkürlichen oder 'machtbesessenen' Schritt Indira Gandhis zur Diktatur, sondern um eine notwendige Gegenmaßnahme zur Unterbindung der verschwörerischen Aktivitäten der Rechtskräfte, als Staatspräsident Fehruddin Ali Ahmed am 26. Juni einen vorübergehenden Ausnahmezustand über das ganze Land verhängte und unterschiedene Sicherheitsmaßnahmen veranlaßte: so das Verbot von 26 rechtsextremen und ultralinken Organisationen, Verhaftungen von Aktivisten der Rechtsopposition, Beschlagnahmung von Waffenlagern und Munitionsdepots und illegalen Flugschriften.

In einer von uns im Wortlaut dokumentierten Rundfunkansprache an die Nation vom 27. Juni 1975 begründete Indira Gandhi die Notwendigkeit dieser politischen Notstandsmaßnahmen.

Die Politik „begrenzter Reformen“

Allerdings hat sich die von Indira Gandhi zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage Indiens eingeschlagene Politik der "begrenzten Reformen" in den letzten Jahren als unzureichend erwiesen, die Probleme des Landes grundlegend zu lösen. Dies liegt gewiß zum Teil an Widerständen der bourgeoisen und großbäuerlichen Kräfte in den eigenen Reihen, des rechten Flügels der Kongreßpartei also, welche die Durchführung der Reformbeschlüsse bremsen. Zugleich aber gaben Versäumnisse und eine kompromißlerische Haltung des gemäßigten und linken Flügels der Kongreßpartei wie der Regierung, den Großgrundbesitzern und Großindustriellen immer wieder die Möglichkeit, die Reformgesetze und -maßnahmen zu unterlaufen. Die aus der Halbherzigkeit dieser Reformpolitik erwachsende Unzufriedenheit, Enttäuschung und Not unter breiten Bevölkerungskreisen waren denn auch der reale Nährboden für die Manöver der Rechtsopposition.

Nun, angesichts der aktuellen politischen Konfrontation im Lande scheint die Regierung zumindest einige Lehren und Konsequenzen aus den Erfahrungen der Vergangenheit gezogen zu haben. Darauf deutet jedenfalls ein am 1. Juli 1975 verkündetes 20 Punkte-Programm hin, das wir nachstehend auszugsweise wiedergeben.

Der Präsident der Kongreßpartei, D.J. Barooah, charakterisierte es als "Beginn eines erneuten und energischen Kampfes gegen die Armut". Erste Erfolge in Gestalt von Preiserückgängen für Grundnahrungsmittel, von Festnahmen und der Enteignung von Warenhörtern, Schmugglern, Schwarzhändlern und Wucherern sind bereits sichtbar.

Die von der Regierung angekündigten Sozialmaßnahmen, Lohnerhöhungen und das in Aussicht gestellte Mitspracherecht der Arbeiter wurden von den drei größten Gewerkschaftsverbänden, der Kommunistischen Partei und anderen Massenorganisationen ebenso begrüßt wie die entschlossenen Gegenmaßnahmen gegen die rechten Umsturzpläne.

Die Haltung der indischen Kommunisten

Zugleich hat die Indische KP gerade auch in den letzten Monaten grundsätzliche Kritik an der Regierungspolitik geübt, deren Verantwortlichkeit für die verheerende Lebenssituation breiter Kreise des Volkes benannt sowie tiefgreifende sozialökonomische Umgestaltungen gefordert:

"Nach Umfang, Breite und Tiefe hat die Krise 1972-74 in der Geschichte des unabhängigen Indiens keinen Vorgänger. Die Folgen sind erschütternd und ihre Auswirkungen weitreichend ... Die Mittelschichten sind durchwegs Leidtragende. Am meisten betroffen aber ist unsere arbeitende Bevölkerung. Während der Krise hat eine nie dagewesene Verarmung neue Teile des Volkes heimgesucht. Millionen Werktätige, besonders im Dorf, wurden zu Bettlern. Tausende starben an Hunger nicht nur als Folge von Überschwemmungen und Dürrekatastrophen in wichtigen Anbaugebieten. Auch dort, wo es Lebensmittel gab, hatten die Armen einfach nicht die Mittel, um sie auf dem Markt oder in den staatlichen Geschäften zu kaufen. Die Regierungen der Bundesstaaten haben keine zeitgerechten und entsprechenden Maßnahmen getroffen, und auch die Zentralregierung hat nichts getan, um Abhilfe zu schaffen... Das Zusammentreffen der weltweiten Krise des Kapitalismus mit der Krise des kapitalistischen Entwicklungsweges unter Führung der Kongreßpartei hat zu einer Situation geführt, in der das Land nicht mehr ohne demokratische Maßnahmen gegen die Monopole und Gutsbesitzer bei gleichzeitiger Ablösung vom kapitalistischen Weltmarkt und verstärkter Beziehungen zur sozialistischen Welt vor einer Katastrophe bewahrt werden kann...

Unsere Linie besteht weiterhin in der Herausbildung der weitestgehenden Einheit der linken und demokratischen Kräfte in und außerhalb der Kongreßpartei im Kampf gegen Imperialismus, Monopolkapitalismus und Feudalismus, für revolutionäre und tiefgreifende demokratische Strukturänderungen, nicht zuletzt auch im Staatsapparat."

(Informationsbulletin, Nr.9/10, Wien 1975)

Prüfstein für Indira Gandhi

Die Unerläßlichkeit weiterreichender sozial-ökonomischer Umgestaltungen klingt auch in einer Anfang Juli d.J. verbreiteten Erklärung der Allindischen Friedens- und Solidaritätsorganisation an:

"Das indische Volk kann und wird den Imperialismus, den Faschismus und die Reaktion schlagen. Es gilt, geschlossen gegen die alther-

gebrachten Interessen der Monopole und des Feudalismus vorzugehen. Sie sind die ökonomische Basis des Feindes."

Inwiefern eine grundlegende Verbesserung der Notsituation der indischen Millionenmassen erreicht wird und nicht etwa an der Dauer des Ausnahmezustandes - daran wird die Politik der Regierung Indira Gandhi in Zukunft zu messen sein.

Aufruf der Ministerpräsidentin - 27. Juni 1975

Ich habe Ihnen gestern morgen, am 26. Juni, gesagt, daß ich bald einige wirtschaftliche Maßnahmen verkünden würde. Das wird noch einige Tage dauern. Heute muß ich mit Ihnen ein paar andere Dinge besprechen.

Was war der Grund für die Ausrufung des Notstands?

Es ist ein Klima der Gewalt und des Hasses geschaffen worden, das zur Ermordung eines Kabinettsministers und zum Mordanschlag auf den Obersten Richter geführt hat. Die Oppositionsparteien haben ein nationales Programm von "bundhs", "gheraos", Agitation, Spaltung und Aufhetzung der Industriearbeiter, der Polizei und der Verteidigungstruppen entworfen, um die Zentralregierung zu lähmen. Eine Partei verstieg sich sogar zu der Äußerung, die Streitkräfte sollten Befehle, die sie für falsch hielten, nicht ausführen. Mit diesem Programm sollte am 29. Juni begonnen werden. Wir zweifeln nicht daran, daß ein solches Programm zu einer schweren Bedrohung der öffentlichen Ordnung geführt und der Wirtschaft nicht wiedergutzumachenden Schaden zugefügt hätte. Dies mußte verhindert werden. Ein Programm, wie es die oppositionellen Gruppen geplant haben, ist nicht vereinbar mit der Demokratie, ist ohne jeden Zweifel antinational und mußte deshalb verhindert werden.

Normalisierung der Lage

Seit der Ausrufung des Notstandes hat sich die Lage im ganzen Land normalisiert, mit Ausnahme einiger Geschäftsschließungen und kleinerer Zwischenfälle in Gujarat. Dieser Zustand muß gesichert werden. Und man sollte sich darüber klar werden, daß es selbst in einer Demokratie Grenzen gibt, die nicht überschritten werden können. Gewaltaktionen und sinnlose "satyagrahas" werden das ganze Staatsgebäude zerstören, welches in langen Jahren mit viel Arbeit und Hoffnung aufgebaut worden ist. Ich bin fest davon überzeugt, daß es bald möglich



Karikatur: Manke

sein wird, den Notstand aufzuheben. Sie wissen, ich habe immer an die Pressefreiheit geglaubt, und ich tue es immer noch; aber wie alle Freiheiten muß auch diese mit Verantwortungsbewußtsein und Zurückhaltung ausgeübt werden. In Situationen innerer Unruhe, ob es sich nun um sprachliche oder kommunale Auseinandersetzungen handelt, ist viel Unglück durch unverantwortliches Schreiben angerichtet worden. So etwas müssen wir verhindern. Eine Zeit lang haben verschiedene Zeitungen willkürlich Nachrichten verdreht und provokative, böswillige Kommentare veröffentlicht.

Das alleinige Ziel ist es, Ruhe und Stabilität zu schaffen. Der Zweck der Zensur ist es, ein Klima des Vertrauens wiederherzustellen. Es ist zu Verzögerungen bei A.I.R.-Nachrichten und verschiedenen Zeitungen gekommen. Es brauchte Zeit, alle notwendigen rechtlichen und administrativen Vorkehrungen zu treffen.

Die Lage der armen Massen verändern

In der Zwischenzeit waren aufrührerische und antisoziale Elemente nicht faul und verbreiteten Geschichten aller Art.

Ich möchte Ihnen versichern, daß die unter

Arrest stehenden Führer mit aller Höflichkeit und Rücksicht behandelt werden.

Ähnlich kursieren wilde Gerüchte über eine angeblich bevorstehende Verstaatlichung der Industrien usw. und neue einschneidende Kontrollmaßnahmen. Wir haben keine solchen Pläne.

Unser Ziel ist es, die Produktion zu intensivieren, um dadurch mehr Arbeitsplätze zu schaffen und eine bessere Verteilung der Güter zu gewährleisten. Eine der unmittelbar anstehenden Aufgaben ist die Versorgung von Landwirtschaft und Industrie mit Elektrizität. Wir müssen die Not der ärmeren Bevölkerungsschichten und der Mittelschichten mildern.

Rede Indira Gandhis zur Begründung neuer Sozialmaßnahmen – 1. Juli 1975

„Ich werde zu Ihnen über einige ökonomische Maßnahmen sprechen, deren Verwirklichung die Regierung vorschlägt. Einige davon sind neu. Andere wurden früher festgelegt, aber sie müssen mit größerer Anstrengung und Bestimmtheit durchgesetzt werden. Bitte erwarten Sie keine Wundermittel und dramatischen Ergebnisse. Es gibt nur ein Wunder, das die Armut beseitigen kann, und das ist harte Arbeit, die von klarer Voraussicht, eisernem Willen und striktester Disziplin getragen ist. Dem Staatseigentum muß mehr Achtung entgegengebracht werden. Seine Zerstörung wird bestraft werden.“

Die Regierungschefin erklärte weiter, daß sich jetzt eine neue Gelegenheit biete, die wirtschaftlichen Aufgaben voranzutreiben. „Die erste und stärkste Herausforderung ist die an der Preisfront. In den letzten fünf Tagen zeigten die Preise für viele Waren einen Trend nach unten. Dieser Trend muß beibehalten werden. Zu diesem Zweck wird die Regierung eine Reihe von Schritten unternehmen, um die Produktion zu stimulieren, die Versorgung zu beschleunigen und die Verteilung lebenswichtiger Güter besser zu gestalten.“ Sie kündigte die Einfuhr von notwendigen Gütern an und teilte mit: „Die Staatenregierungen sind bereits aufgefordert worden, den Händlern die Verteilung von Preislisten und die Erklärung von Lagerbeständen zu empfehlen. Wer Waren hortet und die Gesetze verletzt, wird schwer bestraft.“

Zu den auf dem Lande zu treffenden Maßnahmen sagte die Ministerpräsidentin: „Die überwiegende Mehrheit unseres Volkes lebt in den ländlichen Gebieten. Wir müssen die Gesetze über die Begrenzung von Landbesitz durchführen und unsere Anstrengungen verdoppeln, überschüssiges Land unter den landlosen Bauern zu verteilen. Das Programm zur Versorgung mit Wohnungen in den Landgebieten wird stark erweitert.“ Sie kündigte Gesetze an, die landlosen Arbeitern, die eine bestimmte

Zeit lang Hofstellen ihrer Grundbesitzer bewirtschaftet haben, das Eigentumsrecht daran übertragen. Versuche, diese Bestimmungen zu umgehen, werden streng geahndet. „Wir schlagen vor, Maßnahmen zur stufenweisen Beseitigung der Verschuldung der Landbevölkerung zu ergreifen. Gleichzeitig werden neue Maßnahmen ergriffen, um Behörden zu schaffen, die landlose Bauern, ländliche Handwerker und kleine und Mittelbauern, die weniger als zwei Hektar Land besitzen, mit Krediten versorgen. Es wird einen Aufschub für Rechtsstreitigkeiten und die Durchführung von Entscheidungen zur Eintreibung von Schulden von diesen Gruppen gewährt.“

Weiter sagte Indira Gandhi: „Wir müssen alles unternehmen, um die Produktion zu erhöhen. Wasser und Energie sind der Schlüssel für höhere landwirtschaftliche und industrielle Leistungen. Es werden Schritte unternommen, mindestens weitere fünf Millionen Hektar Land zu bewässern.“

Zur Entwicklung der Handweberei stellte sie fest: „Die Handweberei ist nächst der Landwirtschaft der Zweig mit den meisten Beschäftigten. Den Webern wird Material zu vertretbaren Preisen gesichert. Ein spezieller Beamter für die Entwicklung der Handweberei wird ernannt. Die Politik zur Erhaltung der Handweberei wird wirksamer durchgeführt, um den Webern einen größeren Schutz zu gewähren.“ In der Textilindustrie soll eine Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse erreicht werden, die dann in größerer Vielfalt in Stadt- und Landgebieten zum Verkauf kommen.

„Die Bodenspekulation und die Konzentration von städtischem Landbesitz haben zu schreienden Ungleichheiten und weitgehend zu einem zufälligen

Heute morgen hatte ich ein Treffen mit Sekretären der indischen Regierung, und ich habe dort die Notwendigkeit unterstrichen, die Arbeit der Behörden und der Verwaltung zu verbessern, damit der Betrieb schneller und wirkungsvoller abgewickelt werden kann.

Die Zeit fordert jetzt Einigkeit und Disziplin. Ich bin fest davon überzeugt, daß sich die Lage von Tag zu Tag bessern und daß unsere Bevölkerung in Stadt und Land uns bei der Erfüllung dieser Aufgabe voll unterstützen wird, so daß unser Land dadurch gestärkt wird.

(Quelle: India News, Hrsg. Indische Botschaft, Bonn, E.B. Nr. 25, 28. Juni 1975)

Wachstum der Städte geführt. Es werden Gesetze initiiert, um Grenzen für das Eigentum und den Besitz freier Ländereien festzulegen, um überschüssiges Land zu gewinnen und die Grundfläche neuer Wohneinheiten zu begrenzen“, sagte die Ministerpräsidentin. Sie kündigte strenge Strafen gegen Steuerhinterzieher und verstärkte Maßnahmen gegen Schmuggler an.

„Die Mitbestimmung der Arbeiter in der Industrie, speziell auf der Ebene der Produktion, und an den Produktionsprogrammen wird eingeführt. Der Transport von Brotgetreide, Kohle, Stahl und Zement per Eisenbahn ist in den letzten Monaten verbessert worden. Beschränkungen des Gütertransports durch LKW werden aufgehoben. Zu diesem Zweck werden wir ein System von nationalen Genehmigungen einführen.“

Die Ministerpräsidentin unterstrich: „Menschen mit unveränderten Einkommen haben in den letzten Jahren unter großen Schwierigkeiten gelitten. Sie brauchen sofortige Hilfe. Die untere Grenze für die Befreiung von der Einkommenssteuer wird von 6000 Rupien auf 8000 Rupien erhöht. Studenten aus armen Familien stehen vor besonderen Schwierigkeiten, wenn sie ihre Studien nicht in ihrem Heimatort betreiben. Um ihnen zu helfen, werden sie mit lebensnotwendigen Waren zu kontrollierten Preisen in allen Studentenheimen und lizenzierten Pensionen versorgt. Eine weitere wichtige Maßnahme im Bildungswesen wird es sein, die Versorgung mit Lehrbüchern und Lehrmaterialien zu vernünftigen Preisen für alle Schüler und Studenten durchzusetzen.“

Abschließend teilte Indira Gandhi mit, daß „weitere Maßnahmen von Zeit zu Zeit bekanntgegeben werden. Ich zweifle nicht daran, daß alle zusammen die wirtschaftlichen Aussichten des Landes verbessern werden.“

(Quelle: Neues Deutschland, 3. Juli 1975)

Indonesien

Seit nunmehr einem Jahrzehnt herrscht in dem südostasiatischen Inselstaat Indonesien eine der grausamsten Militärdiktaturen der Geschichte. Wie das Suharto-Regime mit einer Wirtschaftspolitik der 'offenen Tür' der neokolonialistischen Unterwerfung des Landes unter die Interessen des Auslandskapitals den Weg bahnte und damit das Land in eine allgemeine wirtschaftliche Misere steuerte, darüber berichteten wir anhand des Beitrages des indonesischen Journalisten Sudiman Satiadjaja und einer beigefügten Länderübersicht (vgl. AIB, Nr. 5/1975). Bei einem kürzlichen BRD-Aufenthalt gewährten uns führende Vertreter der illegalen Kommunistischen Partei Indonesiens (KPI) das nachstehende Interview. Es enthält, neben einer Klärung der Putschereignisse von 1965, einen Überblick über die soziale Lage der werktätigen Massen, der Mittelschichten und der nationalen Bourgeoisie, eine Schilderung der Situation der politischen Gefangenen Indonesiens sowie Ausführungen zur Entwicklung und Perspektive der nationaldemokratischen Widerstandsbewegung.

AIB-Interview mit Vertretern der Kommunistischen Partei Indonesiens

Frage: Der indonesische Journalist Sudiman Satiadjaja gelangte in einer - in AIB Nr. 5/1975 veröffentlichten - Analyse zu Suhartos Politik 'der offenen Tür' zum Ergebnis, Indonesien gerate in eine immer tiefere wirtschaftliche Abhängigkeit von den ausländischen Konzernen, vom Imperialismus, und das Regime führe mit dieser Politik das Land "offenkundig in eine weitere Wirtschaftskrise". Was ist Ihre Meinung hierzu?

Antwort: Zweifellos trifft eine solche Einschätzung den Kern der Sache.

Und die ersten Opfer dieser Wirtschaftsmisere wurden die Werktätigen in Stadt und Land. Aber nicht nur sie sind betroffen, sondern auch zunehmend die Mittelschichten und die nationale Bourgeoisie.

Frage: Inwiefern ist die nationale Bourgeoisie davon betroffen?

Antwort: In der Regel müßten sich die einheimischen Unternehmer entfalten können. Bei dem jetzigen Regime hat sich jedoch das Gegenteil herausgestellt. Die Ursache dafür ist die, daß die Wirtschaft Indonesiens sehr stark von den ausländischen Monopolisten abhängig ist. Daher befindet sich das schwache und nicht große einheimische Kapital unter dem Druck des ausländischen Großkapitals. Lediglich einige nationale Kapitalisten, die an der Macht sind, können ihr Kapital dadurch entwickeln, daß sie treue Helfershelfer der ausländischen Monopolisten sind. Gegenwärtig hat z.B. die nationale Textilproduktion einen sehr schweren Stand - die Produktion ist auf 60% herabgesunken. Viele nationale Textilwerke haben den Betrieb eingestellt.

Frage: Sie erwähnten, daß auch die Mittelschichten unter der Politik 'der offenen Tür' leiden. Können Sie das näher erläutern?

Antwort: Das bezieht sich vorab auf die nationale Intelligenz und die Handwerker. Die nationale Intelligenz erlebt unter dem be-



Slum in Djakarta

stehenden Wirtschaftssystem keine geringen Schwierigkeiten. Dieser Teil der Gesellschaft muß die nationalen Kader stellen, die für den Aufbau des Landes so dringend benötigt werden. Jedoch ist Arbeit nur schwer zu finden, und der Rest bleibt arbeitslos. Der Grund dafür ist, daß das Regime nur wenige solcher Objekte baut, wo die Angehörigen der nationalen Intelligenz arbeiten könnten; und am häufigsten bedient sich das Regime gerade ausländischer Experten.

Die Handwerker sind wegen Mangels an Kapital und infolge der Konkurrenz seitens ausländischer Unternehmungen, die jetzt unter Ausnutzung moderner Technik und Technologien auch solche traditionellen Waren herstellen, wie "Batik"-Arbeiten, Holzschnitzereien usw. vom Bankrott bedroht. Viele Handwerker sind schon ruiniert.

Frage: Sind die Schwierigkeiten, die Sie für die nationale Intelligenz anführten, nicht in gewissem Sinne für die Jugend Ihres Landes zu verallgemeinern?

Antwort: In der Tat, und zwar in verstärkter Form, stößt doch die Jugend heute auf enorme Hindernisse. Wegen der hohen Kosten für Ausbildung und Studium, wegen des Mangels an Schulgebäuden und Lehrpersonal können sie keine Fachschulen besuchen oder ihre Ausbildung fortsetzen. Von 10 Millionen Kindern im schulpflichtigen Alter können 6,7 Millionen keine Schule besuchen. Es versteht sich, daß die Mehrzahl von ihnen Kinder von Arbeitern und Bauern sind. Und diejenigen, die die Schule abgeschlossen haben, können keine Arbeitsstelle finden.

Um ihre Unzufriedenheit mit dem bestehenden politisch-ökonomischen System auszudrücken, veranstaltet die Jugend häufig Demonstrationen. Aber das Regime beantwortet diese berechtigten Aktionen mit Terrorakten, Inhaftierungen und dem Verbot der Jugendorganisationen und deren Presseorganen.

Frage: Sie betonten eingangs, daß die Arbeiter Indonesiens am härtesten von der Politik des Suharto-Regimes betroffen seien. Wie stellt sich die soziale Lage der Arbeiter heute dar und lassen sich dabei unmittelbare Zusammenhänge zum Eindringen des Auslandskapitals aufzeigen?

Antwort: Wenden wir uns zunächst der Lebenssituation der Arbeiterklasse zu.

Zweifellos sind die Arbeiter der Teil der Gesellschaft, der am härtesten unter der heutigen Wirtschaftslage leidet. Sie können nur schwer Arbeitsplätze finden, weil viele nationalen Betriebe geschlossen wurden, und weil viele ausländische Unternehmen sie einfach nicht einstellen. Die japanischen Unter-

nehmungen beschäftigen z.B. nur Arbeitskräfte aus ihrem Lande. Daher steigt auch die Zahl der Arbeitslosen an. Nach offiziellen Angaben gibt es im Lande 80 Millionen Arbeiterhände, von denen 21 Millionen arbeitslos sind.

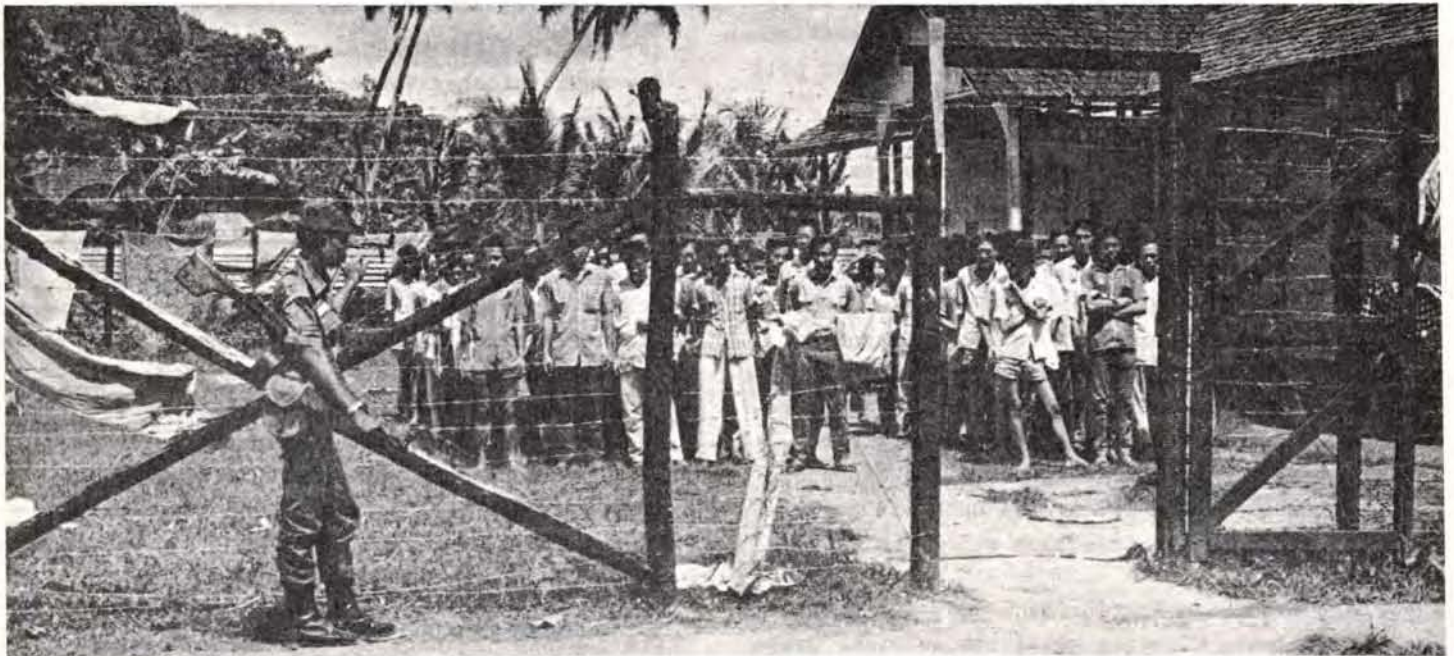
Der Durchschnittslohn der Arbeiter ist sehr niedrig: 100 Rupien am Tage. Für diesen Betrag kann man lediglich 1 kg Reis kaufen. Und in anderen Regionen des Landes ist der Durchschnittslohn noch geringer. Folglich kann der Arbeiter seine Familie nicht ernähren.

Viele Arbeiter, besonders die in den Großstädten, wohnen in Elendsvierteln, da der Wohnraum für das einfache Volk nicht ausreicht. Vom Regime werden keine Wohnungen für Arbeiter gebaut. Im Rahmen der "Begrünung" der Städte werden viele Arbeiterhäuschen liquidiert, aber die Besitzer werden nicht an einem anderen Ort angesiedelt.

Den Arbeitern droht ständig die Entlassung. Und das nicht nur, weil die nationalen Betriebe, in denen sie arbeiten, zu beliebiger Zeit wegen großer Verluste schließen können. Sondern auch dann, wenn sie an Streiks teilnehmen oder ihre Unzufriedenheit mit dem Regime äußern. Viele aktive Arbeiter wurden allein aus dem Grunde inhaftiert, weil sie die gesetzlichen Rechte der Arbeiter verteidigten.

Frage: Kann man diese elenden Verhältnisse des städtischen Proletariats mit der Situation der doch wohl zahlenmäßig wesentlich stärkeren Landarbeiter und armen Bauern vergleichen?

Antwort: Das ist richtig, macht doch ihr Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung Indonesiens rund 70% aus.



Konzentrationslager speziell für Arbeiter

Die werktätige Bauernschaft leidet unter den verschiedenen Arten der Ausbeutung seitens der Gutsbesitzer, der Kapitalisten, der ausländischen Unternehmer, der Kulaken, der Aufkäufer, der Vertreter der örtlichen Militärmacht usw. Unter den heutigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen nimmt die Zahl der armen Bauern zu. Viele von ihnen müssen sogar ihr letztes Stückchen Land verkaufen, um weiter existieren zu können. Diese Menschen werden zu Landarbeitern. Die Landarbeiter machen den größten Teil der Landbevölkerung aus.

Wenn es im Dorf keine Arbeit gibt, ziehen sie in die Städte. In den Städten vergrößern sie jedoch nur das Heer der Arbeitslosen. Von den Mißerfolgen des Fünfjahrplans auf dem Gebiet der Landwirtschaft zeugen insbesondere folgende Faktoren: Mißernten, Überschwemmungen und Epidemien, von denen die Bauern oft betroffen sind. In ihrem Ergebnis kamen Tausende Menschen um. Diese Katastrophen treten besonders häufig auf Java und auf den östlichen Inseln des Landes auf.

So ist es faktisch nicht gelungen, das Leben im Dorf zu verbessern. Daher flammen jetzt nicht selten Bauernbewegungen auf, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen und Gerechtigkeit fordern. Das Regime beantwortet diese Forderungen mit Inhaftierungen und Terror.

Frage: Ist daraus zu schließen, daß die politische Repression in Indonesien unvermindert andauert?

Antwort: Ende vorigen Jahres hat die Kommunistische Partei Indonesiens einen Aufruf an alle Menschen guten Willens veröffentlicht, in aller Welt noch stärker ihre Stimme zu erheben für die Beendigung der antidemokratischen Repressionen und für die Freilassung der politischen Gefangenen in Indonesien.

Dieser Aufruf fällt in eine Zeit, wo in Indonesien nun schon 10 Jahre lang das reaktionäre Militärregime herrscht. Im Widerspruch zur eigenen Propaganda von der "Demokratie" unterdrückt das Regime fortgesetzt alle, denen die Ideen der Freiheit, der Demokratie und Gerechtigkeit teuer sind. In den Gefängnissen und Konzentrationslagern leiden Hunderttausende politische Gefangene, die man ohne Prozeß und Voruntersuchung eingekerkert hat. Mit anderen Worten: Demokratie und Menschenrechte werden in Indonesien nach wie vor von den reaktionären Generälen mit Füßen getreten.

Dazu ergänzend Fakten: Nach 1971 wurden alle politischen Parteien gewaltsam zu einer Gruppe unter Kontrolle der Militärs vereinigt, dasselbe geschah mit den Gewerkschaften, den Bauern- und Jugendorganisationen usw.

Dennoch wachsen in jüngster Zeit die oppositionellen Kräfte im Lande. Sie kommen aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung: Arbeiter, Bauern, Jugendliche und Studenten, Vertreter der nationalen Intelligenz und andere, sogar solche, die früher das Regime unterstützt haben. Sie treten gegen das Regime vor allem deswegen auf, weil es keine Demokratie in Indonesien gibt.

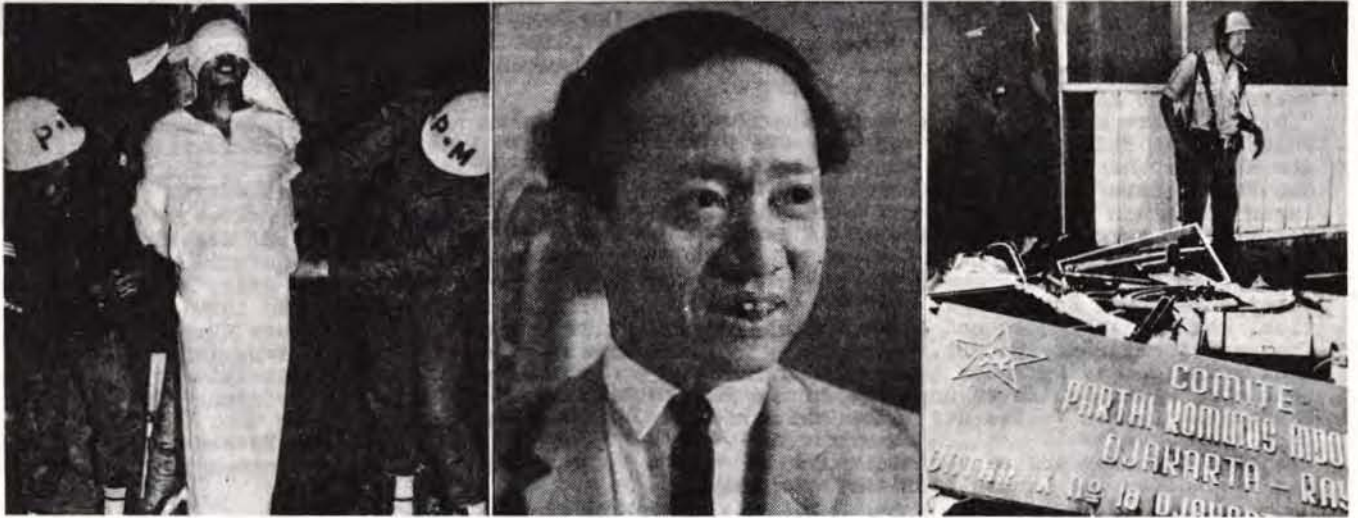
Frage: In den westdeutschen Medien wird über das Schicksal der politischen Gefangenen, über die Existenz von Konzentrationslagern u.a.m. so gut wie nichts berichtet. Welche Ausmaße haben diese seit 1965 installierten 'Säuberungseinrichtungen' noch heute?

Antwort: Über die genaue Zahl der politischen Häftlinge läßt sich schwer etwas sagen. Es liegen verschiedene Angaben vor, weil das Regime sehr bemüht ist, die wirklichen Zahlen und das Schicksal der politischen Gefangenen vor der Öffentlichkeit zu verbergen, aus Furcht vor der Kritik breiter Kreise der Gesellschaft im In- und Ausland. Aber auf jeden Fall gibt es in Indonesien noch Hunderttausende politische Gefangene, obwohl die offiziell eingestandene Zahl bei 30.000 liegt. Die politischen Gefangenen befinden sich in Gefängnissen und Konzentrationslagern, die über das ganze Land verteilt sind. Das bekannteste und größte KZ befindet sich auf der Insel Buruy. Es wurde 1969 geschaffen. Dort werden 20.000 Vertreter der nationalen Intelligenz, von Jugend- und anderen Organisationen, Patrioten und Menschen mit antiimperialistischer Überzeugung gefangengehalten.

In diesem Lager wie in anderen verrichten die Häftlinge Zwangsarbeit. Viele von ihnen sind den schweren Arbeits- und Lebensbedingungen, der jammervollen Ernährung und dem Fehlen jeder medizinischen Versorgung nicht gewachsen.

Frage: Gibt es trotz des anhaltenden Polizeiterrors gegenwärtig Anzeichen für einen merklichen Aufschwung von Massenaktivitäten und für eine Neuformierung der demokratischen Bewegung?

Antwort: Wir sprachen schon davon, daß ungeachtet der fortgesetzten Repression die oppositionellen Kräfte im Land anwachsen, Kräfte, die in der Tat für ein wahrhaft freies und demokratisches Indonesien kämpfen. Das bedeutet, daß die national-demokratische Bewegung in Indonesien weitergeführt wird. Diese patriotischen Kräfte treten auch gegen die Herrschaft des ausländischen Kapitals auf. Das wurde vor allem sichtbar, als vor einem Jahr in Djakarta eine halbe Million Menschen gegen die japanischen Monopolisten demonstrierte. Obwohl die Demonstration grausam, mit bewaffneter Gewalt unterdrückt wurde, hat sie doch allen gezeigt, daß auch der antiimperiali-



Hinrichtung des linken Offiziers Untung 1965 (Foto links); ermordeter KP-Vorsitzender Aidit (Foto Mitte); zerstörtes Büro der KP Indonesiens.

stische Kampf in Indonesien weitergeht.

Frage: Auch innerhalb der fortschrittlichen Bewegung der BRD herrscht bis heute weitgehende Unklarheit über die wahren Vorgänge und Hintergründe des indonesischen Militärputsches von 1965. Stimmt es, daß es sich zunächst um einen Linksputsch handelte und daß die KPI darin verwickelt war?

Antwort: Dem Putsch der Rechten ging nicht ein linker Putsch voran, sondern umgekehrt: Noch vor dem September 1965 erfuhren progressive Offiziere, daß die rechten reaktionären Generale einen Umsturz gegen die Regierung Sukarno planten. Diese Generale wollten ihren konterrevolutionären Plan am 5. Oktober 1965, dem Tag der indonesischen Streitkräfte, in die Tat umsetzen. Bei Djakarta war schon eine Armee konzentriert, die aus anderen Provinzen nach Java verlegt worden war. Diese Armee stand unter dem unmittelbaren Befehl des Generalleutnants (heute General) Suharto. Mit dem Ziel, den Versuch eines rechten Umsturzes zu zerschlagen, stellten die progressiven Offiziere, geleitet von dem Leutnant Untung, am 30.9.1965 sechs Generale unter Arrest, sechs Mitglieder des Rates der Generale, und riefen die Gründung eines Revolutionsrates aus, sie besetzten das Funkhaus, die Post, das Telegraphenamt u.a. Der Rat der Generale ergriff daraufhin seine Maßnahmen: Suharto führte seine mehrtausendköpfige Armee heran, um Untungs Batallion zu zerschlagen. In 24 Stunden konnten die rechten Generale die Bewegung Untungs zerschlagen, faktisch übernahmen sie die Hauptadministration der zentralen Regierung. Faktisch haben sie am 1. Oktober 1965 die Regierung Sukarno gestürzt. Die KPI schätzte die Lage so ein, daß dies eine Sache innerhalb der Streitkräfte sei. Wahr ist, daß einige führende Persönlichkeiten der Partei die Bewegung Untungs unter-

stützten, jedoch gegen die Beschlüsse der Partei. Sie waren auf einer offen maoistischen Linie. So fanden die rechten Generale einen Vorwand, gegen alle Kommunisten, dann auch gegen die Demokraten vorzugehen.

Frage: Vermochte sich Ihre Partei trotz der unvorstellbaren Verluste in den letzten Jahren wieder zu reorganisieren?

Antwort: Der Terror gegen die KPI 1965/66 war der dritte weiße Terror, den die Partei in ihrer Geschichte durchzustehen hatte. Jedesmal nach einer Welle grausamen Terrors (1926 und 1948) wurde die Partei wiederhergestellt. So auch dieses Mal, ungeachtet der äußerst schwierigen Lage. Die Partei lebt und arbeitet in tiefer Illegalität. Sie erfüllt ihre historische Pflicht.

Folgende Aufgaben stehen vor uns:

die Konsolidierung der Partei, politische Arbeit unter den Volksmassen, besonders den werktätigen Massen, mit dem Ziel, die Politik der Partei zu verbreiten und das gegenwärtige volksfeindliche Regime zu entlarven; die Schaffung einer Nationalen Einheitsfront (NEF) aller Patrioten unter Einschluß der KPI auf der Grundlage des Kampfes gegen das reaktionäre Militärregime; die Festigung der Zusammenarbeit und Solidarität mit den Bruderparteien im Rahmen der kommunistischen Weltbewegung und mit allen antiimperialistischen Kräften in der Welt.

Zur Schaffung der Nationalen Einheitsfront: Die Partei meint, daß der Sieg im Kampf um ein freies und demokratisches Indonesien nur durch die Einheit aller patriotischen Kräfte des Landes errungen werden kann. Und jetzt, wo im Lande die demokratische Bewegung zunimmt, sollten sich alle Patrioten in einer demokratischen, patriotischen Front zusammenschließen.

Kambodscha

Im Mai d.J. resümierte die kambodschanische Presseagentur AKI:

"Im fünf Jahre und einen Monat währenden revolutionären Befreiungskrieg haben das Volk, die Kämpfer und Kämpferinnen und die leitenden Funktionäre Schritt für Schritt die Grundlagen der neuen Gesellschaft auf befreitem Territorium aufgebaut. Kürzlich, nach der völligen Befreiung Kambodschas, hat die Sondertagung des Nationalkongresses die Beschlüsse entsprechend den Forderungen der ganzen Nation, des ganzen Landes und aller Volksbefreiungstreitkräfte gefaßt."

Zwei grundlegende Aufgaben haben die Repräsentanten aller Schichten und Gruppen des kambodschanischen Volkes auf dieser Sondertagung formuliert:

Das Land aufbauen und es verteidigen.

Was den Aufbau des Landes betrifft, so sind

in der kurzen Zeit nach der Befreiung schon große Erfolge erzielt worden: Ein großer Teil der Verkehrswege kann wieder benutzt werden, in Pnomh Penh arbeiten die Textilfabrik, die Spinnerei, das Batteriewerk, das Wasserwerk und das Elektrizitätswerk völlig normal. Im landwirtschaftlichen Sektor konzentrieren sich die Anstrengungen auf das Einbringen der Reisernte, die doppelt so groß wie die im letzten Kriegsjahr sein soll. Alle Kautschukplantagen des Landes sind inzwischen nationalisiert worden, was gerade für den Export des Landes von großer Bedeutung ist. Angesichts dieser Fortschritte im ökonomischen Bereich und der Normalisierung des Lebens entpuppen sich Meldungen über Chaos und angebliche Hungersnöte in Kambodscha als plumpe Einmischung in die Angelegenheiten des Landes.

Sondertagung des Nationalkongresses Das Land aufbauen und es verteidigen

Am 25., 26. und 27. April wurde unter dem Vorsitz von Khieu Samphân, Vize-Premierminister, Minister für Nationale Verteidigung der GRUNK (Königliche Regierung der nationalen Einheit Kambodschas) und Oberbefehlshaber der FAPLNK (Volksbefreiungstreitkräfte Kambodschas), eine Sondertagung des Nationalkongresses Kambodschas durchgeführt.

An der Sondertagung des Nationalkongresses nahmen 311 Repräsentanten teil, davon 125 von Massenorganisationen Kambodschas, 112 aller Einheiten der drei Kategorien der FAPLNK, 20 des buddhistischen Klerus, 41 der FUNK (Nationale Einheitsfront Kambodschas) und 13 Mitglieder der GRUNK.

Die Sondertagung des Nationalkongresses unternahm eine Auswertung des großen historischen Sieges, den die Nation und das Volk von Kambodscha errungen haben, wobei sie den grausamsten und barbarischsten Aggressionskrieg der amerikanischen Imperialisten aufgerieben, das Regime der Verräter Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, Chéng Héng, In Tam, Long Boret und Sosthène Fernandez völlig zerschlagen und Kambodscha vollkommen befreit haben in einem außerordentlichen heldenmütigen und erbitterten Kampf, in dem alle Schwierigkeiten und Leiden mit edlem Heroismus überwunden und fünf Jahre und einen Monat lang die größten Opfer gebracht wurden. Nachdem drei Tage lang sorgsam beraten wurde, hat die Sondertagung des Nationalkongresses einstimmig folgendes angenommen:

Die Rolle der armen Massen und der FAPLNK

1. Die Sondertagung des Nationalkongresses

schätzt ein, daß dieser große historische Sieg errungen wurde durch die breite Solidarität der ganzen Nation unter der Fahne der breiten nationalen Einheit der FUNK, in der der Kongreß einstimmig die bedeutende Rolle des Volkes, insbesondere der Massen anerkennt: Arbeiter, arme Bauern, mittlere Bauern der niederen Schichten und andere Werktätige verschiedener Schichten auf dem Lande und in der Stadt, die mehr als 95% der Bevölkerung der ganzen Nation Kambodschas ausmachen, die schwersten Lasten des nationalen Volksbefreiungskrieges tragen, die größten Opfer an Menschenleben und an Hab und Gut gebracht und die größten Leiden ertragen haben, immer und pausenlos der Front gedient haben und ohne das geringste Zögern ihre Männer, Kinder und Enkelkinder zu Hunderttausenden in den Kampf in der ersten Linie geschickt haben. Zugleich mit den großen Opfern der armen Massen waren die großen Opfer der drei Kategorien der FAPLNK, die den Kampf geführt haben mit Heldenmut, Tag und Nacht, zu jeder Jahreszeit, in der Trockenperiode und in der Regenzeit und alle Arten von Schwierigkeiten und Leiden überwunden haben, wobei es an Lebensmitteln, Medikamenten, Kleidung, Munition und anderen Versorgungsgütern im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus, den größten, grausamsten und barbarischsten Imperialismus in der Welt, mangelte. Somit ist dieser große historische Sieg errungen worden durch die breite Solidarität der ganzen Nation, aber die Sondertagung des Nationalkongresses hat insbesondere die außerordentlich bedeutende Rolle der armen Massen und der FAPLNK und ihrer Kinder unterstrichen.

Der Aufbau einer neuen Gesellschaft in Kambodscha

2. Die Sondertagung des Nationalkongresses repräsentiert authentisch den Willen und die Interessen der ganzen Nation und des ganzen Volkes. Nach Befürwortung aller Kongreßteilnehmer und angesichts der außerordentlich schweren und unvergleichlichen Lasten, die das Volk und die FAPLNK in diesem Volksbefreiungskrieg zu tragen haben, erklärt die Sondertagung des Nationalkongresses feierlich, die Forderungen des ganzen Volkes und der FAPLNK anzuerkennen und zu respektieren, die ein unabhängiges, friedliches, neutrales, paktfreies und souveränes Kambodscha in seiner territorialen Integrität haben und in einer nationalen Gemeinschaft leben wollen, in der wirk-



Staatsoberhaupt Sihanouk wird von Vizepremierminister K. Samphan ein erbeutetes US-Gewehr überreicht. Rechts: I. Sary, Sonderberater von K. Samphan, und S.P. Nouth, Premierminister.

lich das Glück, die Gleichheit, die Demokratie regieren, in der es keine Reichen und Armen und keine Ausbeuterschichten und -klassen und keine ausgebeuteten Schichten und Klassen gibt, eine Gesellschaft, in der das ganze Volk in Frieden und Harmonie, in einer breiten Einheit der ganzen Nation lebt, wo alle Einwohner arbeiten, sich der Produktion widmen und das Land aufbauen und verteidigen.

Bestätigung der führenden Persönlichkeiten

3. Die Sondertagung des Nationalkongresses ist einstimmig der Meinung, daß Samdech Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt und Vorsitzender der FUNK, eine höchst patriotische Persönlichkeit ist, die aktiv zum Kampf für die nationale Befreiung Kambodschas beigetragen hat. Die Sondertagung des Nationalkongresses bestätigt, daß in dieser Eigenschaft Samdech Norodom Sihanouk in der neuen historischen Etappe von Kambodscha und in dieser neuen Gesellschaft Kambodschas Staatsoberhaupt und Vorsitzender der FUNK bleibt.

Die Sondertagung ist ebenfalls einstimmig der Meinung, daß Samdech Penn Nouth eine höchst patriotische Persönlichkeit ist, die aktiv

zum nationalen Befreiungskampf Kambodschas beigetragen hat. Deshalb bestätigt die Sondertagung des Nationalkongresses ebenfalls einstimmig, daß Samdech Penn Nouth seine Funktionen als Premierminister der GRUNK und als Vorsitzender des Politbüros des Zentralkomitees der FUNK in der neuen historischen Etappe von Kambodscha und in dieser neuen Gesellschaft Kambodschas beibehält.

Hinsichtlich der anderen patriotischen Persönlichkeiten, die ihren Beitrag für den nationalen Befreiungskampf geleistet haben, beschließt die Sondertagung des Nationalkongresses, daß sie in Übereinstimmung mit ihrem Beitrag und ihren konkreten Befähigungen rekom-pensiert werden.

Die Außenpolitik Kambodschas

4. Hinsichtlich der Außenpolitik bekräftigt die Sondertagung des Nationalkongresses, daß sich Kambodscha fest an die Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und der Paktfreiheit halten wird und es keinem Land gestattet, Militärbasen in Kambodscha zu errichten. Es kämpft entschlossen gegen jede ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kambodschas und widersetzt sich energisch jeder Subversion oder ausländischen Aggression gegen Kambodscha, gleich ob es sich um Subversionen, militärische, politische, wirtschaftliche, kulturelle, soziale oder diplomatische Aggression oder um die unter der sogenannten "humanitären" Form handelt. Kambodscha mischt sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, greift sie nicht an und unternimmt keinerlei Subversion gegen sie. Kambodscha achtet voll und ganz die Prinzipien, nach denen jedes Land über seine volle Souveränität verfügt und das Recht hat, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu entscheiden. Gleichzeitig entfaltet Kambodscha alle Anstrengungen für die Solidarität mit den Völkern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, den Völkern der Welt sowie mit dem amerikanischen fried- und gerechtigkeitliebenden Volk, um sich im Kampf gegen Imperialismus, alten und neuen Kolonialismus, für nationale Unabhängigkeit, Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit und wirklichen Fortschritt in der Welt gegenseitig zu unterstützen.

(Quelle: AKI, Presseagentur Kambodscha, 28. April 1975)



Bitte
schicken Sie Ihren
AIB-Fragebogen ein!

Seit Februar d.J. erscheinen in der Presse laufend Meldungen über blutige Auseinandersetzungen in der größten und reichsten der früheren portugiesischen Kolonien, Angola (vgl. auch AIB, Nr.6/1975). Vor allem von Massakern an Mitgliedern der Befreiungsbewegung MPLA durch Angehörige der konkurrierenden Organisation FNLA war die Rede, während eine dritte Gruppierung, die UNITA, und ihr Anführer, Jonas Savimbi, als weitgehend neutral und als mögliche alternative Regierungskraft auffallend hochgelobt wurden. Was verbirgt sich hinter diesen Auseinandersetzungen und der verzerrten Darstellungsweise der meisten westlichen Presseorgane?

Tatsache ist, daß die FNLA unter Führung Holden Robertos seit nahezu zwei Jahrzehnten von den USA und später insbesondere von Zaire und dessen Präsident Mobutu unterstützt wurde und wird. Roberto ist mit Mobutu sogar verwandtschaftlich verbunden: Er ist sein Schwager. Dahinter jedoch verbergen sich die Interessen sowohl einer Anzahl internationaler Konzerne, die in Angola bedeutende Rohstoffvorkommen ausbeuten, als auch die nationalistischen und expansiven Bestrebungen Mobutus.

Die UNITA wiederum wird sowohl von den USA und ihren Verbündeten unterstützt als auch vom rassistischen Südafrika.

Beide Organisationen bekämpfen die MPLA erbittert und streben ihre Zerschlagung an - im Interesse der ausländischen neokolonialen Bestrebungen, im Verein mit portugiesischen Reaktoren und rechten Gruppen der zahlreichen weißen Siedler in Angola.

Im Juni 1975 gelang es durch Vermittlung der

Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), ein Abkommen der drei Parteien zustande zu bringen, in dem die Grundsätze bekräftigt werden, die bereits im Januar 1975 als Schritte auf dem Weg zur Unabhängigkeit festgelegt worden waren, sowie Maßnahmen zur Beendigung der Feindseligkeiten vorgesehen sind. Dazu gehören u.a. die Beschlagnahme aller im Besitz von Zivilpersonen befindlichen Waffen, wirtschaftliche Sofortmaßnahmen, die Gewährleistung der freien politischen Betätigung in allen Landesteilen für alle drei Parteien; weiterhin ist vorgesehen, ein Wahlgesetz zu veröffentlichen und im November Wahlen zur Nationalversammlung abzuhalten, so daß am 11. November 1975 die Unabhängigkeit verkündet werden kann.

Angesichts der internationalen Monopolinteressen, des strategischen Interesses Südafrikas und Zaires an Angola wird abzuwarten sein, wie sich die FNLA und die UNITA als verlängerte Arme dieser ausländischen Kräfte verhalten, ob sie sich an das Abkommen halten werden.

Wie kritisch dies beurteilt werden muß, wird aus dem folgenden Interview deutlich, in dem Vizeadmiral Rosa Coutinho einige Hintergründe der zurückliegenden Ereignisse erläutert. Coutinho ist ein führendes Mitglied der portugiesischen Bewegung der Streitkräfte (MFA) und des Revolutionsrates; vom August 1974 bis Ende Januar 1975 selbst Hochkommissar in Angola, ist er derzeit verantwortlich für Untersuchungen über den versuchten Putsch reaktionärer Kräfte um Spínola am 11. März 1975 in Porti

Vizeadmiral Rosa Coutinho (MFA) zu den Verschwörungen gegen ein fortschrittliches Angola

Frage: Die Kolonialfrage spielte im portugiesischen Wahlkampf überhaupt keine Rolle. Uns erscheint jedoch die Entkolonialisierung als ein echter Test für die Verankerung der Revolution vom 25. April. Glauben Sie nicht, daß insbesondere das Problem Angola, wo wir eine sich von Tag zu Tag mehr zuspitzende Situation beobachten können, für den Erfolg des portugiesischen Experiments entscheidend sein könnte?

Rosa Coutinho: Es ist schwierig zu sagen, daß die Frage Angola für Portugal entscheidend sei. Klar ist, daß diese Frage den Prozeß in Portugal vorantreiben oder verzögern kann. Zu der Zeit, als ich mich dort aufhielt, war diese Frage tatsächlich von entscheidender Bedeutung. Heute ist sie dies nicht mehr, dennoch ist sie auch heute noch von großer Bedeutung.

Alle Welt weiß, daß wir eine korrekte und ehrliche Entkolonialisierung durchgeführt haben. Wenn wir, was Angola angeht, keinen vollen Erfolg hatten, so liegt dies daran, daß



der internationale Imperialismus sich eingemischt hat, um ihn zu verhindern.

Frage: Entscheidender als in den anderen ehemaligen portugiesischen Kolonien?

Rosa Coutinho: Noch heute ist der Imperialismus dabei, sich gegen die Entkolonialisierung und die Unabhängigkeit der Kapverden zu verschwören. Gruppen von emigrierten Bewohnern der Kapverden in den USA haben ihre Absicht verkündet, Unruhen zu schüren. Aber die Kapverden sind für den Imperialismus in erster Linie aufgrund ihrer strategisch günstigen Lage von Interesse. Und es ist nicht einfach,

dem Einfluß der PAIGC entgegenzutreten.¹⁾ Darüber hinaus haben die Kapverden keine gemeinsame Grenze mit Zaire...

Frage: Der Ozean kann tatsächlich nicht der bedingungslose Verbündete des Imperialismus sein. Aber es scheint, daß die portugiesische Armee in Angola auch eine sehr große Verantwortung hat. Agostino Neto sprach sogar von ihrer "kriminellen Untätigkeit".

Rosa Coutinho: Das ist wahr. Die Armee da unten hat keine guten Beziehungen zur MPLA. Und die Macht der MFA ist dort nicht so groß wie in Portugal. Selbst zu der Zeit, in der ich Hochkommissar in Luanda war, war ich weit davon entfernt, die ganze Armee auf meiner Seite zu haben. Das erklärt, daß es dort so viele Verschwörungen gegen mich gab.

Frage: Von wem wurden diese Verschwörungen angezettelt?

Rosa Coutinho: Es gab verschiedene Verschwörungen; teils waren sie von Zaire gesteuert, teils von der Armee - selbst von Spino²⁾. So hat Spino³⁾ vor dem 28. September 1974 auf Anraten seines persönlichen Freundes Manuel Vinhas³⁾ zwei Dutzend "Repräsentanten" des angolesischen Volkes in Lissabon zusammengerufen. Für mich waren diese Leute nichts anderes als Repräsentanten der Reaktion in Angola.

Unter ihnen befanden sich ein ehemaliger Informant der PIDE⁴⁾, Angelino Alberto, und Dr. Ferronha von der PCDA.⁵⁾ Als sie in Lissabon versammelt sind, entdeckte ich, daß Ferronha der Hauptagent - wenn nicht der Anführer - einer Verschwörung ist, der ich gerade auf die Schliche gekommen bin. Ich gebe Anweisung ihm zu verhaften, dort in Lissabon...

Dieser Befehl wurde nicht ausgeführt. Ferronha konnte Portugal unbehelligt verlassen.

Aber weil er wußte, daß ich ihn in Luanda erwartete, flüchtete er nach Zaire. Diese Verschwörungen waren jedoch nur die Oberfläche eines weit umfangreicheren Komplotts mit dem Ziel, Holden an die Spitze zu stellen, mit Chipenda⁶⁾ und Savimbi an seiner Seite. Man mußte Neto beseitigen. Spino⁷⁾ hat mir persönlich gesagt, man könne mit der MPLA nicht verhandeln, da "sie Anweisungen aus Moskau erhalte". Das war die typische Sprache der Epoche Salazar-Caetano. An dem Tag, an dem das offizielle Protokoll der Unterredung von Sal⁷⁾ vorläge, würde seine Veröffentlichung zu einer gefährlichen Sache werden.

Frage: Mobutu hätte leicht Vorteile aus der Zusammenkunft mit Spino⁷⁾ ziehen können.

Rosa Coutinho: Für Mobutu ist es bedrohlich, mitanzusehen zu müssen, wie in Angola ein fortschrittliches Regime an die Macht kommt. Zaire hat fast 2 000 km gemeinsame Grenze mit Ango-



Zaire-Präsident Mobutu

la. Das Volk von Zaire wird von einem schrecklichen Regime erdrückt - ein schwarzer Faschismus. Die Entstehung eines fortschrittlichen Angola würde für Mobutu innerhalb kurzer Zeit das Ende bedeuten.

Darüber hinaus hat Zaire einen ständigen Mangel an Lebensmitteln. Ich weiß übrigens nicht, warum. Es liegt nicht etwa daran, daß nicht genügend Naturreichtümer vorhanden sind. Aber durch dieses Regime, seine politische Organisation, durch die Organisierung der Arbeit werden diese Vorkommen nur schlecht genutzt. Alles was aus Angola importiert werden kann, wird dort gebraucht: Fische, Fleisch, Öl usw.; Angola ist das Füllhorn Zaires. Dies interessiert selbstverständlich die portugiesischen Kapitalisten, für die dieses System eine unerschöpfliche Profitquelle darstellt. Mobutu hatte somit keine Mühe, sie zu kaufen. Ein Beispiel: Der Preis für gesalzene Fisch vervierfacht sich in der Zeit zwischen dem Verkauf in Luanda und dem Weiterverkauf in Zaire. Die Zwischenhändler haben hier bequeme Pfründe und sind zu allen nur denkbaren Maßnahmen bereit, um sich diese Geldquelle zu erhalten.

Frage: Mit Mobutu und Holden als Strohmänner...

Rosa Coutinho: Holden, und auch Chipenda. Ich habe übrigens Beweise, daß Chipenda hier in Portugal Informant der PIDE war. Auch, daß er Student in Coimbra und Fußball-Spieler war. Er gab persönlich Informationen über seine Freunde von der MPLA an die politische Polizei weiter. Das bin ich bereit zu beweisen. Weiter glaube ich - das ist meine persönliche Meinung - daß Chipenda in die MPLA eingeschleust worden ist, um sie zu spalten. Er war das trojanische Pferd zur Spaltung der MPLA.

Frage: Aber warum so lange warten, bis gehandelt wird?

Rosa Coutinho: Ich glaube, dies war aus der Sicht der portugiesischen Regierung eine kluge Entscheidung: Den günstigsten Augenblick abwarten. Die Gefahr war die MPLA. Mit Mobutu, das heißt mit Holden, gab es Möglichkeiten zur Einigung, eine Art "gentleman's agreement". Aber die MPLA war eine wirkliche Gefahr, sie mußte zerstört werden. Man schleuste Chipenda ein, und er übernahm das Geschäft der Zersplitterung. Chipenda wurde als der wahre militärische Führer dargestellt. Und er wurde dabei von der Presse unterstützt, etwa durch die Kampagne der angolesischen Zeitschrift "O Comercio": Seite um Seite Berichte über



Massenkundgebung der MPLA in Luanda

Chipenda. Es ist wahrscheinlich, daß irgendjemand diese Kampagne bezahlt hat. Oder Reposo Magelhaes, Direktor von "O Comercio", ein Mann von klugem Verstand, der über allen diesen Fragen steht, über der Frage der Entkolonialisierung Moçambiques oder Angolas, über Spinola ... Antonio Champalimaud.⁸⁾

Frage: Der gleichzeitig der gefährlichste Gegner des portugiesischen Prozesses ist.

Rosa Coutinho: Das heißt, daß dieser Prozeß, daß die MFA ihn voll in Beschlag genommen haben. Champalimaud hatte Ende 1973 Meinungsverschiedenheiten mit Caetano. Die beiden Männer

wurden zu Feinden. Und Champalimaud bereitete folglich seinen Sturz vor, indem er sich Spinolas bediente. Ich glaube sogar, er war an der Abfassung von "Portugal und seine Zukunft"⁹⁾ keineswegs unbeteiligt; es war nicht Spinola, der dieses Buch schrieb. Champalimaud, den man einen modernen Kapitalisten nennen kann, konnte sich nicht an das Portugal des alten Regimes anpassen. Er war es, der alles für den 25. April vorbereitet hatte. Er hatte lediglich vergessen, daß die Offiziere, derer er sich bedienen zu können hoffte, politisiert waren, nicht zuletzt aufgrund des Kolonialkrieges. Er selbst zielte lediglich auf einen Staatsstreich ab. Spinola übernahm die Führung, wurde ein kleiner de Gaulle und so blieb es verborgen, daß Portugal und seine überseeischen Gebiete unter die Kontrolle Champalimauds kamen. Aber der Staatsstreich entwickelte sich zur Revolution durch den Willen der Offiziere. Und die Entkolonialisierung nahm nicht den Weg, der in "Portugal und seine Zukunft" vorgezeichnet war. Spinola und Champalimaud waren sich einig darüber, Guinea-Bissau für verloren anzusehen, da weite Teile bereits befreit waren: Eine elegante Art und Weise, den militärischen Zusammenbruch zu vermeiden. Was die anderen Länder betraf, so sollten sie gehalten werden - selbst Moçambique.

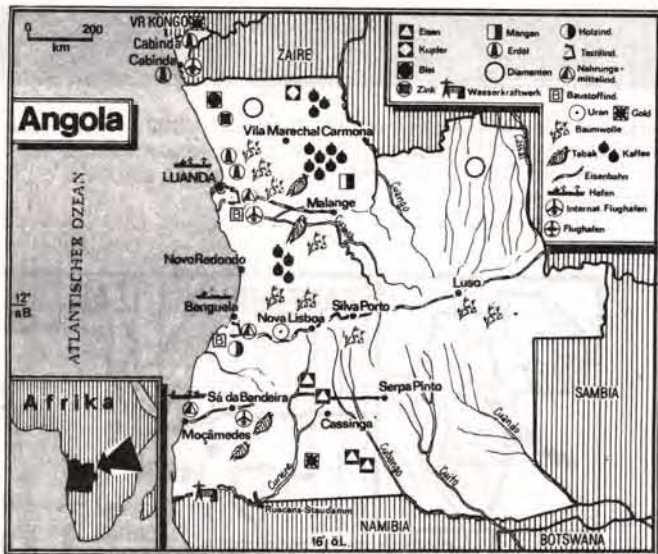
Frage: War Spinola in die Ereignisse vom 8. September 10) in Lourenço-Marques verwickelt?

Rosa Coutinho: Jedenfalls hat er sich nie gegen die Auführer gewandt. Ich richtete Appelle an Angola, weil ich wußte, daß dies ein böses Vorbild für dieses Land war. Ich forderte den Präsidenten der Republik auf, die Rebellen von Moçambique zu verurteilen. Tatsächlich hat Costa Gomes in seiner Eigenschaft als Befehlshaber der Armee die Revolte von Lourenço-Marques verurteilt. Spinola selbst ließ die Rebellen in der Illusion, er würde sie unterstützen.

Frage: Was darauf hinweist, daß Champalimaud der Drahtzieher dieser Revolte war...

Rosa Coutinho: Das weiß ich nicht. Ich kann lediglich sagen, daß er sie nicht für den 8. September vorgesehen hatte. Es handelte sich um eine verfrühte Explosion, die anderenfalls nicht länger als bis zum 16. September auf sich hätte warten lassen. Die Pläne für die Besetzung des Rundfunksenders und der verschiedenen strategischen Punkte lagen alle vor, aber nicht für den 8. September. Es mußte nämlich die Verbindung zu den Ereignissen in Angola gesichert sein.

Frage: Dies läßt sich in Ansätzen vergleichen mit der Situation des 11. März, als die Ereignisse in Lissabon in Verbindung standen zu



Unternehmungen in Moçambique, in Angola, Guinea-Bissau und selbst in Sao Tomé.

Rosa Coutinho: Für Guinea verfügen wir langsam über Beweise. Was den Rest betrifft, so können wir lediglich seltsame Zufälle beobachten. In Angola hat es am 5. März eine Operation gegeben, die unser Vertrauen in den dortigen portugiesischen Oberbefehlshaber sehr erschüttert hat. Die Militärpolizei, die Kommandos, die Schützen, die meine Leute gewesen waren, zuverlässige Truppen, waren angeklagt, einen Putsch zusammen mit der MPLA geplant zu haben. Ein die Verhältnisse vergiftender Anschlag, der dem Hochkommissar die Möglichkeit gab, Maßnahmen gegen sie zu treffen. Wenn sich am 11. März etwas ereignet hätte, was die Situation in Lissabon verändert hätte, wären diese zuverlässigen Truppen nicht einsatzfähig gewesen.

Man kann auch Abfahrten hier und Ankünfte dort feststellen. Aber im Augenblick haben wir noch keine Beweise. Wir arbeiten nicht mit den Methoden der PIDE. Aber Barbieri Cardoso in Spanien, Champalimaud in Frankreich - hat Spinola selbst nicht zugegeben, daß er ausführliche Informationen durch den französischen Geheimdienst erhalten hat? Wie kann man über all dies Gewißheit bekommen? Ich kann Ihnen jedenfalls eines mit Sicherheit sagen, nämlich, daß Antonio Champalimaud, falls er sich hierher wagen sollte, auf dem direkten Wege im Gefängnis von Caxias landet.

Frage: Glauben Sie, daß es einen neuen Umsturzversuch, ähnlich dem vom 11. März geben könnte?

Rosa Coutinho: Unmöglich! Schon damals, am 11. März, hatten die Spinolisten die Situation falsch eingeschätzt. Sie hatten mit den Offizieren gerechnet, die sie sicher auf ihrer Seite glaubten. Und sie dachten, die Armee würde diesen Offizieren automatisch folgen. Sie haben sich getäuscht. Die Soldaten und

Unteroffiziere waren es, die die gesamte Aktion unmöglich machten. Das heißt aber nicht, daß es keine weiteren Umsturzversuche von Seiten der Reaktion geben kann. Aber diese Versuche werden sich auf einer anderen Ebene abspielen. Die große Schlacht wird jetzt auf dem Gebiet der Wirtschaft ausgefochten werden.

(Quelle: *afrique-asie*, Bimensuel d'information, d'opinion et d'analyse, Paris 19. Mai 1975)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Inzwischen fanden auf den Kapverden Wahlen zur Nationalversammlung statt, und die Inselgruppe wurde unabhängig (s. Kurzinformation in dieser Nummer).
- 2) General Spínola, bis 1974 Oberbefehlshaber der portugiesischen Truppen in Guinea-Bissau, wurde nach dem 25. April 1974 portugiesischer Staatspräsident. Spínola verfolgte eine Politik, das gestürzte faschistische Regime zu "liberalisieren" und die Kolonien weiter an Portugal zu binden. Bei zwei Versuchen, die revolutionäre Entwicklung aufzuhalten und die von ihm vertretenen Interessen durchzusetzen, scheiterte er (28. September 1974 und 11. März 1975) und floh nach dem 11. März nach Brasilien.
- 3) Ein portugiesischer Großindustrieller mit bedeutenden Investitionen in Angola und engen Verbindungen zu Mobutu und der FNLA.
- 4) Name der Gestapo-gleichen (und unter ihrer Beratung 1935 gebildeten) portugiesischen Geheimpolizei; wurde nach dem 25. April 1974 aufgelöst.
- 5) Christlich-Demokratische Partei Angolas, Ableger der portugiesischen CDP, welche wegen ihrer Beteiligung am Putschversuch vom 11. März 1975 verboten wurde.
- 6) Daniel Chipenda stieg in der MPLA bis zum militärischen Oberbefehlshaber auf. Nach Inszenierung eines offenen Spaltungsversuches im letzten Sommer und dessen Scheitern verließen er und eine rund 3 000 Mann starke bewaffnete Gruppe die MPLA; Chipenda schloß sich der FNLA an, viele seiner Anhänger jedoch gingen wieder zur MPLA zurück.
- 7) Eine der Kapverden-Inseln; auf ihr trafen sich am 14. September 1974 Spínola und Mobutu, um ihre Angola-Pläne abzusprechen.
- 8) Die Familie Champalimaud war nach dem Melo-Familienclan die mächtigste unter der Handvoll von Gruppierungen der portugiesischen Großbourgeoisie, die Portugal vor dem 25. April 1974 ökonomisch und politisch beherrschten. Zum Imperium von Antonio Champalimaud gehörten umfangreiche Investitionen in den Kolonien sowie Stahl-, Metall- und Papierfabriken, Banken, Versicherungen und Landbesitz in Portugal.
- 9) Titel des Buches, über dessen Veröffentlichung es zwischen dem faschistischen Diktator Caetano und Spínola zum offenen Bruch kam. Die in ihm enthaltene vorsichtige Kritik an der Kolonialpolitik stellte das Programm des in seiner Entfaltung behinderten portugiesischen Kapitals dar. Der Verlag, in dem es erschien, gehört zum Champalimaud-Besitz; Spínola selbst war früher Direktor einer Champalimaud-Firma.
- 10) Am 8. September 1974 versuchten faschistische Splittergruppen, reaktionäre Parteien und ausländische Agenten in Moçambique die Übergangsregierung aus FRELIMO und portugiesischen Ministern zu stürzen, um ein weißes Minderheitsregime zu errichten. Portugiesische Soldaten, FRELIMO und Bevölkerung schlugen die Revolte nieder (vgl. hierzu AIB Nr. 11-12/1974).

Volksrepublik Kongo

Im Rahmen einer Journalistendelegation des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ) besuchte der Düsseldorfer Journalist Peter Wilke u.a. die Volksrepublik Kongo. In dem folgenden Bericht schildert er die Situation in diesem zentralafrikanischen Staat und vermittelt gleichzeitig einen Überblick über die brennendsten Probleme des Landes.

Peter Wilke Zu Gast in der VR Kongo

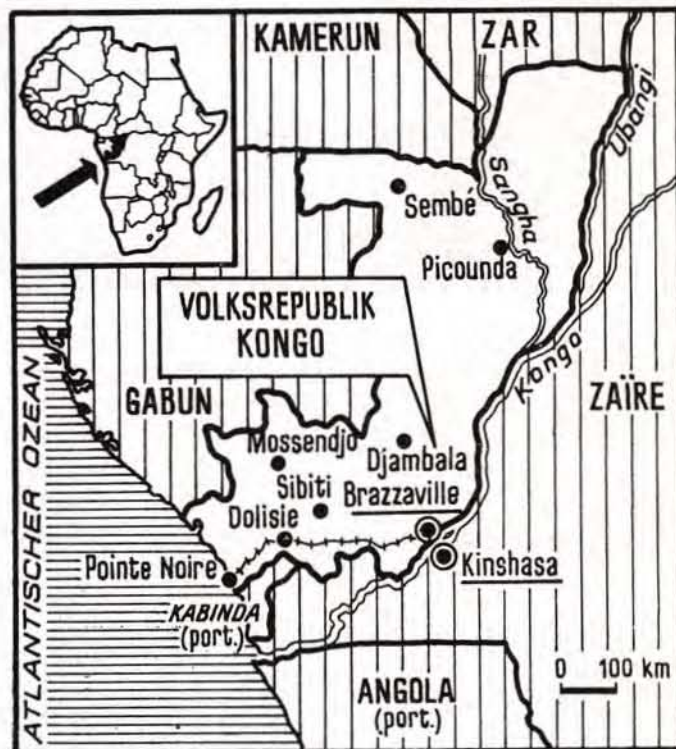
Brazzaville, die Hauptstadt der Volksrepublik Kongo, war die erste Station unserer Afrika-reise, so waren wir auf diese Stadt natürlich sehr gespannt.

Von der einladenden Jugendorganisation, der Union de la Jeunesse Socialiste Congolaise (Kongolesische Sozialistische Jugendunion - UJSC), wurden wir sehr herzlich empfangen und fühlten uns in Brazzaville gleich "zu Hause". Um es gleich vorwegzunehmen: Schon unser erster Eindruck war, daß die VR Kongo eine stabile Entwicklung nimmt. Dieser Eindruck wurde eigentlich durch unsere vielfältigen Gespräche und Besuche noch vertieft - trotz aller Probleme, mit denen man zu kämpfen hat, wovon noch zu berichten sein wird. So war für uns die Feststellung unserer Gastgeber, die VR Kongo gehöre zu den Staaten in Schwarzafrika mit dem höchsten Lebensstandard, eine eindrucksvolle Bestätigung dieser Erfahrung. Uns interessierte natürlich die Antwort auf die Frage, welche Faktoren für diese Entwicklung bestimmend sind.

Stationen der Entwicklung

Wirft man einen kurzen Blick auf die wichtigsten Stationen des Landes seit der Proklamation der Unabhängigkeit am 15. August 1960, so erkennt man, daß sich die fortschrittlichen Kräfte erst nach harten Kämpfen durchsetzen konnten. Denn gleich nach der Unabhängigkeit okkupierte das neokolonialistische Regime des Abbé Youlou die Staatsmacht. 1963 jedoch wurde diese Regierung im Zuge eines politischen Generalstreiks gestürzt. Es dauerte dann aber nochmals fünf Jahre, bis nach dem Sturz des Präsidenten Massamba Débat durch fortschrittliche Offiziere unter Major Marien N'Gouabi - dem heutigen Staatspräsidenten - der Grundstein für die heutige Entwicklung gelegt werden konnte. Ende 1969 wurde die Volksrepublik ausgerufen, die sich 1970 und 1972 gegen reaktionäre Staatsstreichversuche wehren mußte.

Einer der entscheidenden Faktoren dieser positiven Entwicklung ist der kampferfahrene



und gutorganisierte, einheitliche Gewerkschaftsbund, die Confédération Syndicale Congolaise (Kongolesische Gewerkschaftskonföderation - CSC), der 1964 aus der Vereinigung der an die französischen Gewerkschaften angebotenen Gewerkschaften CGAT, CATC und SAISEL hervorging und später Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes wurde. Die fortschrittlichsten Kräfte aus dem CSC bildeten auch den Kern der Ende 1969 gegründeten Parti Congolais de Travail (Kongolesische Partei der Arbeit - PCT), der heute politisch führenden Kraft in der VR Kongo; Vorsitzender des ZK der PCT ist Staatspräsident Marien N'Gouabi.

Die „drei Cos“

Les trois Co, die drei Co. Wir waren etwas verduzt, als wir diese Formel zum erstenmal hörten. Dabei ist es ein sehr einleuchtendes Prinzip der demokratischen Strukturen, die jetzt überall im öffentlichen Sektor der VR Kongo aufgebaut werden: mitbestimmen, mitverwalten, mitverantworten (Co-décision, Co-gestion, Co-responsabilité). Das heißt z.B. im Betrieb, daß die Parteigruppe, die Gewerkschaft und die Verwaltung gemeinsam alle Beschlüsse fassen, durchsetzen und verantworten. Aber wie gesagt, nur im öffentlichen Sektor,

also in den nationalisierten Betrieben und allen öffentlichen Einrichtungen; dort ist dieses Prinzip Gesetz. Im privaten Sektor, der vor allem beherrscht wird von französischem aber auch von bundesdeutschem Kapital, wird um die Durchsetzung dieses Prinzips gekämpft. Noch immer ist das ausländische Kapital in der kongolesischen Wirtschaft vorherrschend. Deshalb hat auch der II. ordentliche Kongreß der Kongolesischen Partei der Arbeit im Dezember 1974 den verstärkten Kampf um die ökonomische Unabhängigkeit als zentrale Aufgabe der kommenden Entwicklungsjahre formuliert. Diese Entwicklungsetappe, die nationale und volksdemokratische Revolution, soll besonders durch den Aufbau echter Machtorgane des Volkes gekennzeichnet sein - ein Mittel dabei sind die drei Co.

Die regionalen Räte

Ein anderer Faktor für diese Entwicklung sind die regionalen Räte, die in den Regionen auf der Grundlage der Mitte 1973 in einem Referendum verabschiedeten neuen Verfassung vom Volk gewählt wurden. Die regionalen Räte regeln alle die Region betreffenden "inneren" Angelegenheiten selbständig - deshalb gibt es in der VR Kongo keinen Innenminister: die



Kooperatives Dorf (Baumplantage)

zentrale politische Gewalt liegt in der Verantwortung eines Departements der Volksarmee. Außerdem wirkt eine Volksmiliz, die überall regional aus der Bevölkerung rekrutiert wird, als Ordnungsmacht, deren Aufmerksamkeit wir selbst erlebt haben: Als ich mit Jorge, einem brasilianischen Kollegen, auf einem Rundgang photographierte, wurden wir von zwei jungen Leuten, die sich als Mitglieder der Volksmiliz auswiesen, angehalten und gefragt, wer uns autorisiert habe, zu photographieren. Als wir glaubhaft versichern konnten, daß wir auf Einladung der Jugendorganisation UJSC in Brazzaville sind, konnten wir nach einer kurzen freundschaftlichen Unterredung weiterziehen.

Der öffentliche und der private Sektor

Alle Menschen in der 1,3 Millionen Einwohner zählenden VR Kongo können heute leben, wenn auch noch nicht alle gut - dafür gibt es z.B. in den Einkommen zu große Unterschiede. Überrascht waren wir zuerst über die Tatsache, daß zwar die Löhne im privaten Sektor durchschnittlich höher sind als im öffentlichen Sektor, die Arbeiter aber in der Regel trotzdem lieber im öffentlichen Sektor arbeiten. Das Geheimnis lüftete sich sehr schnell, als wir erfuhren, daß die Sozialleistungen im öffentlichen Sektor wesentlich besser sind: So gibt es z.B. dort eine bessere Alterssicherung, die Arbeitsplätze sind gesichert und ebenso, wie schon erwähnt, die demokratischen Rechte im Betrieb. Das bewirkt, daß sich die Arbeiter des öffentlichen Sektor als Eigentümer fühlen, was sich deutlich daran ablesen läßt, daß es Streiks nur noch im privaten Sektor gibt, wo die Arbeitsbedingungen nur durch Vereinbarungen zwischen dem Betrieb und der Gewerkschaft abgesichert sind und nicht wie im öffentlichen Bereich durch Gesetz. Natürlich gibt man sich nicht zufrieden mit der Tatsache, daß es zwischen den höchsten und den niedrigsten Löhnen das ungesunde Verhältnis von 13:1 gibt. Deshalb wurden vor kurzem die Mindestlöhne verdoppelt, die höchsten Einkommen jedoch nur geringfügig erhöht. Allerdings geht nicht alles problemlos vor sich. In Verwaltungen und besonders im Versorgungsbereich hat man nach wie vor auch gegen Korruption, Spekulantentum und Schwarzhandel zu kämpfen. Ein Beispiel soll das verdeutlichen. Anfang des Jahres trieben Lebensmittelspekulanten den Preis für Maniok - einem Grundnahrungsmittel, aus dessen Blättern das wohlschmeckende Saka-Saka-Gemüse bereitet wird - auf die drei- bis vierfache Höhe, um der Partei Schwierigkeiten zu bereiten. Daraufhin setzten Partei und Regierung im ganzen

Land Kommissionen ein, die die Preisgestaltung kontrollierten und dann den Preis wieder auf die ursprüngliche Höhe senkten. Nach einem Monat war das durchgesetzt, obwohl die Spekulanten versuchten, die Ware zu horten; aber sie kamen nicht durch, da sich die ganze Bevölkerung an der Aktion beteiligte.

Die natürlichen Reichtümer des Landes

Das 342.000 qkm umfassende Land besitzt einen großen Vorrat an natürlichen Reichtümern. Neben den reichhaltigen Bodenschätzen wie Gold, Eisenerz, Diamanten, Erdöl und vor allem Kali- und Phosphorsalzen im Süden des Landes, nahe der am Atlantik liegenden "ökonomischen Hauptstadt" Pointe Noir, besteht dieser natürliche Reichtum vor allem in dem großen Bestand an Edelhölzern in dem tropischen Urwald im Norden des Landes. Noch befindet sich der Abbau und die wirtschaftliche Nutzung dieser Naturschätze im Anfangsstadium, obwohl beispielsweise die Holzverarbeitende Industrie schon relativ entwickelt ist.

Der Aufbau kooperativer Dörfer

Nach wie vor ist die VR Kongo ein Agrarland. Auch wenn die Industrie der bestimmende Faktor der Entwicklung ist, so bleibt die Landwirtschaft doch die Grundlage. Noch sind in diesem zentralen Bereich veraltete Produktionsmethoden vorherrschend, deshalb propagiert die PCT, in deren Reihen 32% Landwirte organisiert sind (Arbeiter 37%, Intellektuelle 24%), eine besondere Kraftanstrengung, um die Landwirtschaft einen großen Schritt voranzubringen.

Zahlreiche und große Probleme sind dabei zu überwinden: Denn die Nachwirkungen jahrhundertelanger Ausbeutung (seit dem 15. Jahrhundert gingen hier die Portugiesen auf Sklavensjagd) und kolonialer Unterdrückung (französische Kolonie von 1886 bis 1960) sind in diesem Bereich gegenwärtig. Die alten Herrscher hatten kein Interesse daran, die sozialen Strukturen und die Infrastrukturen weiter auszubauen, als es die Ausbeutung des Landes für sie erforderte. Das hat nach der Unabhängigkeit zu einem Höhepunkt der Landflucht geführt, mit der man - obwohl sie schon stark zurückgedrängt wurde - auch heute noch zu kämpfen hat. Kernstück der landwirtschaftlichen Entwicklung ist der in Angriff genommene Aufbau kooperativer Dörfer, die gekennzeichnet sind durch neue Formen kollektiver und mechanisierter Produktion sowie, und das ist entscheidend, durch die Schaffung sozialer Strukturen wie Schulen, Kindergärten, Krankenstationen, kultureller Zentren, denn

nur so können die jungen Menschen mit Erfolg auf die Landwirtschaft orientiert werden.

Ein solches kooperatives Dorf haben wir 45 km nördlich von Brazzaville besucht. Etwa 700 Menschen aus 13 Ansiedlungen arbeiten und organisieren ihr gesellschaftliches Leben gemeinsam. Sie produzieren Holz. Holz für die Gewinnung von Zellstoff zur Papierverarbeitung und Holz für die Streichholzproduktion. Ihr Fernziel: Aufbau der entsprechenden verarbeitenden Industrie in der gleichen Region. Eindrucksvoll war für uns die Schule: Alle 154 Kinder der Kooperative sind eingeschult, während sonst der Einschulungsgrad etwa bei 94% liegt. Zwar sind noch nicht alle sozialen Strukturen in der gewünschten Weise vorhanden, aber wir erhielten einen guten Eindruck von den großen Möglichkeiten, die in dieser Entwicklung stecken.

Die VR Kongo ist ein „lernendes“ Land

Die Volksrepublik Kongo ist ein junges Land, nicht nur ein junger Nationalstaat: 60% Prozent der Bevölkerung sind Kinder und Jugendliche. Immer wieder waren wir überrascht, wieviele junge Menschen in verantwortlichen Stellungen wirken. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Minister für die Primar- und Sekundarausbildung ist erst 29 Jahre alt. Die VR Kongo ist aber auch ein "lernendes" Land. Vielfach konnten wir die Lernbegierigkeit von Kindern und Jugendlichen selbst beobachten. Die Voraussetzungen sind geschaffen, um noch bestehende Reste des Analphabetentums zu überwinden auch in der mittleren Generation, die natürlich von diesen günstigen Voraussetzungen noch nicht so profitieren konnte.

Erstmals im letzten Sommer initiierten die Partei und die Jugendorganisation UJSC eine Kampagne "Studenten aufs Land". Studenten unterstützten in ihren Semesterferien die Landwirte bei ihrer Arbeit. In diesem Jahr soll die sehr erfolgreiche Aktion weitergeführt werden, die von der Jugend so begeistert aufgenommen wurde, daß diesmal auch eine große Anzahl Schüler daran teilnehmen möchte.

Infrastrukturelle Entwicklung

Entscheidend für den Erfolg der landwirtschaftlichen Entwicklung sind natürlich noch einige andere Faktoren. Rationelle Anbaumethoden erfordern moderne Maschinen. Deshalb unterstützt die Regierung die Dörfer, die sich zu Kooperativen zusammenschließen mit einem Maschinenpark. Rationelle Anbaumethoden müssen jedoch auch wissenschaftlich geleitet werden. Deshalb verstärkt man die Qualifi-



Beim Aufbau einer Ölraffinerie bei Pointe-Noire:
Kongolesische Facharbeiter

zierung landwirtschaftlicher Kader: Wir hatten Gelegenheit, in der Nähe von Brazzaville das landwirtschaftliche Gymnasium Amilcar Cabral zu besuchen und uns selbst einen Eindruck von der Ausbildung dieser jungen Kader zu machen. 20 einheimische und ausländische Lehrer bilden die derzeit etwa 200 Studenten drei Jahre lang praktisch und theoretisch aus. Großen Wert legt man hier, wie übrigens in allen schulischen Einrichtungen, auf die ideologische und politische Erziehung der Jugendlichen. Und schließlich ist für eine rationelle Landwirtschaft die Entwicklung der Infrastrukturen (Straßen, Bahn, Elektrizität, etc.) von großer Bedeutung: In diesem Bereich sind die Schwierigkeiten besonders groß, obwohl alle Zentren mit Elektrizität versorgt sind und diese Zentren auch in der Regel auf gut ausgebauten Straßen erreicht werden können. Der größte Teil der fest ausgebauten Straßen wurde übrigens in den Jahren seit der Unabhängigkeit und besonders in den letzten Jahren gebaut. Eisenbahnlinien gibt es nur im Süden, insgesamt etwa 800 km. Recht gut versorgt ist die VR Kongo durch den Flugverkehr: Es gibt 24 Flugplätze, darunter die internationalen Flughäfen Brazzaville und Pointe-Noire.

Sicher kommt es unter diesen Voraussetzungen nicht von ungefähr, daß die PCT, die sich zur Lehre des Marxismus-Leninismus bekennt und auf einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg mit sozialistischem Endziel orientiert, der Jugend des Landes große Verantwortlichkeiten übertragen hat, was sich insbesondere in der wichtigen Rolle spiegelt, die die Jugendorganisation UJSC in der kongolesischen Gesellschaft hat.

Diskussion des neuen Familienrechts

Und nicht zuletzt soll zumindest kurz die Bedeutung der Revolutionären Frauenunion URFC angesprochen werden, die ausgehend von den Prinzipien der Partei, für die Gleichberechtigung der Frauen kämpft, denn noch immer sind besonders die Frauen durch koloniales Erbe und rückschrittliche Stammesrechte in ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Entfaltung stark behindert. Jetzt im Jahr der Frau wird deshalb ein neues Familienrecht im ganzen Lande zur Diskussion gestellt, das der Frau die volle Gleichberechtigung bringen soll.

Wir hatten in den Tagen unseres Aufenthaltes in der VR Kongo auch Gelegenheit unmittelbar etwas von der internationalen antiimperialistischen Solidarität, die von den gesellschaftlichen Organisationen des Landes mit den unterdrückten Völkern der Erde und den jungen, befreiten Nationalstaaten geübt wird, mitzuerleben. Das war uns lebendiges Beispiel für die konsequent antiimperialistische Position der PCT und der VR Kongo, für ihr Ringen um Frieden, Entspannung und friedliche Koexistenz gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus in einer Kampffront mit den sozialistischen Staaten und allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften in der Welt, wie es auf dem II. ordentlichen Kongreß der PCT im Dezember 1974 erneut bekräftigt wurde.

Aber, so betonte in einem Gespräch der 1. Sekretär des ZK der UJSC in Brazzaville, Clement Ossinonoe, "wir sind selbst noch nicht ganz befreit. Deshalb ist es für uns wichtig zu wissen, daß wir in unserem Kampf nicht alleine stehen."

**Adressenänderung
bitte
rechtzeitig
bekanntgeben!**

Zimbabwe

Im Dezember letzten Jahres vereinbarten die verschiedenen Befreiungsorganisationen Zimbabwes im Lusaka-Manifest eine einheitliche Organisation, den African National Council (Afrikanischen Nationalrat - ANC) zu schaffen (vgl. AIB Nr. 1/1975). Damit geriet das rassistische Smith-Regime unter verstärkten Druck der Volkskräfte, zumal sich das Kräfteverhältnis nach der Befreiung Angolas und Moçambiques vom Kolonialismus entschieden zuungunsten der Rassisten-Regimes im Südlichen Afrika entwickelt hat.

Trotz eines proklamierten Waffenstillstandes geht die Verfolgung, Einkerkelung und Erschießung der Befreiungskämpfer weiter. Im Mai d.J. wurden 13 Afrikaner in Salisbury erschossen, als sie für Freiheit und Unabhängigkeit Zimbabwes demonstrierten. Den Protest der Weltöffentlichkeit brachte UN-Generalsekretär Kurt Waldheim zum Ausdruck, als er seine "tiefe Beunruhigung" über das Massaker rhodesischer Polizeischergen äußerte. Auch die "Katholische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Rhodesien" prangerte die Verbrechen des Minderheitsregimes an. Angesichts dieses Vorgehens des Smith-Regimes betonte der ANC auf seiner Plenartagung im Januar 1975:

- 1) die Intensivierung des bewaffneten Kampfes,
- 2) verstärkte Bemühungen um die vollständige Wiederherstellung der nationalen Einheit des Volkes von Zimbabwe im ANC,
- 3) Bestätigung der Auffassung, daß Mehrheitsherrschaft und nationale Unabhängigkeit kein Gegenstand von Verhandlungen sein können."

Diese Einschätzungen sind auch Gegenstand des im folgenden abgedruckten Beitrages. Er ist der Zimbabwe Review, dem Organ des Volkes von Zimbabwe, entnommen und gekennzeichnet von dem Bemühen, die errungene Volkseinheit im ANC zu erhalten und weiter zu festigen.

Ein Land, ein Volk, eine Stimme, eine kämpfende Kraft

Für ein besseres Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung der Befreiungsbewegung in Zimbabwe halten wir es für notwendig, einige Fragen zu klären. Die noch immer offenen Fragen betreffen das Wesen der Einheit, die das Volk von Zimbabwe im African National Council (Afrikanischer Nationalrat - ANC) erneut errichtet hat sowie die Überlegungen, ob ein Waffenstillstand - als Voraussetzung zur Beilegung des rhodesischen Problems auf dem Wege von Verhandlungen - die Aufgabe des bewaffneten Befreiungskampfes bedeute.

Die Einheit aller Kräfte ist eine historische Notwendigkeit

Eine Klärung dieser Fragen ist nicht nur für diejenigen notwendig, die den Befreiungskampf in Zimbabwe unterstützen, sondern auch für die Genossen, die, mit solchen Fragen konfrontiert, unsicher werden und an ihrem eigenen Urteil zu zweifeln beginnen. Die letzteren haben entweder die Konzeption des Befreiungskampfes nicht verstanden, oder sie haben sich so sehr daran gewöhnt, unverträgliche Gedanken von sich zu schieben, so daß sie jede Klarheit in Schrecken versetzt.

Zum Problem der Einheit braucht man nur die Lusaka-Deklaration vom 7.12.1974 zur Hand zu nehmen, um die richtige Antwort zu finden. Dort heißt es, daß die Gruppierungen der Zimbabwe African People's Union (Afrikanische Volksunion von Zimbabwe - ZAPU), der Zimbabwe African National Union (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe - ZANU) und der Front for the Liberation of Zimbabwe (Front für die Befreiung Zimbabwes - FROLIZI) aufgegeben wer-

den und daß sich diese Organisationen im African National Council (ANC) zusammenschließen, der von allen als die einheitliche Organisation des Volkes von Zimbabwe anerkannt und akzeptiert wurde. Das bedeutet, daß diese Vereinigung eine einzige Befreiungsbewegung für das Volk von Zimbabwe ins Leben ruft und nicht als "Front" oder "Föderation" der vorherigen Gruppen mißverstanden werden sollte.

Die in der Deklaration getroffenen Vorkehrungen, daß einzelne Organe in einem Zeitraum von vier Monaten vor Zusammentritt des Kongresses fusionieren sollten, stellen keinen Vorgriff auf die Vereinigung dar; sie stellen lediglich Maßnahmen dar, die sich auf die technischen Details des Zusammenschlusses solcher Organe wie Bankkonten, äußerer Verwaltungsinstitutionen und ausländischer Vertretungen der Parteien bezogen. Daß es Leute gibt - im Ausland lebende Bürger Zimbabwes - die noch immer an der Vorstellung von alten Differenzen zwischen ZAPU und ZANU festhalten, sollte als eine normale Erscheinung angesehen werden. Diese alten Vorurteile sind jedoch langsam im Absterben begriffen. Die ihnen anhängenden Kräfte sollten der Zukunft ins Auge sehen, nämlich der zwingenden historischen Notwendigkeit, angesichts der Anforderungen des bewaffneten Befreiungskampfes alle Kräfte zu vereinen. Die Einheit des Volkes von Zimbabwe wurde realisiert und besiegelt im African National Council schon bei seiner Gründung 1971 und in besonderem Maße durch den nationalen Sieg über die Pearce-Kommission 1972, als der betrügerische britische Verfassungsentwurf vollständig abge-

lehnt wurde.

Intrigen und Angriffe äußerer Kräfte

Schon damals gaben die Massen die Organisationsstruktur von ZAPU und ZANU auf und schmiedeten die Einheit des ANC. Daher konnte die Struktur des ANC unter den Massen nicht beseitigt werden, weil sie sich darin real zusammenschließen.

Einige Leute haben - in Unwissenheit oder aber böswillig - Zweifel hinsichtlich der Möglichkeit der Einheit geäußert, weil ihrer Meinung nach die führenden Leute der ZAPU, ZANU und FROLIZI sowie die ideologischen Auffassungen der beiden ersteren unvereinbar seien. In der Tat haben einige Bürger Zimbabwes, als geübte Spalter, unserer Sache in der internationalen Arena nicht gedient, als sie sich selbst und nur sich selbst, als die Befreier von Zimbabwe aufspielten. Die Befreiung Zimbabwes aber ist Sache des ganzen Landes, und jeder einzelne wird ohne Unterschied dazu seinen Beitrag leisten müssen. Selbstlos opfert jeder sein Leben ohne die phantastischen Ansprüche der wenigen, die nur sich selbst sehen und nicht die Nation in einem befreiten Zimbabwe. Außer einigen wenigen geborgten Parolen, die ohne Schwierigkeiten vergessen werden können, existieren keine wesentlichen ideologischen Differenzen zwischen ZAPU und ZANU. Wir teilen alle die Anschauungen des wissenschaftlichen Sozialismus. Die Unstimmigkeiten mancher Leute sind unwesentlich, und sie werden ihre Bedeutung verlieren, wenn die Massen auf dem Kongreß des ANC

im April d.J. bestimmen werden, wie die Führung von Zimbabwe aussehen und wie sie arbeiten soll. (Die Durchführung dieses Kongresses wurde in der Lusaka-Deklaration festgelegt, d.Red.) Wer dann noch immer nicht mit den Entscheidungen und Anordnungen des Volkskongresses übereinstimmen kann, soll seiner Wege gehen.

Die Frage, die offen bleibt, ist, ob einige äußere Kräfte, die ihre eigenen politischen Interessen verfolgen, nicht weiterhin versuchen werden, getarnt mit demagogischen Parolen auf die Politik des ANC Einfluß zu nehmen, um seine Einheit zu schwächen. Äußere Einmischung, besonders von seiten imperialistischer Kräfte, ist eine Erscheinung der modernen Politik und die Einheit des Volks von Zimbabwe wird solche Versuche hinwegfegen.

Es muß immer wieder klar gemacht werden, daß die Aufgabe des bewaffneten Kampfes nicht zur Diskussion steht. Eines der Hauptziele der Vereinigung des Volkes von Zimbabwe ist die Stärkung des bewaffneten Kampfes durch eine einzige schlagkräftige Befreiungsarmee. Unser Konzept des Waffenstillstands ist einfach, aufrichtig und klar: Wir können keinen Waffenstillstand einhalten, den der Feind bricht; wir können unsere Waffen unter keinen Umständen niederlegen.

Wir schließen eine politische Lösung durch eine Konferenz nicht aus, falls diese Lösung die Übergabe der Macht an die Mehrheit beinhaltet. Politische Lösungen bedeuten nicht die Aufgabe des Kampfes, noch schließen sich beide gegenseitig aus. Alle Formen des Kampfes werden im Laufe einer Auseinandersetzung angewandt, denn sie beruhen auf der Gunst des Augenblicks. Und solange bleibt der bewaffnete Kampf der entscheidende Faktor. Das ist die Politik der Befreiungsbewegung in Zimbabwe.

Die Ziele der Rassisten im südlichen Afrika

Die letzte Frage in der gegenwärtigen Situation ist: Was halten wir von einer Beteiligung der britischen Regierung an Verhandlungen, falls sie stattfinden sollten?

England ist der Angeklagte und das rhodesische Rassistenregime ist der Agent der Kolonialmacht vor Ort. Alle Gespräche über die Übergabe der Macht an die Mehrheit können daher endgültig nur zwischen der britischen Regierung - mit Ian Smith, als Mitglied der Delegation - auf der einen Seite und der Führung des ANC, der Vertretung des Volkes von Zimbabwe auf der anderen Seite geführt werden. England trägt die Schuld an der rhodesischen Problematik. Es kann daher kein neutraler



Die Führer der Befreiungsbewegung Zimbabwes: Bischof Muzorewa - ANC (l.o.), Sithole - ZANU (l.u.) und Nkomoh - ZAPU.

Beobachter sein.

Viele Leute fragen sich nicht ohne Grund, welche Ziele der südafrikanische Rassistenführer Vorster in dieser ganzen Angelegenheit verfolgt. Wir können zwar nicht auf die Intrigen und Feinheiten der hohen Ebene der zwischenstaatlichen Diplomatie eingehen, die die Deklaration von Lusaka ausgelöst hat; eine Deklaration, die, obwohl die Befreiungsorganisationen nicht an ihrem Entwurf mitarbeiteten, nicht nur von der OAU, der Organisation für Afrikanische Einheit, angenommen wurde, sondern sogar zu einer internationalen, von der UNO akzeptierten Charta geworden ist. Selbstverständlich will Vorster der Strafe für seine Apartheidpolitik entgehen und den unvermeidlichen und bevorstehenden Aufschwung des bewaffneten Befreiungskampfes in Südafrika verhindern. Er hofft vergeblich. - Die

Haltung der Befreiungsbewegung von Zimbabwe unseren unterdrückten Mitkämpfern in Südafrika gegenüber hat sich auch angesichts der neuen Situation nicht geändert. Wir sind Waffenbrüder für unser einziges Ziel in Südafrika, Namibia und Zimbabwe: Übertragung der Macht an die Mehrheit und Eliminierung des Rassismus und der Minorität, die ihn trägt. Alle unsere Strategien gelten diesem Ziel, für das wir unser Leben zusammen mit den Genossen des Umkhonto We Sizwe des African National Congress von Südafrika gewagt haben¹⁾.

1) Umkhonto We Sizwe (Der Speer der Nation) wurde 1961 mit Unterstützung des African National Congress of South Africa (Afrikanischer Nationalkongress von Südafrika) gegründet und bildet den Kern einer nationalen Befreiungsarmee von Südafrika.

(Quelle: The Zimbabwe Review, Organ of the People of Zimbabwe, Nr.2, März/April 1975, S. 2/3)

Republik Südafrika

Mitte Juni d.J. fanden im Rahmen des 16. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Frankfurt zahlreiche Aktivitäten zur antiimperialistischen Solidarität statt - darunter zu Chile und zum Südlichen Afrika.

Z.B. konnte die Christliche Friedenskonferenz (CFK) gemeinsam mit chilenischen Demokraten rund 800 Unterschriften unter einen Appell "Helft den Kirchen in Chile" sammeln. Speziell zur weiteren Unterstützung des bedrohten chilenischen Bischofs H. Frenz durch die chilenische Junta brachte der Mainzer Arbeitskreis der CFK gemeinsam mit dem Außenamt der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) einen Resolutionsantrag in die Arbeitsgruppe 4 des Kirchentages ein, der dort ohne Gegenstimme verabschiedet wurde.

Das Redaktionskollektiv der Evangelischen Monatsschrift "Neue Stimme" und der Stimme-Verlag, die eine Spendenaktion "Antirassismus-Programm" für den Sonderfonds des Weltkirchenrates ins Leben gerufen hatten, konnten auf dem Kirchentag einem Vertreter des Weltkirchenrates das Ergebnis der Sammlung von mehr als 19.000 DM überreichen.

Neben internationalen Begegnungen mit Repräsentanten aus Chile, Vietnam und Südafrika organisierte der Mainzer Arbeitskreis der Christlichen Friedenskonferenz in Zusammenarbeit mit dem Komitee "Freiheit für Wort und Dienst in der Kirche" eine Veranstaltung zur Solidarität mit den Völkern des Südlichen Afrika. Unter der Leitung von Pfarrer Heinrich Werner referierten der Repräsentant des African National Congress (ANC) für Westeuropa, Regis September, und Pfarrer Horst Symanowski. R. September schätzte in seinem Beitrag die jüngeren Entwicklungen im Südlichen Afrika ein und stellte das Programm des ANC vor. H. Symanowski berichtete über seine Erfahrungen als EKD-Vertreter bei Gesprächen mit bundesdeutschen Konzernvertretern und schwarzen Arbeitern in Südafrika.

Einhellig verabschiedeten die Veranstaltungsteilnehmer einen Resolutionsantrag zum Antirassismus-Programm und zur Solidarität mit den Völkern des Südlichen Afrika. Diese Resolution, die im Plenum der Arbeitsgruppe 3 des Kirchentages eingebracht und mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, erhebt folgende Forderungen:

1. Da der Rat der EKD bisher die Öffentlichkeit über Ergebnisse seiner Gespräche mit bundesdeutschen Firmen, die in Südafrika investieren, nicht angemessen informiert hat, erwarten wir, daß der Rat der EKD diesen fruchtlosen Weg verläßt. Wir erwarten vielmehr, daß die Landeskirchen und der Rat der EKD sich mit den Aktionen des Ökumenischen Rates der Kirchen im Rahmen des Antirassismus-Programmes solidarisieren.
2. Wir fordern den Rat der EKD bzw. die Synode der EKD auf, die personelle und materielle Unterstützung, die bisher den deutschsprachigen, lutherischen Kirchen im Südlichen Afrika zugeführt wurde, den schwarzen Kirchen in der Republik Südafrika und Namibia zukommen zu lassen.
3. Wir fordern die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf:
 - a) sich der Ausdehnung des NATO-Bereichs bis zum Südlichen Afrika zu widersetzen und jede militärische Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika abzulehnen,
 - b) entsprechend den Beschlüssen der Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Republik Südafrika zu unterlassen,
 - c) insbesondere keine direkten oder indirekten Waffengeschäfte mit der Republik Südafrika abzuwickeln oder zuzulassen,
 - d) offizielle Reisen, die eine Aufwertung des Systems der Apartheid bedeuten, einzustellen,
 - e) das Kulturabkommen - in das bekanntlich das von Südafrika okkupierte Namibia eingeschlossen ist - mit der Republik Südafrika zu kündigen,
 - f) das Konsulat der Bundesrepublik Deutschland in Windhuk (Namibia) zu schließen.

Wir fordern die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die EKD und die Landeskirchen in der Bundesrepublik auf, die Befreiungsbewegungen in der Republik Südafrika und Namibia - SWAPO (South West Africa Peoples Organisation), ANC (African National Congress) und PAC (Pan African Congress) als Vertreter ihrer Völker anzuerkennen."

Neue Entwicklungen im Südlichen Afrika

Auf der letzten Sitzung der Vereinten Nationen hat die Republik Südafrika (RSA) der Welt große Dinge angeboten. Sie sprach von bedeutenden Veränderungen innerhalb von sechs Monaten oder einem Jahr. Das war die Antwort auf den Druck, der von der Welt auf die RSA ausgeübt wird.

Neue Versuche der südafrikanischen Rassisten

In den letzten sechs Monaten hat die RSA einige Kontakte, die sie mit afrikanischen Staaten hatte, weiterentwickelt. Es handelt sich um diplomatische und Handelsbeziehungen, die sie unter bestimmten Aspekten entwickeln.

Einige Häuptlinge, wie Buthelezi und Kumpane, versuchen, der Welt ein Bild von der Bantustan-Gesellschaft als einer erstrebenswerten Gesellschaft auszumalen. Wenn Sie auf der Landkarte suchen, was diese Bantustans sind, so entdecken Sie so etwas wie Fieberflecken, wie Masern. Sie sind Teil des kranken Systems in Südafrika.

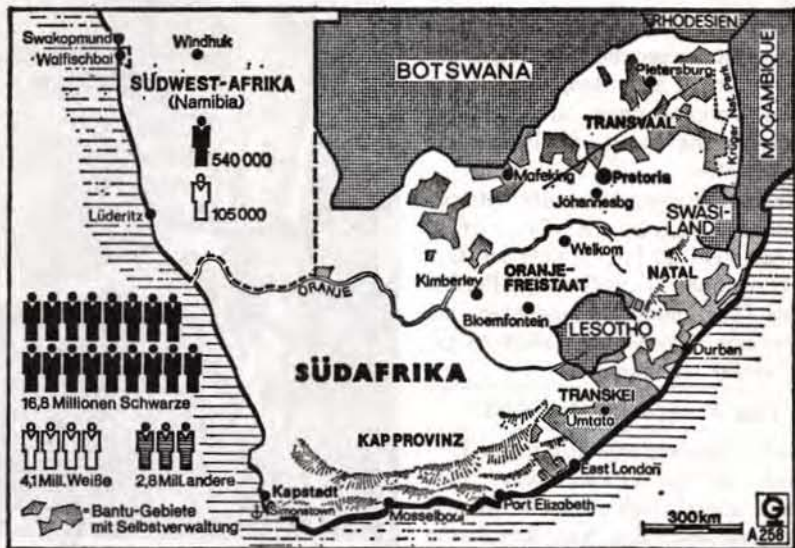
Ferner hat man neuerdings Schwarzen erlaubt, auf Parkbänken zu sitzen. Einigen schwarzen Leuten haben sie gestattet, auch solche Hotels zu besuchen, die vorher nur Weißen vorbehalten waren. Zur selben Zeit haben sie ihre Militärausgaben erhöht. In den letzten zwei Jahren haben sich diese Ausgaben verdoppelt. Dafür wurde das Christliche Institut zur »gefährlichen Organisation« erklärt.

Vorsters Rhodesien-Plan

Zugleich versucht Vorster, zu einer Lösung in Rhodesien beizutragen. Wir müssen uns fragen: »Warum? Was will er damit?« Nun, man muß dabei in Rechnung stellen, daß die RSA enorme Investitionen in Rhodesien hat. Vorster möchte natürlich, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit Rhodesiens von der RSA weiterhin andauert. Er möchte, daß Rhodesien sich zu einem Pufferstaat zwischen der RSA und dem Rest von Schwarzafrika entwickelt. Er will, daß ein künftiges Rhodesien den Weg der Guerillas stoppt, die von Norden nach Südafrika kommen. Mit anderen Worten: Er strebt einen Klientelstaat an.

Die Bedeutung Moçambiques

Natürlich sagt Vorster, der Ministerpräsident der RSA, daß er darauf vorbereitet ist, eine FRELIMO-Regie-



rung in Moçambique anzuerkennen. Aber wenn die jungen Leute in der RSA für die FRELIMO-Regierung und für ihre Unterstützung demonstrieren, dann wirft man sie ins Gefängnis.

Wir müssen zu begreifen suchen, was jüngst in Portugal und besonders in Moçambique geschehen ist. Die gesamten Zusammenhänge haben sich verändert. Eine ganze Armee – die portugiesische, die früher unter faschistischer Kontrolle stand – wurde von der Szene im Südlichen Afrika weggefegt. Das Dreierbündnis Caetano, Smith und Vorster wurde in Stücke geschlagen. Und heute sieht sich die RSA mit einer 700 Meilen langen Grenze mit Moçambique konfrontiert. Das ist nicht einfach. Ich möchte daran erinnern, daß die Menschen in Moçambique durch den bewaffneten Kampf zur Macht gelangt sind – in Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften in Portugal. Hier bestand eine gegenseitige Abhängigkeit. Ebenso wie unser Kampf zusammenhängt mit dem Kampf der Völker in Vietnam; und genauso, wie die Völker in Vietnam für die Hilfe dankbar sind, die ihnen die arbeitenden Menschen in Westeuropa gegeben haben.

Zunehmende Instabilität im Südlichen Afrika

Wir beobachten zur gleichen Zeit Veränderungen in Zimbabwe (Rhodesien), und die Situation in Namibia ist alles andere als stabil. Selbst die Republik Südafrika ist heute nicht mehr stabil. Zum Beispiel gab es im letzten Jahr an siebzehn schwarzen Schulen Polizeieinsätze. Nicht etwa wegen Drogen oder anderer hier geläufiger Probleme, sondern weil die

Schulkinder, die 14- bis 16-jährigen Jungen, gegen die Unterdrückung der Schwarzen protestiert haben. Ich erinnere mich auch sehr deutlich an die Situation an schwarzen Universitäten in Transvaal, wo die weiße Führung mit walkie-talkies umherlief, um die Bewegung der schwarzen Studenten und Dozenten zu kontrollieren.

Arbeiterstreiks — Barometer einer rebellischen Situation

Sie werden wissen, daß schwarze Arbeiter, vor allem Minenarbeiter, in der RSA nicht streiken dürfen. Die schwarzen Arbeiter Südafrikas gehören zu den am meisten kontrollierten und gegängelten Arbeitern in der Welt. Alles auf legale Weise. Das gilt speziell für die schwarzen Minenarbeiter, weil sie in einem besonders anfälligen und wichtigen Teil der südafrikanischen Wirtschaft tätig sind. In gewissem Sinn ist es ein Barometer für die rebellische Situation unter den schwarzen Arbeitern, wenn die Minenarbeiter ihre Schachtanlagen verlassen und in Streik treten. Man darf sich dabei keine Illusionen machen: Jedesmal, wenn die schwarzen Arbeiter zu einem Streik aufrufen, setzen sie ihr Leben aufs Spiel. Wenn sie durch das Werkstor heraustreten, steht ihnen eine Polizeikette gegenüber mit Gewehren und Hunden. Jeder Streik birgt immer die Gefahr eines Blutbades in sich.

Aber die heutige Situation in Moçambique, in Rhodesien, in Namibia und in der Republik Südafrika selbst zeigt, daß Vorster in eine sehr schwierige Position geraten ist. Er sagt, Südafrika sei bedroht. Er hat recht! Eber. deshalb hält er Nelson Mandela und andere hervorragende Patrioten im Gefängnis. Sehen Sie, sehr lange Zeit

haben wir an die Türen geklopft und um Rechte gebeten. Aber wir haben damit nichts erreicht. Heute müssen wir um die Macht kämpfen, und es kann nicht länger die Frage sein, um das Wahlrecht zu bitten, wie wir das in der Vergangenheit taten, als wir die Regierung baten, die Paßgesetze abzuschaffen.

Unsere Organisation, der African National Congress (ANC), verfügt seit nunmehr 20 Jahren über ein klares Programm. Ich will einige Punkte dieses Programms herausgreifen, um Ihnen eine Vorstellung davon zu geben, wofür wir kämpfen.

Das Programm des ANC

Unsere Überzeugung und unser Programm ist ein revolutionäres Programm und einfach zu verstehen. Sie mögen vielleicht das Wort Revolution nicht. Auch ich zöge es gerne vor, Landwirtschaft zu betreiben, und auch ich möchte meine Zeit nicht damit verschwenden, mit meinem Volk für seine elementarsten Rechte kämpfen zu müssen. Aber wir haben keine Alternative.

Ich will die wichtigsten Punkte herausgreifen:

Wir, das Volk von Südafrika, erklären für unser gesamtes Land und die Welt, daß Südafrika denen gehört, die darin leben – Schwarzen und Weißen – und daß unser Land niemals frei sein wird, bevor nicht alle Menschen in Brüderlichkeit leben.

Jeder Mann, jede Frau soll das Recht haben zu wählen.

In den staatlichen Einrichtungen, den Gesetzgebungsorganen, den Gerichten und Schulen sollen alle Nationalitäten, Gruppen und Rassen gleich behandelt werden, und alle sollen das Recht haben, ihre eigene Sprache zu sprechen, sei es Zulu, Afrikaans, Englisch oder irgend eine andere Sprache. Dann sagen wir in einem nächsten Punkt, daß die Bodenschätze, die Monopolindustrie und Banken in das Eigentum des Volkes überführt werden müssen.

Die wirtschaftliche Macht gehört dem Volk

Für mich ist es nicht genug, in diesem Land wärlen zu dürfen, wenn die gesamte Macht, die wirtschaftliche Macht, in den Händen von einigen Wenigen verbleibt. Für uns ist klar, daß wir die wirtschaftliche Macht besitzen müssen, daß wir unsere eigene Wirtschaft kontrollieren müssen.

Was die Landverteilung betrifft, so sagen wir, daß alle Beschränkungen aufgrund der Hautfarbe oder Rasse aufgehoben werden müssen. Das Land muß neu aufgeteilt werden unter denen, die es bearbeiten, um den



Hunger für immer zu bannen.

Es gibt einige Plätze in Südafrika, da würden Sie sehr viel Zeit brauchen, um eine der Farmen dort mit dem Auto zu umrunden. Sie würden auch bemerken, daß der Farmer gar nicht da ist. Seine Farm wird von Schwarzen oder farbigen Arbeitern versorgt; er selbst streicht lediglich den Profit ein.

Dann sagen wir: Alle sollen vor dem Gesetz gleich sein, und alle sollen in den Genuß der Menschenrechte kommen.

Jeder soll das Recht haben, frei zu sprechen, sich zu organisieren, zu publizieren, zu predigen, zu arbeiten, zu erziehen und eine Ausbildung zu erhalten.

Sodann sprechen wir von dem Recht für alle, Gewerkschaften zu bilden, Schulen und Kultureinrichtungen zu besuchen sowie dort zu leben, wo man möchte.

Schließlich sagen wir, daß wir in Frieden leben möchten mit all unseren Nachbarn.

Beendigung der imperialistischen Afrikapolitik

Die südafrikanische Wirtschaft verfügt über beträchtliche Positionen in den Nachbarstaaten, das heißt, daß sie in hohem Maße politische Macht und Kontrolle über diese Länder besitzt. Wir sind daran interessiert, den ganzen Kurs zu ändern. Für uns ist es völlig klar, daß die RSA – vielleicht mögen einige dieses Wort nicht, aber wir werden darüber diskutieren – eine der stärksten imperialistischen Repräsentanten auf dem afrikanischen Kontinent ist.

Einige mögen den Terminus »Neokolonialismus« nicht. Ich aber mag die Praxis des Neokolonialismus nicht! Das ist nichts Originäres von mir;

unsere Menschen mögen diese Praxis nicht. Die RSA ist Teil eines sehr verderblichen Systems in Afrika.

Südafrika geht einem großen Kampf entgegen

Ich sehe die Unausweichlichkeit eines furchtbaren Kampfes in Südafrika, der sich kaum ein Staat entziehen kann. Auf irgend eine Weise werden sie alle mit einbezogen. Die Tragödie an all dem ist, daß die BRD das Apartheidsystem massiv unterstützt: mit Handelsbeziehungen, durch Investitionen, mit direkten Waffenlieferungen oder über die NATO. Und allen, die ein Gewissen haben, ist die Frage zu stellen, welche Rolle spielt die Kirche in diesem Zusammenhang? Für mich besteht kein Zweifel daran, daß wir nach Vietnam, nach Moçambique einem großen Kampf in Südafrika entgegengehen. Diejenigen, die dort investieren, wissen, wie reich Südafrika ist. Deshalb sind sie auch bereit, dort Waffen hineinzupumpen, um diese Investitionen zu verteidigen.

Wir erwarten Gutes von den Leuten der Kirche, und wir haben das Recht, Gutes zu erwarten. Wir haben das Recht, von ihnen die Aussage zu verlangen: Wir sind gegen Apartheid. Ich kann Ihnen sagen, so wie die Dinge in Südafrika sich entwickeln, werden wir zu Ihnen kommen, um Sie um Unterstützung zu bitten. Ich hoffe, daß Sie sich die Mühe machen zu erfahren, wo wir wirklich stehen. Ich glaube nicht, daß Sie fähig sein werden, nur wie Zuschauer am Straßenrand zu stehen. Ich glaube, daß es die Pflicht eines jeden menschlichen Wesens ist, hier Position zu beziehen, zu sehen, was Recht und was Unrecht ist und diesem Weg zu folgen – durch aktives Handeln.

Die EKD und westdeutsche Investitionen in Südafrika

Ich möchte in Erinnerung rufen, daß der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1972 in Utrecht nicht dem Vorschlag gefolgt ist – der dann vom Weltkirchenrat angenommen wurde –, namentlich zum Rückzug der Investitionen aus Südafrika aufzurufen. Der Aufruf des Weltkirchenrates richtete sich an alle Industrieländer der Welt, das heißt Nordamerika, Europa und auch potentielle Industrienationen, soweit Kirchen oder Christen dort einen Einfluß haben.

Weltkirchenrat gegen Konzerninvestitionen in Südafrika

Damals sagte die deutsche Delegation, wir möchten einen anderen Weg gehen, denn es gab Stimmen von Vertretern aus Südafrika, die erklärten: »Wenn Investitionen gestoppt oder zurückgezogen werden, leiden zuallererst die Schwarzen.« Dies nahm dann auch die EKD zum Anlaß, einen anderen Weg zu wählen, und zwar mit den deutschen Firmen, die in Südafrika vertreten sind, Gespräche zu beginnen. Dazu wurde eine Studiengruppe als Beratergruppe für den Rat ins Leben gerufen. Ich selbst wurde Mitglied dieser Gruppe. Ich möchte hier darauf hinweisen, daß es dann noch eine Kommission »Südliches Afrika« beim Rat der EKD gibt. Diese beiden sind zu unterscheiden. Erstere war die Studiengruppe, die eigens für diese Gespräche mit den Firmen geschaffen wurde, die zweite Gruppe vereinigt all diejenigen kirchlichen Institutionen, Organisationen und alle Landeskirchen, die in besonderer Weise mit dem Südlichen Afrika zu tun haben, einschließlich Namibia.

Was ist dort nun geschehen?

Kontakte mit BRD-Firmen in Südafrika

Die Industrie wurde angeschrieben und ein Teil dieser Firmen antwortete. Es werden schätzungsweise 50 % gewesen sein, die sich nicht abgeneigt zeigten, in ein Gespräch mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und seinen Experten einzutreten.

Ich bin in den Jahren 1970 bis 1974 jedes Jahr einmal in Südafrika gewesen und habe nun gerade als Mitglied dieser Gruppe versucht, in Südafrika herauszubekommen, was denn die Schwarzen darüber denken. Und hier möchte ich einfügen, daß – im Unterschied zu 1970 – 1974 die Solida-

rität unter den ja sonst immer negativ definierten Menschen, nämlich den Nichtweißen, so weit gewachsen war, daß sie alle es sich gefallen lassen, »Black« (Schwarze) genannt zu werden; auch die »Coloureds«, diese zwei Millionen Farbigen, und die 600 000 Inder zusammen mit den etwa 17 bis 18 Millionen Schwarzen. Wenn ich also hier das Wort »Black« oder »Schwarz« benutze, dann sind diese drei Gruppen eingeschlossen, die Schwarzen, die Farbigen und die Inder oder Asiaten.

Die Schwarzen sind alle »Arbeitnehmer«, wie wir so euphemistisch sagen; sie sind alle Arbeiter, und deshalb kann man nicht unterscheiden – wie man das bei uns zu tun pflegt – in Leute des Mittelstands, upper-class oder Intellektuelle. Nein, die Schwarzen sind alle miteinander Arbeiter oder – da Reginald September immer Worte gebraucht hat, von denen er meinte, daß wir sie nicht gerne hören, verfallende ich auch in diese Terminologie – sie sind alle Proletarier. Was habe ich von diesen Schwarzen zu hören bekommen?

Die Forderungen der schwarzen Arbeiter

Sie sagten: »Wenn Ihr mit Euren deutschen Firmenvertretern redet, redet unter keinen Umständen mit ihnen über diesen – nun bei uns in den Gewerkschaften nennt man das so – sozialen Klimbim, das heißt laßt Euch nicht hinters Licht führen und Euch erzählen, wie schön die Kantinen sind, welche Beihilfen man gibt für das Schulgeld der Kinder, daß es da einen Pensionsfonds gibt oder eine Beerdigungskasse, die von der Firma geschaffen ist.«

Das ist aber genau der Punkt, über den die Unternehmer natürlich am liebsten und zuallererst reden. Nicht nur die Deutschen in Südafrika, sondern auch die Vertreter südafrikanischer Firmen.

Wenn man eine Werksbesichtigung macht, bekommt man als erstes gezeigt, wie schön die Kantine ist, wie anständig, die Toiletten, die Umkleieräume usw. sind.

Die Schwarzen haben gesagt: »Darüber rede ich nicht, denn das ist eine Mentalität, die jetzt nicht mehr ausreicht. Das ist eine ausgesprochene Bauernmentalität. Es ist ja auch ein schlechter Bauer, der seinem Vieh, seinen Arbeitskräften, den Pferden und den Ochsen nicht einen ordent-

lichen Stall hinstellt, unterstreut und wenn sie hart gearbeitet haben, ihnen auch noch einen Bonus, nämlich eine Rübe oder einen Schlag Hafer extra gibt. Laßt Euch nicht auf diese Bauernmentalität ein, sondern denkt daran, daß wir Menschen sind und keine Ochsen und keine Pferde. Ein Pferd fragt nicht: Warum muß ich jetzt unter diesen Umständen arbeiten? Aber das fragen wir: Warum arbeiten wir so, wie wir es tun müssen und unter diesen Umständen?

Deshalb habt Ihr die Gretchenfrage am Anfang zu stellen: Seid Ihr gewillt, uns Schwarze ernst zu nehmen und das wachsende schwarze Bewußtsein unter uns zu fördern?»

In der Tat schwebt schwarzes Bewußtsein nicht irgendwo in den Wolken, sondern es muß inkarniert werden, muß Fleisch bekommen und, da legale politische Parteien in Südafrika nicht möglich sind, in anderen Gruppen, Organisationen, zum Beispiel in schwarzen Gewerkschaften, in schwarzen Organisationen wie der »Black People Convention« oder der Studentenorganisation »South African Student Organisation« (SASO) etc.

Weiter betonten die Arbeiter: »Wenn Ihr mit den Betrieben aus der BRD redet, dann fragt sie, ob sie gewillt sind, Gewerkschaften anzuerkennen. Wenn Ihr darüber geredet habt und Eure Unternehmer ja sagen, dann redet nicht über Löhne. Denn das machen die deutschen Firmen auch besonders gerne, indem sie sagen: »Seht Euch mal um, unsere Löhne sind zumindest nicht schlechter, im Gegenteil, sie sind höher als Löhne in anderen nichtdeutschen Firmen!« Sondern redet über das Recht der Schwarzen auf Bildung und Ausbildung, aber nicht auf eine Ausbildung mit Scheuklappen, gerade gut genug für den Arbeitsplatz, der für die Firma besonders wichtig und attraktiv ist, sondern über das Recht auf eine überbetriebliche Bildung und Ausbildung. Wenn Ihr darüber geredet habt, dann könnt Ihr auch über Löhne, und zwar über gleiche Löhne reden. Aber gleiche Löhne aufgrund der gleichen Leistung, das heißt auch aufgrund einer entsprechenden Ausbildung.«

Attraktionen wie in Auschwitz

Und nun muß ich Ihnen berichten, daß diese Studiengruppe der EKD diese Prioritätenliste anerkannt hat, über-



„Gold“ von Hilda Bernstein

nommen hat und ihre Gespräche in der Tat mit dieser Absicht auch mit den Unternehmen geführt hat. Das war nicht einfach und wurde immer wieder blockiert. Bei einer Firma – es war Bayer Leverkusen – wurde gesagt: »Wir wissen ja nicht, wo Ihr Eure Informationen herhabt; aber geht doch mal in unsere Betriebe. Seht Euch doch einmal an, wie es bei uns aussieht. Zum Beispiel unsere ›hostels‹, die Männerwohnheim, in denen die Wanderarbeiter leben.«

Der Kirchenpräsident Hild war bei diesem Gespräch anwesend und sagte: »Herr Symanowski fährt jetzt herunter, darf der mal hereinschauen?«

Ich durfte das auch und war in zwei dieser ›hostels‹ von Bayer Leverkusen, wobei gesagt werden muß, daß es sich bei beiden Werken um einen offenen Tagebau handelt. Bei dem einen wird Flußspat gewonnen, bei dem anderen Chrom/Nickel; beide Produkte werden zu hundert Prozent nach Leverkusen geliefert und finden dort in der Produktion Verwendung. Nichts ist also für den afrikanischen oder

sonstigen Markt bestimmt, sondern es ist eine ganz interne Sache für Bayer Leverkusen. Ich habe also diese ›hostels‹ gesehen. Ja, und die waren schön. Die hatten nicht geflunkert in Leverkusen. Und als mich der Direktor dort durch das zweite ›hostel‹ führte und sagte: »Herr Symanowski, schauen Sie: Ordnung, Sauberkeit, schöner Rasen, Blumen, was sagen Sie nun?« Da hab ich gesagt: »Nichts.« »Warum nichts?« »Weil ich Auschwitz kenne.« Und all das gab es in Auschwitz auch, das heißt, daß alle solche Dinge nur in einem politischen Kontext verstanden werden können und daß sie nicht als eine gute Sache für sich genommen werden können. Barmherzigkeit im Konzentrationslager mag notwendig sein, in dieser akuten Situation. Aber wenn sie dazu dient, das Konzentrationslager zu rechtefertigen oder zu erhalten, dann ist diese Barmherzigkeit eine Gottlosigkeit. Sie können sich vorstellen, daß dann ein Gespräch sehr schnell zu Ende ist, wenn man an diesen Punkt kommt. – Es wurde nun immer

wieder gesagt: »Und seht Euch einmal unser Ausbildungsprogramm an, seht Euch auch mal die Löhne an« – beispielsweise auch von Siemens in Pretoria.

Da gibt es erstaunliche Dinge zu berichten, wenn man so als harmloser Besucher hinkommt, wie etwa diese beiden Betriebsräte von Bayer Leverkusen, die jetzt von ihrer Unternehmensleitung nach Südafrika geschickt wurden. Als sie zurückkamen, schrieben sie einen Artikel in der Werkszeitung, mit der Schlußfolgerung, das sei alles nicht so schlimm, und die Entwicklung sehe hoffnungsvoll aus. Und was glauben Sie, wer dieses Zeug auch noch abgedruckt hat? Der sozialdemokratische ›Vorwärts‹!

Siemens — eine Lebensversicherung

Wenn man als harmloser Besucher hinkommt, ist man von derartigen Dingen beeindruckt. Zum Beispiel sagte mir der schwarze Siemens-Chauffeur, der mich von Pretoria nach Johannesburg zurückfuhr, als ich ihn fragte, wie es ihm gehe: »Hier? Oh, bei Siemens, Mister, bei Siemens, das ist ›big Lohn‹, das ist 110 Rand im Monat.« Das sind nach heutiger Umrechnung 400 DM im Monat. Das ist schon verhältnismäßig viel, verglichen mit anderen Firmen. Die Frage aber ist, wieviel Familienmitglieder hängen an diesen 110 Rand. »Ja, Mister, meine Frau und 8 Kinder und ich.«

Also 10 Personen. »Aber wir kriegen bei Siemens ein 13. Monatsgehalt.«

Er muß Schulgeld zahlen, denn die Weißen haben ja Schulgeldfreiheit, die Schwarzen nicht. Und er sagte: »Gott sei Dank, vorläufig nur für 3 Kinder.« »Wieviel kostet das?« »Ein Monatsgehalt in einem Jahr.« Das heißt, dieses 13. Monatsgehalt reicht gerade für das Schulgeld für 3 Kinder.

»Was wird, wenn die anderen Kinder zur Schule kommen? Und die Preise steigen doch!«

»Ach«, sagte er, »keine Angst. Siemens zahlt mit steigendem Preisindex entsprechend automatisch höhere Löhne.« »Ja, und wie ist es denn mit den Gewerkschaften?« »Hopeless – hoffnungslos«, antwortet er. »Die können hier nichts werden und wir wollen sie auch nicht.« »So«, frage ich, »warum nicht?« Da guckt er mich beim Fahren von der Seite an und sagt: »Mister, haben Sie eine Lebensversicherung?« »Ja.« »Wollen Sie die freiwillig abgeben?« »Nein.« »Sehen Sie, wir unsere auch nicht. Siemens ist unsere Lebensversicherung.« – Das ist eine Lebensversicherung, für die man das politische Bewußtsein bezah-

len muß, für die man die eigene Verantwortung aufgeben soll, die eigene Interessenvertretung.

Möglichkeiten des DGB und der Betriebsräte

Diese Gespräche zwischen der Studiengruppe und den Unternehmen werden meines Wissens jetzt nicht weitergeführt. Es hat vor Jahresfrist ein Gespräch gegeben mit dem Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Düsseldorf. Dort hatte man beschlossen, die Betriebsräte, besonders die Betriebsratsvorsitzenden der Firmen, die in Südafrika arbeiten, zu einer Tagung einzuladen. Das geschah, und wir stellten fest, daß diese Betriebsräte meist keine Ahnung hatten von dem, was ihre Firma in Südafrika tut. Wir entwickelten eine Ministrategie, wie sie vielleicht – vor allen Dingen, wenn sie als Vertreter der Arbeiterschaft im Aufsichtsrat sitzen – besser an Informationen herankommen könnten, denn alleine die Forderung nach Information bedeutet ja oftmals schon gewaltige Unruhe bei der Unternehmensleitung. Die Experten des DGB haben uns aber auch ganz klar aufgezeigt, wo die Grenzen für die Betriebsräte liegen – vor allem dort, wo es keine paritätische Mitbestimmung gibt. Aber selbst dort, wo es paritätische Mitbestimmung gibt, sind diese größeren Unternehmen schon längst

ausgewichen, indem sie Kapitalgesellschaften gründeten, die irgendwo außerhalb Europas sitzen und die das alleinige Entscheidungsrecht haben über Anlageort und Höhe der Kapitalinvestitionen.

EKD und Bundesregierung am Scheideweg

Ich will Ihnen damit zeigen, mit welchen Schwierigkeiten für die Kirche es verbunden ist, diesen Weg des Arrangements mit deutschen Unternehmen zu beschreiten. Ich glaube, daß wir jetzt die EKD zu fragen haben, ob sie ihren Sonderweg – nämlich abseits vom Utrechter Antirassismus-Programm des Weltkirchenrates – so weitergehen will; oder ob sie – sie bräuchte es ja nicht einmal öffentlich zu tun, sondern nur mit einem kleinen bißchen Buße – wieder einschwenkt auf den Weg des Weltkirchenrates.

Das war nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Bereich der Industrie. Es wäre natürlich noch viel mehr darüber zu reden, wie das nun verzahnt und verquickt ist mit der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung, die ja kaum mehr einen Schritt tun kann, ohne daß vorher das Großkapital sein Ja oder Nein gesagt hat. Dazu kommt natürlich die militärische Verflechtung. Nun ist es bereits drei Jahre her, als wir an den entsprechenden Ausschuß der Bundestagsfraktion der SPD we-

gen der Kündigung des Kulturabkommens mit der Republik Südafrika schrieben. Die Antwort lautete: »Südafrika ist so ein entscheidend wichtiger, militärischer Faktor in der ganzen NATO-Strategie, daß wir nichts tun werden und tun können, um das gute Verhältnis zu Südafrika zu trüben.« Es ist also hier der militärische Aspekt durchaus mit einzubringen.

Die »Ängste« der Rassisten

Wir müssen uns doch alle dieser Krokodilstränen schämen, die Ende April und im Mai dieses Jahres bei uns über Vietnam geweint wurden. Ich sehe es kommen – so wie Regis September –, daß eines Tages wieder solche Krokodilstränen vergossen werden, wenn es zu spät ist. Wir müssen alle mit ganzer Kraft daran arbeiten, daß, wenn überhaupt noch Zeit ist, jetzt diejenigen, die wir nicht beeinflussen können, als Glieder der Kirche und als Glieder unseres Volkes, von diesem unheilvollen Weg ablassen.

Der Kirchentag 1975 stand unter dem malheureusen Motto der »Angst«. In Südafrika gibt es eine Gruppe mit fürchterlicher Angst. Das sind die Weißen. Vor vier Jahren haben noch die Schwarzen viel mehr Angst gehabt. Heute viel weniger. Die Weißen haben diese Angst zurecht. Und die nimmt ihnen kein Gott, sondern nur eine totale Wendung in der Politik.

Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaftsbewegung des Irak ist aus den Ende der 20er Jahre entstandenen Handwerkerassoziationen hervorgegangen. Ihre Geschichte zeichnet sich schon in dieser Zeit durch eine enge Verbindung von politischem und ökonomischem Kampf aus. Höhepunkte im Kampf um nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt waren der zweiwöchige Generalstreik im Jahre 1931 gegen die Bedingungen des 1930 abgeschlossenen britisch-irakischen Vertrages; der Bahnarbeiterstreik von 1946 und der Gaeor-Baghi-Streik in der Erdölindustrie im gleichen Jahr. Oft für längere Zeiträume von der Monarchie verboten, konnten die Gewerkschaften sich erst nach deren Sturz 1958 zunächst relativ frei entfalten und sich zum Generalverband der Irakischen Gewerkschaften (G.F.T.U./Iraq) zusammenschließen. Der folgende historische Abschnitt ist durch z.T. starke gewerkschaftsinterne Konflikte gekennzeichnet, die nicht zuletzt auch eine Widerspiegelung der Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP) und der Baath Partei (ABSP) waren. Obwohl die ABSP bis nach 1968 in der Industriearbeiterschaft im Gegensatz zur IKP kaum Einfluß hatte, übernahm sie den Gewerkschaftsapparat nach dem Umsturz von 1968. Das noch vom Baath-Putsch von 1963 herrührende negative historische Erbe belastet das Verhältnis der beiden Parteien in diesem Bereich noch heute. Allerdings ist eine spürbare Besserung dadurch eingetreten, daß die Regie-

rung auf vielen Gebieten die Ernsthaftigkeit ihrer Bemühungen unter Beweis gestellt hat. Das neue Arbeitsgesetz und das Gesetz über die Sozialversicherung auf der einen Seite und die stärkere Einbeziehung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in den politischen Entscheidungsprozeß auf der anderen Seite haben der Baath-Partei erstmalig einen nennenswerten Einfluß im Proletariat verschafft und eine stärkere reale Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte des Landes ermöglicht. Das folgende Interview mit dem Generalsekretär des irakischen Gewerkschaftsverbandes (G.F.T.U./Iraq), Bedan Fadhil, wurde am 14.4.1975 in Bagdad von Lothar A. Heinrich aufgenommen. In ihm kommt nur ein Teil der überaus vielfältigen Aktivitäten des G.F.T.U. zur Sprache. Nicht erwähnt sind beispielsweise die Aktivitäten der irakischen Gewerkschaften auf kulturellem und publizistischem Gebiet, von denen die Gewerkschaften in kapitalistischen Ländern nur träumen können. So hat der G.F.T.U. sein eigenes Arbeitertheater in Bagdad. Entsprechende Theaterensembles arbeiten das ganze Jahr über für die angeschlossenen Gewerkschaften. Der G.F.T.U. macht zudem ein vierzehntägiges Fernsehprogramm und zweimal pro Woche Radioprogramme. Das Zentralorgan Wae Al-Ummal erscheint wöchentlich in einer Auflage von 23.000 Exemplaren.

Interview mit Bedan Fadhil, Generalsekretär des Generalverbandes der Irakischen Gewerkschaften (G.F.T.U.)

Frage: Seit wann besteht der irakische Gewerkschaftsverband?

Antwort: Offiziell besteht er seit 1958.

Frage: Wieviele Gewerkschaften gibt es im Irak, und sind sie alle Mitglieder der G.F.T.U.?

Antwort: Es gibt 12 Berufsgewerkschaftszentralen und 140 Einzelgewerkschaften. Alle sind Mitglieder unseres Verbandes, d.h. wir haben zur Zeit 1.200.000 Mitglieder.

Frage: Wieviel Industriearbeiter gibt es im Irak, und auf welche Hauptsektoren verteilen sie sich?

Antwort: Die genaue Zahl ist schwer zu ermitteln, da sich der Irak in einer stürmischen Entwicklung befindet. Der größte Teil der Arbeiter ist im Dienstleistungssektor beschäftigt; an zweiter Stelle steht die Textilindustrie; dann folgen die Bauwirtschaft und die Hafendarbeiter und schließlich der Maschinenbau. Augenblicklich sind 80% der Arbeiter im Gewerkschaftsverband. Innerhalb der nächsten beiden Jahre werden es ca. 2 Mio. Werktätige sein.

Frage: Wie hat sich die Industrie seit 1968 entwickelt?

Antwort: Vor der Revolution von 1968 gab es sozusagen keine wirkliche Planung und alles stagnierte. Danach gab es einen großen Sprung, da sich die Revolutionsregierung sehr um die Arbeiter bemühte. Besonders im Erdölsektor, in der Chemie und im Baugewerbe hat sich die Lage sehr günstig entwickelt. Dabei war es wichtig, gleichzeitig den quantitativen und den qualitativen Aspekt des Prozesses im Auge zu behalten. In diesem Sinne wurde die soziale Fürsorge für den Arbeiter wesentlich verbessert. Die Gewerkschaften sind Mitglied der obersten Planungskommission. Ein großes Institut für Berufsausbildung wird seit 1970 eigenständig von der Gewerkschaft geführt.

Frage: Wie groß ist der staatliche Sektor in der Industrie?

Antwort: 80% der Industrie ist staatlich. Privat sind nur noch kleinere Betriebe.



Frage: Wieviel Arbeitslose gibt es im Irak?

Antwort: Seit der Verstaatlichung der Grundindustrie gibt es keine Arbeitslosen mehr. Stattdessen haben wir Arbeiter aus anderen arabischen Ländern im Irak.

Frage: Wie hoch sind die Durchschnittslöhne für ungelernete Arbeiter und für Facharbeiter und wie hoch ist ihr entsprechender Anteil an der Arbeiterklasse?

Antwort: Der niedrigste Lohn des ungelerneten Arbeiters beträgt 650 fillis/pro Tag (das sind ca. 5.- DM). Dazu kommt aber noch freies Essen, Bekleidung und Wohnen. Facharbeiter erhalten je nach Qualifikation 160-300 irakische Dinar im Monat (1 irakischer Dinar = ca. 8.- DM). Zur Zeit gibt es noch rund 50% ungelernete Arbeiter. Ihr Anteil sinkt aber schnell, da wir großen Wert auf die betriebliche Ausbildung legen.

Frage: Welche Funktion hat die Gewerkschaft bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes?

Antwort: Unsere vornehmste Aufgabe besteht darin, die Arbeiter politisch zu schulen und in die Lage zu versetzen, bewußt und aktiv die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen. Wir machen ihn deshalb mit der Baath-Ideologie vertraut. Gleichzeitig entwickeln wir seine beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten durch eine Vielzahl von Fachkursen. So schaffen wir die technischen Kader, die wir brauchen. Wir konzentrieren uns zur Zeit auf die Bereiche Petrochemie und Elektrizität. Während ein Teil der Leute im Irak

selbst ausgebildet wird, schicken wir einen anderen Teil in befreundete Länder, z.B. in die UdSSR, die DDR und nach Ungarn. Wir stehen aber diesbezüglich auch in Verbindung mit westeuropäischen Gewerkschaften wie der CGT in Frankreich und der CGIL in Italien.

Frage: Wie arbeiten die Einzelgewerkschaften auf Betriebsebene? Welche Rechte und Pflichten haben sie?

Antwort: In jedem Betrieb gibt es Gewerkschaftskomitees, deren Pflichten vor allem darin bestehen, die Alphabetisierung der Arbeiter voranzutreiben, sie mit ihren Rechten vertraut zu machen und politisch zu schulen. Das Komitee hat das Recht, bei Beschwerden eines Arbeiters die Betriebsleitung vor das Arbeitsgericht zu bringen. Dort ist die Gewerkschaft auch vertreten. Es gibt dann noch ein spezielles Subkomitee für Entlassungen. Dieses Komitee ruft den Arbeiter, über den sich die Betriebsleitung mehrmals beschwert hat, zu sich und prüft den Sachverhalt. Ohne seine Zustimmung kann kein Arbeiter entlassen werden.



Frage: Was tut die Gewerkschaft für die Gleichberechtigung der Frau im Wirtschaftsleben?

Antwort: Bisher sind ca. 25% der Arbeiter Frauen. Die Tendenz steigt aber stark an. Die Frauen sind selbstredend gleichberechtigt, vor allem auch in der Entlohnung. Viele von ihnen sind Gewerkschaftsmitglieder. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes des Gouvernement Waset ist eine Frau. Wir wollen die Frauen besonders fördern. Ein eigenes Komitee für Frauenangelegenheiten gibt es allerdings aus grundsätzlichen Erwägungen nicht, da damit erneut eine Spaltung gefördert würde.

Frage: Zu welchen internationalen Gewerkschaftsorganisationen gehört der G.F.T.U./Iraq?

Antwort: Wir sind Mitglied der Internationalen Konföderation Arabischer Gewerkschaften (ICATU) und des Weltgewerkschaftsbundes, in dessen Exekutivkomitee wir auch vertreten sind.

Frage: Zu welchen ausländischen Gewerkschaften bestehen besonders positive Beziehungen?

Antwort: Wir arbeiten mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder, mit denen Lateinamerikas, Afrikas und Asiens gut zusammen. Besonders zur chilenischen CUT und zu den kubanischen Gewerkschaften haben wir sehr positive Beziehungen. In den kapitalistischen Ländern sind es in erster Linie der französische CGT und der italienische CGIL, mit denen wir kooperieren. Wir möchten aber auch gerne zu anderen Gewerkschaften in westlichen Ländern Kontakt aufnehmen, sofern sie fortschrittlich sind und unser nationales Anliegen und die Rechte des palästinensischen Volkes unterstützen.

Frage: Wann und von wem wird die sogenannte Volksarbeit organisiert und durchgeführt. Hat diese Einrichtung primär eine ökonomische oder eine erzieherische Funktion?

Antwort: Die freiwillige Volksarbeit wurde zum ersten Mal unter dem früheren Wirtschafts- und Agrarminister und jetzigem Innenminister Azad al Duri Ende 1968 durchgeführt. Er war damals selbst mit gutem Beispiel vorangegangen. Die Volksarbeit findet Freitags, unserem Feiertag, acht Stunden lang statt. Die Arbeiter melden sich freiwillig, um den historisch bedingten sozioökonomischen Rückstand des Landes zu überwinden. Er kann zudem auch in jeder Behörde vom Chef des Amtes beschlossen werden. Es beteiligen sich dann vom Abteilungsleiter bis zum Boten jeder an der Arbeit. Bei größeren Projekten kooperieren Gewerkschaften, Studentenverband, Frauenverband usw. Das kommt z.B. vor, wenn ein Krankenhaus gebaut werden soll.

Die Entwicklung der Syrischen Arabischen Republik ist untrennbar verknüpft mit der Politik der auf gesamtarabischer ("nationaler") Ebene organisierten Arabischen Sozialistischen Baathpartei - ASBP. Als erster ("regionaler") Abteilung war es 1963 der syrischen ASBP gelungen, die Regierungsgewalt zu erobern, um die Verwirklichung der drei allgemeinen Zielsetzungen der Baathbewegung "Arabische Einheit, Freiheit und Sozialismus" einzuleiten.

Trotz der Zerstörungen und hohen Belastungen, die dem Lande durch den israelischen "Blitz"-Krieg von 1967 und anhaltende militärische Übergriffe erwachsen, vermochte es die syrische ASBP in den letzten Jahren, erfolgreich die eingeschlagene Entwicklung einer antiimperialistischen Außenpolitik und sozialökonomischer Umgestaltungen im Innern voranzutreiben.

Von außerordentlicher Bedeutung war dabei der 1972 erstmals in der arabischen Welt vollzogene Zusammenschluß aller antiimperialistischen Kräfte in einer Nationalen Fortschrittlichen Front. Dem Oktoberkrieg 1973 gegen

Israel folgte in Syrien - anders als in Ägypten - sowohl eine weitere Vertiefung des revolutionärdemokratischen Prozesses als auch die Herstellung eines noch engeren Kampfbündnisses mit der palästinensischen Befreiungsbewegung.

Dieser politische Kurs wurde im April 1975 auf dem 4. Parteitag der syrischen Baathpartei bekräftigt und in der auszugsweise von uns dokumentierten, Parteitagserklärung weiter konkretisiert.

Welcher wirtschaftlichen und politischen Situation sich Syrien aktuell gegenüber sieht, welche Rolle es gegenwärtig innerhalb der arabischen Befreiungsbewegung und bei der Lösung des Nahostkonfliktes spielt - diese und andere Fragen beantwortet der arabische Journalist Hasan M. Dudin, der Ende Mai d.J. in Syrien weilte.

Die Hinzufügung ausgewählter Daten zur syrischen Geschichte, Wirtschaft und Politik ist als Ergänzung und Anreicherung der beiden Beiträge gedacht.

Hasan M. Dudin

Syrien im Umbruch: an der Spitze kein Platz für Mokka-Servierer

Durch Damaskus zu fahren, ist heute sehr schwer. Überall wird gebaut: Hotels, Wohnhäuser, Parks, Straßen usw. Die Bautätigkeit ist so stark, daß die Regierung in Damaskus für alle syrischen Arbeiter ein Ausreiseverbot verhängt hat, da im Lande Mangel an Arbeitskräften herrscht. Die syrischen Arbeiter, die jahrelang im Libanon tätig waren, kehren jetzt zurück, da sie im eigenen Land besser verdienen und billiger leben.

Mit einem Begleiter des Informationsministeriums versuchte ich, verantwortliche Syrer in den Ministerien für Planung und Wirtschaft aber auch in der Führung der Regierungspartei Al Baath zu treffen, um über diese starke Belabung der syrischen Wirtschaft zu sprechen. Syrien hat keine Rohstoffe für den Export bzw. das, was exportiert wird, reicht bei weitem nicht aus, um das, was man sieht, zu finanzieren. Woher kommt das Geld für diese Projekte?

Wirtschaftliche Selbstversorgung

Die Antwort ist überraschend einfach: Syrien hat zwar nicht genug exportfähige Rohstoffe, die Devisen einbringen. Dennoch ist das Land fast ein Selbstversorger. Alles was der Normalverbraucher in Syrien für das tägliche Leben braucht, ist in Syrien zu finden. Vor allem die Lebensmittel. Da importiert Syrien nichts, im Gegenteil: Obst, Gemüse und Weizen

werden exportiert und wenn im Euphratdamm-Becken erst voll geerntet wird, kann Syrien zum Nahrungsmittellieferanten für alle arabischen Nachbarstaaten werden.

Die ausreichenden Mengen an Nahrung, vor allem an Getreide, haben es den Syrern ermöglicht, eine sehr erfolgreiche Viehzucht zu betreiben. Fleisch importiert Syrien genauso wenig wie Geflügel und deren Produkte. Aber auch dies wird demnächst exportiert.

Diese Tatsache hat zwei Folgen:

1. Syrien braucht keine Devisen für Nahrungsmittelimporte auszugeben, was bei den meisten Entwicklungsländern nicht der Fall ist.
2. Der Staat ist kreditwürdig und nicht erpreßbar. Auch das ist bei vielen Entwicklungsländern nicht der Fall; und alle Araber können sich noch an die amerikanische Erpressung erinnern, als Ägypten, um eine Hungerkatastrophe abzuwenden, Anfang der 60er Jahre um Weizenlieferungen bat. Erst das Einspringen der Sowjetunion hat damals eine Katastrophe verhindert, da die USA jede Lieferung mit politischen Bedingungen verknüpften.

Dieser Umstand macht es Syrien möglich, alle zur Verfügung stehenden Devisen in die Entwicklung und den Wiederaufbau des Landes zu stecken, während Ägypten z.B. noch immer das meiste Geld für Nahrungsmittelimporte ausgibt.

Bei der Industrialisierung des Landes gehen die Verantwortlichen auch maßvoll voran: Erst werden Zementfabriken, Petrochemie-Anlagen, Düngemittelfabriken, Landwirtschaftsmaschinenfabriken und Verarbeitungsanlagen für landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Baumwolle gebaut.

Die Aufgaben Syriens in der arabischen Welt

Die Stabilität, die nach der Machtübernahme von Hafez Assad Syrien beschert wurde, hat auch viel dazu beigetragen, daß die Menschen ihr Sparguthaben, das meistens in Beirut auf den Banken lag, wieder im Land investierten. Die Geschwindigkeit des Aufbaus wäre viel größer, wenn Syriens politische Position in der arabischen Welt dem Land nicht große Verpflichtungen auferlegt hätte:

Nach dem Tod Nassers nämlich und mit der Machtübernahme Sadats begann in Ägypten eine Entwicklung, die für viele fortschrittliche und nationalgesinnte Araber ärgerlich ist. Ägypten begann, sich dem Westen zu nähern, ohne auf die anderen arabischen Staaten allzu große Rücksicht zu nehmen. Viele Mitglieder

der ehemaligen Pascha-Familien, die von Nasser verjagt worden waren, kehrten nach Ägypten zurück und besetzten Schlüsselpositionen. Das hat zu einer spürbaren Abkühlung des ägyptischen Engagements für die Sache der arabischen Welt geführt. Als Alternative für diesen Verlust sahen die progressiven Kräfte Ägyptens und der anderen arabischen Staaten Syrien. Sie kamen in Scharen nach Damaskus, um dort ihre politische Arbeit fortzusetzen. Hinzu kommt, daß sich Syrien von Anfang an den Palästinensern besonders verpflichtet fühlte. Auch das kostet das Land viel. Damaskus ist heute Mittelpunkt aller palästinensischen Aktivitäten.

Bastion gegen die israelische Kriegspolitik

Das bedeutet aber, daß das Land sich auf alle israelischen Aktivitäten vorbereiten muß. Da der Libanon nicht als Helfer angesehen werden kann und da der Irak keine Grenzen mit Israel hat, ist Syrien praktisch auf sich allein gestellt.

Das erfährt man von syrischen Persönlichkeiten, allerdings ohne Wehklagen. Es ist eine Selbstverständlichkeit.

Fragen zum Besuch Sadats in Damaskus und den Differenzen mit dem Irak beantwortet man mit der Erklärung, daß die Meinungsverschiedenheiten unter den fortschrittlichen Arabern mit Sicherheit verschwinden werden und daß man heute sehr vorsichtig sein müsse, da die Versuche der USA, die Araber zu spalten und sie von ihren Freunden - vor allem der UdSSR - zu isolieren, auf keinen Fall unterschätzt werden dürften. Zum Kampf um die Befreiung der besetzten Gebiete wird betont, daß es so aussieht, daß ein neuer Krieg unvermeidlich sei, da Israel sich wohl nicht zurückziehen wolle, und da wohl all die "kleinen Schritte" des Henry Kissinger mehr dazu dienten, die arabischen Staaten zu spalten als einen Frieden zu erreichen.

Die Haltung Westeuropas beurteilt am besten Dr. Fawwaz Sajjagh, Mitglied der nationalen Führung der Baath Partei (eine Art Politbüro der Partei) und Verhandlungspartner Bruno Kreiskys bei den Besuchen des Letzteren im Nahen Osten.

In seinem Büro im neuen Al Baath Haus sitzt Dr. Sajjagh - übrigens ein typischer Vertreter der neuen syrischen Führungsschicht, so um die 35 Jahre, energisch, höflich und beinahe ein kosmopolitischer Mensch, der bevor er Fragen beantwortet, sich zuerst über vieles in der BRD informieren will und wie die anderen Gesprächspartner Fragen über alles mögliche stellt, von Baader-Meinhof bis zum Unterschied zwischen Schmidt und Brandt.



Wie diese staatliche Holzfabrik in Homs wurden im Oktoberkrieg 1973 zahlreiche industrielle Projekte durch israelische Bombardements zerstört.

Gespräch mit Repräsentanten der Baath Partei

Frage: Herr Sajjagh! Damaskus war in den letzten Tagen Mittelpunkt großer diplomatischer Aktivitäten. Präsident Sadat war da. Zwischen Ihnen und der PIO finden Verhandlungen über die "Vereinigung der politischen und militärischen Führungen" statt, und Sie haben Ihre Jahreskonferenz der Baath Partei gerade beendet. Können Sie uns ein Bild der jetzigen Situation hier vermitteln?

Dr. Sajjagh: In letzter Zeit versuchen die Imperialisten, die arabischen Staaten zu spal-

ten. Eigentlich haben sie das immer versucht. Das ist ihre Art. Sie wollen die israelische Besetzung unserer Erde verewigen und die arabischen Völker einschüchtern. Wir, in der Führung der Partei, haben immer geglaubt, und glauben das heute fester denn je, daß die Einheit der fortschrittlichen Araber die einzig richtige Antwort auf diese Versuche des Imperialismus ist und daß nur diese Einheit zum politischen und militärischen Sieg der

Länderübersicht

Territorium: 185.000 qkm
Bevölkerung: 6,5 Mio (1972); Bevölkerungsdichte: 32 Einwohner pro qkm; 90% Araber, rund 300.000 Kurden sowie Armenier, Türken, Perser und Tscherkessen
Religion: Islam, zudem rund 550.000 Christen
Sprache: Arabisch
Währung: 1 Syrisches Pfund = 100 Piaster
1 Syrisches Pfund = 0,70 DM
Städte: Hauptstadt Damaskus (850.000 Einwohner), Haleb (1,3 Mio), Homs (550.000), Hamah (512.000), Latakia (390.000), Tartous (302.000)

Geschichte:

- 1516-1918 Unter türkischer Herrschaft (Osmanisches Reich)
- 1920-1941 Französisches Mandatsgebiet
- 1941 Syrien wird "Unabhängige Republik"
- 1946 Endgültiger Abzug französischer und britischer Truppen
- 1958 Syrien bildet mit Ägypten die Vereinigte Arabische Republik (VAR); offizielle Auflösung aller Parteien
- 1961 Lostrennung von der VAR und Ausrufung der Syrischen Arabischen Republik
- 1963 Machtübernahme durch die Baath Partei (ASBP)
- 1966 Sieg des linken Flügels innerhalb der Baath Partei; Forcierung von antifeudalen und Nationalisierungsmaßnahmen
- 1967 "Blitzkrieg" Israels gegen Syrien, Ägypten und Jordanien
- 1970 In der "Korrekturbewegung" innerhalb der ASBP setzt sich der "zivile Flügel" um Hafez Assad durch
- 1971 Der den "militärischen Flügel" der ASBP repräsentierende Staatspräsident Atassi wird von Hafez Assad abgelöst
- 1972 Gründung der Nationalen Fortschrittlichen Front
- 1973 Annahme einer neuen "volksdemokratischen Verfassung"; Oktoberkrieg und Besetzung syrischen Territoriums durch Israel
- 1974 Israelischer Teilrückzug von den Golanhöhen, Räumung Kuneitras; Bildung von Arbeiterräten in staatlichen und halbstaatlichen Betrieben

Politisches System:

Höchstes staatliches Verwaltungs- und Vollzugsorgan ist der Ministerrat. Der seit 1971 als syrisches Staatsoberhaupt amtierende Hafez Assad hat zugleich die Funktion des regionalen Generalsekretärs der ASBP und des Vorsitzenden der Nationalen Fortschrittlichen Front inne.

In der am 31.1.1973 vom Obersten Volksrat, dem Parlament Syriens, verabschiedeten und in einem Volksreferendum vom März 1973 bestätigten neuen Verfassung wird die Syrische Arabische Republik als "ein souveräner volksdemokratischer und sozialistischer Staat" und als "ein Teil des arabischen Vaterlandes" definiert. In den - insgesamt 12 - Gouvernaten (Muhafazate), Kreisen und Gemeindebezirken üben regionale bzw. örtliche Volksräte die Verwaltungsfunktion aus.

Die gesellschaftliche Rolle der Massenorganisationen, insbesondere des Arbeitergewerkschaftsverbandes (er gehört dem Weltgewerkschaftsbund - WGB an) und der Bauernunion, nehmen ständig zu. Die Repräsentanten der beiden genannten Dachorganisationen der Werktätigen stellen alleine 50% der Mitglieder des 1973 neugewählten Obersten Volksrates. Am 7.3.1972 kam es zum Zusammenschluß aller progressiven Parteien Syriens in der Nationalen Fortschrittlichen Partei, deren Hauptanliegen der gemeinsame Kampf gegen den israelisch-imperialistischen Aggressor für eine gerechte Lösung der Palästinafrage und das Vorantreiben der nichtkapitalistischen Entwicklung ist. Unter Anerkennung der Führungsrolle der Baath Partei (1943 gegründet) unterzeichneten folgende Organisationen das gemeinsame Statut und die Charta der Nationalen Front: die Syrische Kommunistische Partei (1924 gegründet, Generalsekretär ist Khaled Bagdache), die nasseristische Arabische Sozialistische Union, die Partei der Sozialistischen Einheit und die Arabische Sozialistische Bewegung. Diese der Nationalen Front zugehörigen politischen Organisationen stellen seit 1973 zu örtlichen wie nationalen Wahlen gemeinsame Kandidatenlisten auf und sind alle im Obersten Volksrat vertreten.

Wirtschaft:

Syrien ist ein Agrarland mit wenig entwickelter Industrie. 59,3% der Gesamtbevölkerung leben in ländlichen Gebieten. Das Nationaleinkommen stieg von 1963: 3,209 auf 1972: 6,843 Mrd syrische Pfund.

Hauptexportprodukte sind Baumwolle, Erdöl und Phosphat. Der staatliche Sektor ist mit 70% am Außenhandel beteiligt.

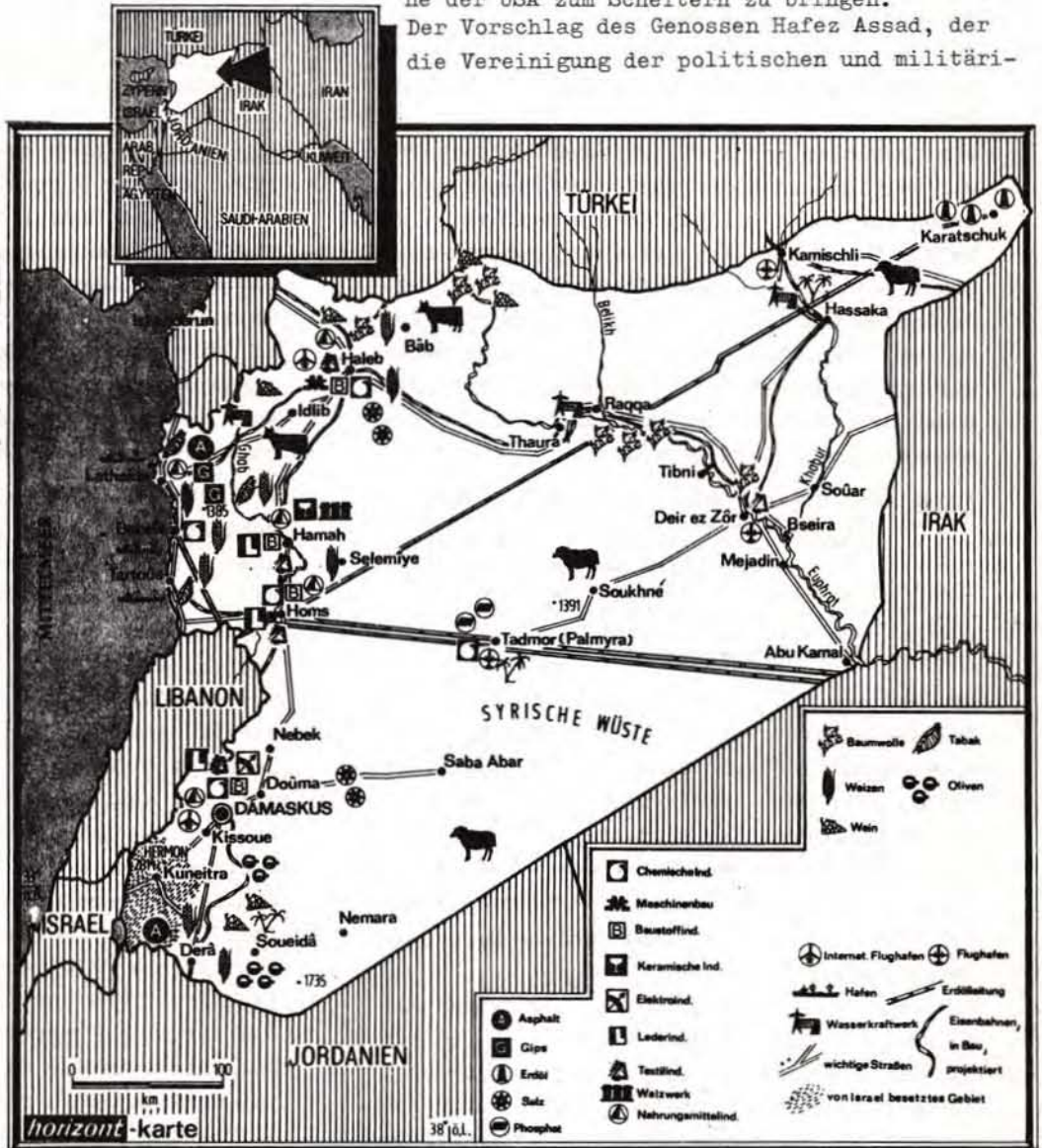
Der landwirtschaftliche Sektor erzeugte 1970 alleine 22% des Nationaleinkommens und 70% des Gesamtexportes. Wichtigste Produkte: Baumwolle, Hartweizen, Zucker, Schafzucht. Bis in die 60er Jahre befanden sich über die Hälfte des Bodens in Händen der feudalen Großgrundbesitzer. Nur 13% waren in bäuerlichem Besitz (maximal 10 ha). Die Naturalpacht betrug bis zu 75% des bäuerlichen Ernteertrages. Die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung war landlos. Das Bodenreformgesetz von 1958 war nur in Ansätzen verwirklicht worden. Die syrische Baath Partei vollendete die Bodenreform mit der vollständigen Enteignung des Großgrundbesitzes, mit der Umverteilung von

Araber über die Imperialisten führen kann. Wir versuchen jetzt verstärkt die arabische Solidarität zu festigen, um die Pläne des Imperialismus und des Zionismus zu durchkreuzen.

Unsere Bemühungen haben sich gelohnt. Dazu zählt das Resultat des 7. Arabischen Gipfeltreffens in Rabat, das vor allem für die US-

Imperialisten eine unangenehme Überraschung war, besonders die Anerkennung der PLO als einzig legitimer Vertretung des Volkes von Palästina. Die USA haben seitdem ihre Bemühungen intensiviert, um die Araber doch zu spalten und Unfrieden unter ihnen zu stiften. Wir sind uns dessen vollkommen bewußt, daher haben wir versucht, zuletzt beim Gipfeltreffen von Riad Vorkehrungen zu treffen, um die Pläne der USA zum Scheitern zu bringen. Der Vorschlag des Genossen Hafez Assad, der die Vereinigung der politischen und militäri-

Syrische Arabische Republik



2 Mio ha Boden (genutzte Fläche: 3,5 Mio ha), mit der Bildung von zahlreichen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften - flankiert von wachsenden staatlichen Stützungsmaßnahmen. 1972 gab es bereits 1.652 Agrargenossenschaften mit 130.000 Mitgliedern. Die bäuerlichen Gewerkschaftsorganisationen zählen heute nahezu zu 250.000 Mitglieder.

Der rasche Ausbau des Staudamm- und Bewässerungssystems ist für die Energiegewinnung, die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung des Landes von ausschlaggebender Bedeutung. Seit 1963 wurden 58 Dämme mit einer Wasserstaumenge von insgesamt 132 Mio m³ errichtet. Das mit sowjetischer Hilfe projektierte und erbaute größte Bewässerungsprojekt, der Euphrat-Staudamm (Länge 4,500 m), das bis Ende 1975 fertiggestellt sein soll, wird alleine eine Staukapazität von 11,9 Mrd m³ erreichen und u.a. zu einer 6-8 fachen Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrages führen.

Erst mit dem Einschlagen des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges wurde der Entfaltung der industriellen Produktion (Anteil an der Gesamtproduktion 1972: 31,8%) besondere Bedeutung zugemessen. Der staatliche Sektor umfaßt heute 70% aller industriellen Produktionsmittel, während das Privatkapital insbesondere den Handel und das Bauwesen fast völlig beherrscht. Noch dominiert allerdings die Leicht- und Lebensmittelindustrie, ist die Grundstoff- und Schwerindustrie schwach entwickelt. Vor allem mit Hilfe der sozialistischen Staaten werden gegenwärtig große Projekte der Bauwirtschaft, des Verkehrswesens (Eisenbahnlinie Tartous-Toms-Damaskus), Walz- und Traktorenwerke, Textilfabriken sowie Einrichtungen der Erdölverarbeitung und des Erdölvertriebes errichtet. Die Überwindung der von Israel 1973 insbesondere gegen industrielle Einrichtungen gezielten Zerstörungen in Höhe von rund 2 Mrd syrischen Pfund erfordert noch immer große Opfer und Anstrengungen.

schen Führungen unseres Landes und der PLO vorsieht, war auch eine Antwort auf die Pläne der Imperialisten und zielt auf eine Stärkung der Position der Palästinenser gerade in dieser Phase.

Unser Volk hat den Vorschlag mit Erleichterung aufgenommen. Die PLO hat ihn auch willkommen geheißen, und wir haben gestern beschlossen, Delegationen für die Aufnahme der Verhandlungen zu bilden.

All diese Schritte Syriens sollen verhindern, daß der Imperialismus Erfolg hat mit seinen Plänen.

Wir forcieren den Aufbau unserer Wirtschaft, wir vereinigen unsere Kräfte mit denen der anderen fortschrittlichen Kräfte Syriens in der Nationalen Front. Wir pflegen freundschaftliche Beziehungen zu allen freiheits- und friedliebenden Kräften der Welt, auch in den kapitalistischen Staaten. Wir wollen unser Recht. Wir wollen unsere besetzten Gebiete befreien. Dabei danken wir jedem, der uns hilft, dieses menschliche Ziel zu erreichen.

Frage: Sie sagen, daß viele Kräfte versuchen, Syrien unter Druck zu setzen. Im Westen teilt man die Araber in "Vernünftige" und "Radikale" ein. Zu den Radikalen werden Sie gezählt. Ihr Land hat aber kein Öl und daher keine Milliarden, um Druck und Drohungen zu widerstehen. Was machen Sie eigentlich, um die jetzige Lage zu überstehen?

Dr. Sajjagh: Wenn die Forderung nach der Befreiung unserer Gebiete, die Forderung nach unserem Recht "Verhärtung" und "Radikalität" heißt: Gut, dann sind wir hart und radikal. Es ist doch wohl das mindeste, was ein Volk dürfen muß, sein Recht zu fordern und für seine Rechte zu kämpfen. Das ist keine Frage der "harten Haltung", sondern eine Selbstverständlichkeit.

Die imperialistischen Kreise, die Feinde der Völker, die Unterdrücker schreien und machen aus der Fliege einen Elefanten, wenn ihnen etwas nicht paßt. Was wir fordern, ist Gerechtigkeit und Beachtung der internationalen Gesetze und Sitten. Das ist alles andere als "radikal".

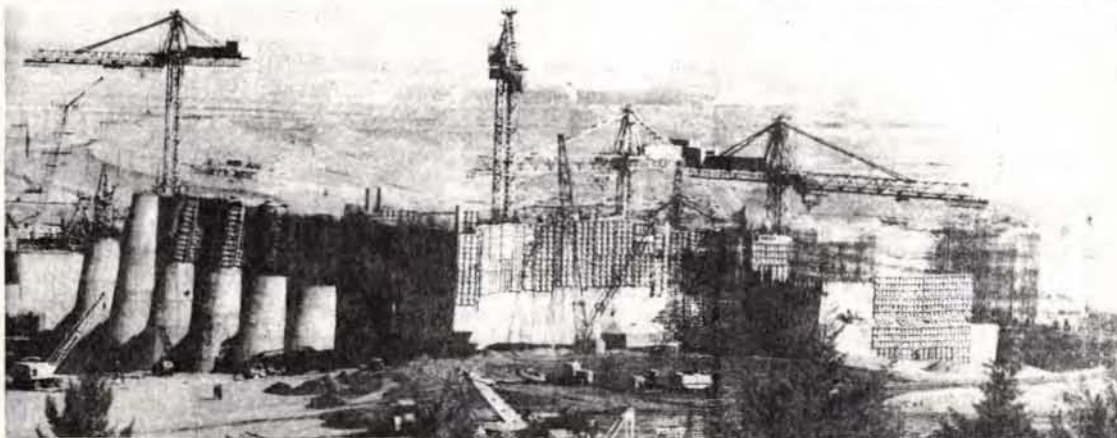
Was unsere Möglichkeiten hier in Syrien angeht, so sind sie sicher bescheiden, aber wir sind entschlossen, für unser Recht zu kämpfen. Diese Entschlossenheit ist unerschütterlich, und das ist die Hauptsache.

Wir wollen niemanden unterdrücken, niemanden diskriminieren. Wir glauben fest an das Menschenrecht auf Leben in Freiheit und Würde.

Frage: Bruno Kreisky hat vorgeschlagen, daß die arabischen und die europäischen Sozialisten einen Dialog aufnehmen sollten. Ist etwas auf diesem Gebiet geschehen und wie sind Ihre Beziehungen zu den Sozialdemokraten Westeuropas?

Dr. Sajjagh: Nach dem Oktoberkrieg im Jahre 1974 kam Herr Kreisky an der Spitze einer Delegation der Sozialistischen Internationale, um hier Erkundungen einzuholen. Wir haben ihn gut aufgenommen, und ich gehörte zur Delegation Syriens, die mit Kreisky Gespräche führte. Wir haben alle Seiten des Konflikts in unserem Gebiet in aller Offenheit behandelt. Auch die Frage der Beziehungen zur Sozialistischen Internationale wurde behandelt.

Wir haben die Meinung, daß die Frage, ob wir gute Beziehungen zu ihr haben oder nicht, ausschließlich von der Sozialistischen Internationale selbst abhängt. Die Sozialistische Internationale muß ihre Haltung zu Israel klar machen, was bisher nicht geschehen ist. Kreisky versprach, diese Angelegenheit zur Diskussion zu stellen. Wir haben gute Beziehungen zu den italienischen Sozialisten. Sie waren auch bei uns, und ich habe erfolgreiche Gespräche mit ihnen geführt. Wir haben zu einer Konferenz der Sozialisten der Mittelmeerstaaten aufgerufen. Die Äußerungen führender Mitglieder der Sozialistischen Internationale sind jedoch alles andere als ermutigend. Wir haben den Eindruck, daß sie die Natur unseres Kampfes nicht begreifen und daß sie immer noch nicht in der Lage sind, die Geschehnisse bei uns subjektiv ehrlich zu beurteilen. Wir werden unsererseits die Bemühungen fortsetzen, um mit allen fortschrittlichen Kräften gute Beziehungen herzustellen.



**Euphrat-
Staudamm**

Blick auf Staudamm
und Kraftwerk

Erklärung der Arabischen Sozialistischen Baath Partei Syriens

- April 1975

Vom 5. bis 15. 4. 1975 fand der VI. Regionalkongreß der Arabischen Sozialistischen Baathpartei der Syrischen Arabischen Republik in Damaskus statt, nachdem die Parteiwahlen in einem freien, demokratischen und gesunden Klima beendet worden waren.

(...) Der Kongreß wurde in einer für die arabische Nation besonderen Situation einberufen. Diese ist gekennzeichnet durch Verschwörungen der Feinde der arabischen Nation und erneute Versuche, unseren Sieg im Oktoberkrieg zu schmälern, die nationale Einheit und die arabische Solidarität zu spalten und die großen Errungenschaften, die unser Volk mit dem Blut seiner Kämpfer und Märtyrer bezahlt hat, zu liquidieren.

Die Siege im Oktoberkrieg sind Teil der ruhmreichen Geschichte unserer Nation geworden. Deshalb sind die wichtigen Errungenschaften, die in seinem Ergebnis erzielt wurden, ständige und bleibende.

Der Kongreß war gekennzeichnet durch eine Atmosphäre der historischen Verantwortung bei der Analyse der inneren, der arabischen und der internationalen Situation. (...)

1. Organisatorische Fragen

Der Kongreß diskutierte organisatorische Fragen und deren verschiedene Aspekte. Er bekräftigte erneut die Notwendigkeit, die Basis der Partei zu verbreitern, ihre Beziehungen zu den Massen zu verstärken, sich auf die Förderung der bewußten und produktiven Elemente zu konzentrieren sowie den Parteiapparat mehr in den Dienst der Massen sowie ihrer Organisation und Führung zu stellen. Der Kongreß unterstrich überzeugend, wie die Erfahrungen der Armee sich vertiefen und sich weiterentwickeln. Er bekräftigte gleichzeitig die Rolle der Partei im öffentlichen Leben und bei der Führung der Gesellschaft und des Staates.

- Der Kongreß hob die große Bedeutung der Parteilarbeit unter den Arbeitern hervor sowie die Notwendigkeit, die Basis der Partei unter den Arbeitern zu verbreitern, die bewußtesten und produktivsten Elemente zu unterstützen und die technischen Kader zu fördern und zu achten.

- Der Kongreß versicherte, den Allgemeinen Bauernverband zu unterstützen, damit dieser nach Eingliederung

des Genossenschaftsverbandes den neuen Weg erfolgreich geht. Er sprach sich dafür aus, die Basis der Partei unter den Bauern zu vergrößern sowie die ländlichen Gebiete größtmöglich zu unterstützen. (...)

2. Innenpolitik

Der Kongreß erörterte die positiven Ergebnisse der Politik der Partei und ihrer Revolution in Syrien nach der Berichtigungsbewegung unter Führung



des Genossen Hafez Assad. Er unterstrich die Richtigkeit der Politik und die Notwendigkeit, sie weiterzuentwickeln. Davon ausgehend, bekräftigte der Kongreß die Festigung der inneren Front und die Stärkung der nationalen Einheit. Er verwies auf die Bedeutung, die die Nationale Fortschrittliche Front dabei hat. Der Kongreß betonte die Festigung und weitere Entwicklung der Volksdemokratie, um die Rolle der Volksmassen und ihrer Organisationen im gesellschaftlichen Leben zu erhöhen. Gleichzeitig sind die örtliche Verwaltung weiterzuentwickeln und das Prinzip der Freiheit und der Integrität jedes Bürgers fest zu verankern, denn der Mensch ist das Ziel der Revolution. Große Aufmerksamkeit schenkte der Kongreß den Dienstleistungen. Er unterstrich die Notwendigkeit, diese zu vervollkommen, damit sie den Bedürfnissen der Massen entsprechen. Der Kongreß faßte eine Reihe von Beschlüssen zum Gesundheitswesen, zur Versor-

gung, Kultur, Volksbildung, zum Hochschulwesen, Wohnungsbau, Transport, zur Kommunikation, Erholung u. a. mit dem Ziel, den Lebensstandard entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung und der Verteidigung zu erhöhen. Der Kongreß beschäftigte sich mit den negativen Erscheinungen in der Vergangenheit und forderte, sie zu überwinden und streng das Prinzip der Rechenschaft durchzusetzen. Gleichzeitig verwies er auf notwendige Maßnahmen, um den Staatsapparat effektiv zu organisieren, zu stärken und mit Kadern auszurüsten, die der Revolution und dem Fortschritt ergeben sind. Der Kongreß beschloß die Hauptziele des 4. Fünfjahresplanes, der auf ökonomischem Gebiet als revolutionierend angesehen wird. Er betonte die führende Rolle des staatlichen Sektors bei der Realisierung der Wirtschaftspläne und unterstrich, wie wichtig es ist, diesen Sektor auf allen Gebieten zu erweitern und zu stärken. Gleichzeitig verwies er auf die bedeutende Rolle, die auch der genossenschaftliche, der gemischte und der private Sektor spielen müssen. Der Kongreß bekräftigte die Notwendigkeit, die Politik der ökonomischen Öffnung fortzusetzen und alle vorhandenen Potenzen zu nutzen, um die Ziele des Volkswirtschaftsplanes zu erfüllen.

3. Arabische und internationale Politik

Der Kongreß diskutierte umfassend die arabische und internationale Situation. Er bekräftigte die Richtigkeit der Politik unserer Partei und unseres Landes unter Führung des Genossen Hafez Assad. Der Kongreß beschloß, daß das Etappenziel des arabischen Kampfes in der Befreiung aller während der Aggression im Juni 1967 okkupierten arabischen Gebiete und in der Sicherung der nationalen Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes besteht. Davon ausgehend wurden u. a. die folgenden Grundsätze festgelegt:

- Weitere Stärkung der eigenen militärischen Kraft Syriens und Erhöhung der Kampfbereitschaft.

- Weiterer Aufbau der inneren Front, um alle Potenzen unseres Volkes für die Schlacht einzusetzen.

- Stärkung der ökonomischen Potenzen Syriens, um die Verteidigung sowie den gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritt zu sichern.

- Zurückweisung der imperialistischen Verschwörung im arabischen Raum.

- Einsatz aller Mittel, um Versuche zu vereiteln, dem Palästina-Problem und dem Problem der vollständigen Befreiung der arabischen Gebiete durch Teil- und Separatlösungen oder durch Teil- und Separatschritte zu begegnen.

- Einsatz aller Kräfte gegen den zionistischen Feind, Konzentration auf die Hauptauseinandersetzung und Vermeidung aller sekundären Auseinandersetzungen.

- Ausgangspunkt unserer verschiedenen politischen Schritte sind unsere nationalen und arabischen Interessen und das, was dem Etappenziel des arabischen Kampfes dient.

Ausgehend von der Festlegung des Etappenziels und der Grundvoraussetzung unseres Kampfes in dieser Periode, hat der Kongreß wichtige Beschlüsse auf dem Gebiet der arabischen und internationalen Politik gefaßt. Die wichtigsten davon sind:

1. Entwicklung der Einheitsbestrebungen und Kampf um die bestmögliche Realisierung von Schritten zur vollständigen arabischen Einheit.

2. Vertiefung der arabischen Solidarität und Schaffung von Grundlagen, um die militärischen, ökonomischen und politischen Potenzen der arabischen Nation in der Schlacht einzusetzen.

3. Eine effektive militärische Koordination, die zu einer einheitlichen militärischen Führung und zum Einsatz der besten bewaffneten Kräfte an den Fronten der Konfrontation führen soll, sowie die Entwicklung der arabischen Streitkräfte und die Erhöhung ihrer Kampfkraft und Effektivität.

4. Vervollkommnung der arabischen Ökonomie, Ausrichtung aller Bemühungen auf dieses Ziel sowie Anstrengungen und Konsultationen, damit die arabischen Reichtümer für die Entwicklung des arabischen Vaterlandes genutzt werden.

5. Der Kongreß bekräftigte, daß das Palästina-Problem die Grundfrage des arabischen Befreiungskampfes gegen den Zionismus und die ihn unterstützenden Kräfte des Imperialismus ist. Mit Genugtuung vermerkte er die positive Entwicklung zugunsten der arabischen Befreiung im allgemeinen und des Palästina-Problems im besonderen.

Er faßte eine Reihe von Beschlüssen zum Palästina-Problem. Die wichtigsten sind:

a) Die Verpflichtung, das arabisch-palästinensische Volk bei der Rückkehr in seine Heimat, bei der Selbstbestimmung über sein Territorium und bei der Fortsetzung des Kampfes um die vollständige Befreiung des palästinensischen Bodens zu unterstützen.

b) Profilierung der palästinensischen Eigenständigkeit und Förderung der nationalen Gefühle der Palästinenser im Rahmen ihrer nationalen Zugehörigkeit.

c) Unterstützung des Rechts des arabisch-palästinensischen Volkes bei der Errichtung einer souveränen nationalen Macht auf dem palästinensischen Territorium, das befreit wurde. Das erfolgt durch:

- Unterstützung der PLO als einzig legitimen Vertreter des Kampfes des arabisch-palästinensischen Volkes und bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung auf politischem und militärischem Gebiet.

- Stärkung der nationalen Einheit der verschiedenen Gruppen innerhalb der Widerstandsbewegung zur Stärkung der palästinensischen Befreiungsbewegung bei der Verwirklichung ihrer fortschrittlichen nationalen Ziele.

Der Kongreß unterstrich die verantwortungsvolle Position des Genossen Hafez Assad gegenüber dem Palästina-Problem, wie er sie mit dem Appell, eine gemeinsame syrisch-palästinensische Führung auf militärischem und politischem Gebiet zu bilden, und mit seiner entschlossenen Haltung gegenüber allen imperialistischen und zionistischen Versuchen, die Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes zu liquidieren und die arabische Front zu spalten, unter Beweis stellte. Ausgehend von dieser Haltung, die die Haltung der Partei in Syrien gegenüber dem Palästina-Problem und der Befreiung war und ist, ausgehend von der Sorge der Partei um die Einheit der arabischen Sache als Schicksalsfrage, verurteilte der Kongreß die Aktivitäten und verdächtigen Schritte sowie die verschiedenen Formen der Verschwörung gegen die arabische Nation und ihre Befreiungsbewegung. Diese Aktivitäten zielen darauf, die arabische Solidarität und die einheitliche arabische Position zu schwächen.

4. Internationale Politik

1. Internationale Organisationen, Kongresse und Institutionen:

- Fortsetzung der Bemühungen in den Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen, um den zionistischen Feind zu isolieren und die Beschlüsse zum Palästina-Problem und zur Frage der Aggression zu verwirklichen.

- Unterstützung und Entwicklung der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit, Durchsetzung der Beschlüsse der 4. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten, Nutzung dieser Bewegung zur weitgehenden Isolierung des zionistischen Feindes.

- Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den arabischen Organisationen und mit anderen regionalen Organisationen wie der OAU.

2. Beziehungen zu den sozialistischen Staaten: Festigung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten,

u. a. mit der Sowjetunion, auf den verschiedenen Gebieten.

3. Beziehungen zu den nichtpaktgebundenen Staaten: Verstärkte Zusammenarbeit mit den nichtpaktgebundenen Staaten und deren Unterstützung in ihrem eigenen Kampf, bilaterale Zusammenarbeit mit ihnen im Kampf um ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt und bei der Bekämpfung von Zionismus und Imperialismus.

4. Beziehungen zu den afrikanischen Ländern: Stärkung und Entwicklung der Beziehungen zu den afrikanischen Staaten, Festigung der Zusammenarbeit und des Bündnisses mit diesen Staaten, um die internationale Kampffront gegen Zionismus und Kolonialismus und alle Formen der Rassendiskriminierung zu stärken; gemeinsame Arbeit mit den dazu fähigen arabischen Staaten, um den afrikanischen Ländern ökonomische Hilfe zu gewähren, und Unterstützung der afrikanischen nationalen Befreiungsbewegung. Der Kongreß unterstrich die Wichtigkeit von Kontakten und Treffen mit Vertretern dieser Länder auf den verschiedenen Ebenen.

5. Beziehungen zu den Ländern Lateinamerikas: Entwicklung unserer Beziehungen mit diesen Staaten, Erweiterung der Zusammenarbeit und Heranziehen der arabischen Emigranten in diesen Ländern, um die Kontakte zu ihnen im Interesse unseres Kampfes gegen den Zionismus und den Weltimperialismus zu entwickeln.

6. Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Entwicklung unserer Beziehungen zu den europäischen Ländern und Verwirklichung des arabisch-europäischen Dialogs, um die europäischen Länder zu einer gerechteren Haltung im arabisch-israelischen Konflikt zu bewegen; Verknüpfung der politischen und der ökonomischen Position sowie Kommunikation mittels der europäischen Massenmedien zur Darstellung unserer Probleme.

7. Nationale Befreiungsbewegung: Weitere materielle und moralische Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, Solidarität mit allen Kräften der Befreiung, des Fortschritts und des Sozialismus in der Welt.

(Horizont Nr. 25/1975)



Fast drei Monate lang herrschten im Libanon bürgerkriegsähnliche Zustände. Von der bürgerlichen Presse als Konflikt zwischen maronitischen (christlichen) und islamischen Kräften ausgegeben, ging und geht es in Wirklichkeit um den politischen Standort des Libanon im Kampf gegen die israelische Aggression und für die Rechte des palästinensischen Volkes.

Ihren Anfang nahmen die Kämpfe, als bewaffnete Einheiten der Falange-Partei am 13. April d.J. einen Autobus überfielen und 22 palästinensische Insassen töteten, 18 verwundeten. Mit diesem Überfall eröffneten die von Pierre Gemayel geführten Falangisten ihre Offensive gegen die Palästinenser und ihre Lager im Libanon. Die Ziele der Falange-Partei und der hinter ihr stehenden libanesischen Großbourgeoisie waren es zum einen, der zunehmenden internationalen Anerkennung der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) (z.B. durch die Vereinten Nationen oder die Konferenzen der arabischen Staatschefs) entgegenzuwirken und dem palästinensischen Widerstand ähnlich wie in Jordanien 1970 einen schweren Schlag zu versetzen; zum anderen sind diese Kräfte bestrebt, den Libanon - unter dem Vorwand, das Land im Nahost-Konflikt neutral zu halten - an die Politik Israels und der USA anzubinden. Die Falangisten blieben dabei nicht ohne äußere Unterstützung: Während der blutigen Kämpfe v.a. in der Hauptstadt Beirut "griffen am Sonntag israelische Truppen mehrere Ortschaften im südlibanesischen Grenzgebiet an. Gleichzeitig flogen israelische Jagdbomber Angriffe auf libanesischen Dörfer ..." (Süddeutsche Zeitung, 26.5.1975).

Gegen die Angriffe der Falange-Partei, die über 5.000 bewaffnete Mitglieder verfügen soll, mobilisierte die PLO nach vergeblichen gemeinsamen Versuchen mit der libanesischen Regierung, die Konfrontation zu vermeiden, am 14. April ihre Einheiten. Jedoch standen die Palästinenser wie schon bei den militärischen Auseinandersetzungen vom April/Mai 1973 (vgl. AIB, Nr.6/1973) nicht allein: Sie fanden aktive Unterstützung

bei den fortschrittlichen Kräften des Libanon. In fast allen großen Städten fanden Massendemonstrationen statt. In einem Aufruf forderten die linken Organisationen sowie die Kabinettsmitglieder der Progressiven Sozialistischen Partei (PSP) das Verbot der Falange-Partei.

Auch der Versuch der Reaktion, durch den Rücktritt ihrer Minister am 8. Mai 1975 eine Staatskrise heraufzubeschwören, scheiterte ebenso wie die Bildung einer Militärregierung. Gegen dieses Militärkabinett erhob sich die übergroße Mehrheit der politischen und religiösen Führer des Landes, rief die PSP des Drusenführers Kamal Dschumblatt für den 22. Mai den Generalstreik aus.

Die Falangisten nahmen indessen trotz eines Abkommens zur Feuereinstellung die Kämpfe wieder auf in der Hoffnung, die 15.000 Mann starke libanesischen Armee zum Eingreifen bewegen zu können.

Doch auch dieser Plan ging nicht auf: Die entschlossene Gegenwehr der Palästinenser, ihre Unterstützung durch die fortschrittlichen libanesischen Kräfte und das energische Eingreifen der syrischen Regierung für die Palästinenser zwangen die Reaktion zu einer erneuten Feuereinstellung. Das am 1. Juli geschlossene, sieben Punkte umfassende Abkommen sieht die unverzügliche Feuereinstellung - einschließlich der Verpflichtung, auf eventuelle Provokationen nicht zu reagieren - die Beseitigung der Barrikaden sowie die Festnahme aller Personen, die das Abkommen verletzen, vor.

Hasan M. Dudin, Journalist aus Westberlin, der Ende Mai/Anfang Juni d.J. den Nahen Osten bereiste, fand in Beirut Gelegenheit, das im folgenden abgedruckte Interview mit Zuheir Muhsin, dem Vorsitzenden der palästinensischen Organisation Al Saika und militärischen Befehlshaber der PLO, zu führen. Das Interview beleuchtet eingehend die Hintergründe der aktuellen militärischen Auseinandersetzungen im Libanon, beschreibt den Charakter der Falangisten-Partei und nennt die Ursachen für die Angriffe der Falangisten auf die Palästinenser.

Gespräch mit Zuheir Muhsin (PLO)

Die Falange – Instrument gegen den palästinensischen Widerstand

Frage: Herr Muhsin, im Libanon wird wieder zwischen Ihren Leuten und den Anhängern des Falangistenführers Pierre Gemayel gekämpft. Was sind die Ursachen dieser Kämpfe?

Zuheir Muhsin: Bevor Ihre Frage beantwortet werden kann, müssen einige Fakten genannt werden, die zum Verständnis der Geschehnisse im Libanon beitragen. Der erste ist, daß die Falangistenpartei des Pierre Gemayel, als eine faschistische Partei, von ihrer Natur her eine ständig einsatzbereite Reserve für den Imperialismus darstellt, die zur Bekämpfung der nationalen Bestrebungen der Araber und der Libanesen von den ehemaligen Kolonialherren - den Franzosen -

ins Leben gerufen wurde. Diese Reserve wurde immer dann von den Imperialisten und den Zionisten eingesetzt, wenn sie Unruhen im Libanon und den anderen Nachbarstaaten hervorrufen wollten.

Das ist die eine Seite. Andererseits müssen wir immer wieder betonen, daß die Anwesenheit der palästinensischen Revolution im Libanon für diese Revolution lebensnotwendig ist, denn die palästinensischen Volksmassen im Libanon sind heute die einzigen, die unter Führung der Revolution politisch, gesellschaftlich und militärisch voll mobilisiert sind. Der Verlust dieser Massen würde der Revolution unweigerlich die Lebensgrundlage entzie-

hen.

Unsere feste Verankerung in den palästinensischen Massen hat es erst möglich gemacht, durch einen langen Kampf die weltweite Anerkennung zu erringen, die wir heute haben. Ohne unsere Basen im Libanon wäre dies viel schwieriger, denn hier haben wir unsere Hauptstützen.

Daher und nachdem es dem Imperialismus gelungen war, das jordanische Regime gegen die palästinensische Revolution in die Schlacht zu schicken, um der Revolution ihre breite Massenbasis zu entziehen (die Mehrheit der Palästinenser lebt in Jordanien) und damit ihr Gewicht auf der internationalen Bühne zu schmälern, versuchen die gleichen Kräfte dies heute im Libanon. Die Situation damals hat auch viele Ähnlichkeiten mit der heutigen: Damals war der Nahe Osten auf dem Wege, nach einer "politischen Lösung" zu suchen. Damals war es also erforderlich, die PLO zu beseitigen, um zu verhindern, daß das palästinensische Volk die ihm zustehende Rolle bei jedem Versuch, den Konflikt zu lösen, spielt. Das palästinensische Volk sollte also isoliert werden - isoliert von jedem ernsthaften Dialog zur Lösung des Problems in diesem Gebiet. Heute geschieht das gleiche wie damals: Es wird über eine mögliche Bereinigung des Konflikts im Nahen Osten gesprochen. Es wird auch darüber gesprochen, daß die Anwesenheit der PLO bei Verhandlungen - z.B. in Genf - "Hindernisse und Schwierigkeiten" schaffe. Es gibt auch Parteien bei den Verhandlungen, so die USA und Israel, die es überhaupt ablehnen, die Existenz des Volkes von Palästina als unabhängige Kraft in diesem Gebiet anzuerkennen. Jordanien verhält sich ähnlich. Aber die US-Imperialisten wissen genau, daß ihre Ablehnung die Anerkennung der PLO durch die Konferenzen der arabischen Staatschefs in Rabat und in Algerien nicht verhindert hat. Auch die Anerkennung der PLO durch die UNO konnte von den USA und ihren Satelliten nicht verhindert werden. Die Angriffe der Faschisten um Pierre Gemayel sollen dazu dienen, die PLO so zu schwächen, um andere palästinensische Kräfte, die mit Israel und mit dem Hussein-Regime in Jordanien zusammenarbeiten, wieder als "Vertreter des Volkes von Palästina" zu präsentieren und die PLO, die einzig legitime Vertretung der Palästinenser, in Frage zu stellen. Daher versuchen sowohl Israel als auch Jordanien, sich zugunsten der Falangisten in die Kämpfe einzuschalten.

Frage: Die Falangisten können aber offenbar nicht mit den Palästinensern fertig werden, wie es von den genannten Parteien ge-

wünscht wird. Warum verlassen sich die Feinde Ihrer Organisation auf die Falangisten und intervenieren nicht selbst?

Zuheir Muhsin: Das haben sie immer wieder gemacht. Die Israelis versuchten mit allen Mitteln, durch tägliche Angriffe mit ihren modernsten Waffen, die Palästinensische Revolution tödlich zu treffen. Israel ist aber eindeutig gescheitert. Nach sechs Jahren der Bombardierungen und Bodenangriffe steht die Revolution sogar stärker da als früher, denn die israelischen Attacken haben uns die zunehmende Unterstützung der Bevölkerung eingebracht. Die Angriffe brachten auch die libanesische Regierung und die arabischen Staaten so in Verlegenheit, daß sie anfangen, sich über die Methoden zur Verteidigung des Libanon Gedanken zu machen.

So haben die israelischen Angriffe also das Gegenteil von dem bewirkt, was Israel eigentlich erreichen wollte. Unser Widerstand gegen die israelische Übermacht bringt uns immer mehr Freunde und Sympathisanten.

Das Scheitern Israels, die PLO von der Bühne zu verdrängen, hat die US-Imperialisten dazu gebracht, ihre Reserve hier gegen uns einzusetzen.



Der „zufällige“ Krankenbesuch

Karikatur: Mank

Frage: Wie haben die Kämpfe begonnen?

Zuheir Muhsin: Die Kämpfe wurden mit Reden und Erklärungen des Faschistenführers Pierre Gemayel vorbereitet. Schon vor Monaten begann er, die Palästinenser zu provozieren und ihre Entwaffnung zu fordern, was wie in Jordanien zu einem Massaker geführt hätte.

Wir wußten also schon, daß wir mit einem Konflikt mit den Falangisten jeden Augenblick zu rechnen haben.

Die Kämpfe begannen, als die Falangisten am 13. April 1975 Fahrgäste eines palästinensischen Busses brutal und ohne Grund ermordeten. Wir haben aber nicht sofort zurückgeschlagen, sondern die Auslieferung der Mörder verlangt. Dies hat auch die libanesische Regierung verlangt, aber noch zehn Stunden nach dem Verbrechen waren die Falangisten nicht einmal bereit, ein Wort des Beileids für die Angehörigen der Opfer auszusprechen. Diese Haltung hat sogar die libanesische Regierung in Verlegenheit gebracht und trug zur Isolierung der Falangisten auch von ihren Freunden bei. Sie ermordeten zweiundzwanzig Menschen und verwundeten achtzehn, nur um einen Konflikt zu erzwingen. Wir waren also gezwungen, ihnen entsprechend ihrer Haltung zu zeigen, daß wir in der Lage sind, ihnen das Handwerk zu legen.

Frage: Was sind die Ergebnisse der Kämpfe bis jetzt?

Zuheir Muhsin: Die Haltung der Falangisten und der Verlauf der Kämpfe haben gezeigt, daß die Ergebnisse der Konfrontation für die Falangisten alles andere als angenehm sein dürften. Ja, man kann sagen, daß das Gegenteil von dem eingetroffen ist, was die Faschisten und ihre Helfershelfer erwartet haben. Die Unterstützung, die wir jetzt von den libanesischen und den arabischen Massen erfahren, ist weitaus stärker als vor dem 13. April d.J., dem Tag des Ausbruchs der Kämpfe. Gleichzeitig führte die Konfrontation zu einer für die Falangisten tödlichen Isolierung im Libanon und dem arabischen Raum. Vielen Freunden dieser Partei fällt es schwer, den Kontakt mit dieser Partei aufrecht zu erhalten. Aber auch die anderen fortschrittlichen Kräfte und Parteien im Libanon haben Erfolge erzielt und sind aus dieser Konfrontation gestärkt hervorgegangen.

Jetzt gibt es im Libanon eine Krise, denn kein in Frage kommender Regierungschef kann es sich mehr leisten, mit den Falangisten eng zusammenzuarbeiten. Die Falangisten wissen das und glauben daher, durch eine Verschärfung der Krise und möglicherweise durch einen Bürgerkrieg doch wieder zur Führung und zur Macht zu kommen. Die offizielle Zeitung dieser Partei "Al-A'mal" hat davon gesprochen, daß die Falangisten notfalls eine Politik der "verbrannten Erde" nicht scheuen würden, um den Libanon von den "Kommunisten" zu "reinigen". Es scheint, daß die Falangisten vor allem dem Staatschef sagen wollen, daß ohne sie im Lan-

de nichts gehe, wenn man einen Bürgerkrieg vermeiden wolle.

Frage: Die Falangisten können doch offensichtlich keinen "Sieg" erringen. Warum werden die Kämpfe trotzdem bis heute fortgesetzt?

Zuheir Muhsin: Diese Leute sind unbelehrbar.

Sie sind so offensichtlich geistig beschränkt, wie Faschisten in der Regel sind, daß sie die gleichen Fehler immer wiederholen, ohne aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Jeder, der unsere Auseinandersetzungen mit den Falangisten seit 1969 verfolgt, wird feststellen können, daß alle Konflikte mit einer Niederlage der Falangisten endeten, aber sie lernen nicht und daher kann ich sagen, daß sie mit ihrem Verhalten nur ihr Ende beschleunigen. Sie träumen davon, daß die libanesische Armee ihnen hilft, ja daß sogar die Militärs die Macht übernehmen. Sie haben wohl noch nicht mitbekommen, daß unsere Zeit eine Zeit der Niederlagen für alle Faschisten, Militaristen und Imperialisten ist. Wir werden ihnen ihren Irrtum klar machen müssen. Wir werden ihnen klar machen, daß ein Militärregime im Libanon ausgeschlossen ist, daß ihnen auch eine israelische bzw. US-Intervention nicht hilft. Es ist richtig, daß die USA sie jetzt unterstützen, aber eine militärische Intervention ist nicht leicht, ja sie ist ausgeschlossen, da die Amerikaner bei uns sicherlich nicht mit Blumen empfangen werden. Wenn sie Sehnsucht nach einem zweiten Vietnam haben, können sie es probieren, aber die Amerikaner wissen dies offensichtlich, daher schicken sie den Faschisten Geld und Waffen, aber mehr ist nicht drin. Sie wollen, daß die Palästinenser von ihren Lakaien ständig in Atem gehalten werden. Die Falangisten werden aber nicht nur von den USA unterstützt, sondern auch von anderen reaktionären Parteien Westeuropas wie z.B. der CDU in der BRD bzw. von Teilen dieser Partei.

Sie wollen alle das gleiche: Die arabischen Völker und Staaten sollen sich mit sich selbst beschäftigen. Sie sollen ihren Kampf gegen Israel und den Imperialismus vergessen oder aufgeben.

Wir machen uns jedoch keine Sorgen. Wir sind sicher, daß diese Kämpfe militärische und politische Vorteile für uns bringen werden. Den Falangisten und den Reaktionären wird eine Niederlage sicher sein.

Wir sind sicher, weil wir unsere Stärke kennen und weil wir unseren Feind kennen. Wir sind die Kräfte, die mit der historischen Entwicklung Schritt halten, während die anderen gegen die Geschichte und den Fortschritt kämpfen wollen.

Multinationale Konzerne und Entwicklungsländer

Wie noch nie in ihrer Geschichte gerieten in jüngsten Jahren die Multis unter weltweiten Beschuß - hervorgerufen insbesondere durch die aggressiven Praktiken des amerikanischen Riesenunternehmens ITT in Chile und durch den beispiellosen Profit- und Preiswucher der internationalen Ölkonzerne im Gefolge des 4. Nahostkrieges. So unterschiedlich die Begriffsverwendungen für die Multis (transnationale, multinationale oder internationale Gesellschaften, Konzerne oder Monopole) auch sein mögen, so sind ihnen allen gemeinsam: die internationale Unternehmensstruktur, das Anhäufen einer gigantischen wirtschaftlichen Macht, schließlich das Vorhandensein eines Stammsitzes in einem ganz bestimmten Land der hochindustrialisierten kapitalistischen Welt.

Welche enorme Machtfülle sich heute in den Händen dieser Riesenkonzerne konzentriert, wird weiter an der Größe ihres Umsatzes und ihrer Reinprofite deutlich:

- So übertrifft ihre Kapital- und Umsatzstärke häufig die Devisenstärke und das National-einkommen einzelner Nationalstaaten. Beispielsweise rangieren der drittgrößte Elektrokonzern der Welt ITT vor Portugal, General Motors vor Belgien oder Holland.
- So verbuchten, laut US-Magazin Fortune, im Jahre 1975 die 500 größten Multis ein Rekord-Wachstum ihres Umsatzes gegenüber dem Vorjahr von 25% (in absoluten Zahlen: von 667,1 Mrd Dollar auf 833,9 Mrd Dollar).
- So zeigt der im gleichen Zeitraum erfolgte Zuwachs ihrer zusammengefaßten Gewinnspanne von 38,68 Mrd Dollar (1974) auf 43,62 Mrd Dollar (1975), wie sehr sich die Multis an der internationalen kapitalistischen Wirtschaftskrise die Hände wärmen (Zahlenangaben nach: Handelsblatt, 5.6.1975).

Was die nationale Zugehörigkeit dieser Riesenkonzerne betrifft, so sind die Multis der USA nach wie vor klar dominierend; doch ergaben sich in den letzten Jahren Verschiebungen zugunsten der westdeutschen und japanischen Monopole. Ihre Wachstumsraten lagen, nach Angaben der UNO, im Zeitraum von 1960-71 bei 22,8% bzw. 28,3% gegenüber 9,2% der amerikanischen und 6,5% der britischen Auslandsinvestitionen. Diese Verschiebung zuungunsten der USA ist auch an der folgenden Tabelle zu den 50 größten Multis in den Jahren 1971 und 1973 abzulesen:

WELTMACHT ITT



ITT-Töchter und -Beteiligungen in der Bundesrepublik

ITT-GESELLSCHAFT FÜR BETEILIGUNGEN Frankfurt - Kapital: 400 Mill. Mark		STANDARD ELEKTRIK LORENZ AG Stuttgart - Kapital: 241,5 Mill. Mark	
Cannon Electric GmbH Beutelsbach - Kap. 3,6 Mill.	Deutsche ITT Industries GmbH Freiburg - Kap. 12 Mill.	SEL Finanz GmbH Stuttgart - Kap. 25 Mill.	SEL-Kontakt-Bauele- mannte Gesellschaft mbH Nürnberg - Kap. 4 Mill.
Deutsche ITT Handels-GmbH Hannover	Intermetall Halbleiterwerk Freiburg - Kap. 12 Mill.	Graetz GmbH Stuttgart - 20 Mill.	ITT Schaub-Lorenz Vertriebs- gesellschaft mbH Pforzheim - Kap. 3 Mill.
Dräger GC Reg- lungstechnik GmbH Essen - Kap. 3,3 Mill.		O. & K. Geissler GmbH München - Kap. 2 Mill.	Intercontinental Lebens- versicherung AG Hamburg und Berlin Kapital: 4 Mill.
Alfred Teves GmbH Frankfurt Kap.: 100 Mill. Mark	ITT Datenservice Stuttgart	Dethloff-Electronic GmbH Stuttgart	Hanseatische Industrie- Beteiligungen GmbH Bremen - Kap. 9 Mill.
Weitere ITT-Gesellschaften:			
Grohe-Gruppe Hemer - Kap.: 10 Mill.	Transatlantische Versicherungs-AG Hamburg - Kap. 7,2 Mill.	Dunkermotoren Präzisions Kleinmotoren GmbH Bonnndorf - 4,6 Mill.	München Sheraton- Hotel GmbH München
Sem. Lucas GmbH Wuppertal - Kap. 0,3 Mill.	Arthur Baustart GmbH Fabrik für Spezialgebäude Endsorf - Kap.: 0,6 Mill.	Grönländ GmbH Grevenbroich - 3,5 Mill.	Avis Autovermietung GmbH Frankfurt - Kap.: 5,8 Mill.
SWF-Spezialfabrik für Autozubehör Gustav Rau GmbH Betligheim - Kap.: 23 Mill.		Apcoa Parkplatz- und Parkhaus- Betriebsgesellschaft Stuttgart	

	1971	1973
USA	30	24
BRD	6	8
Japan	5	6
Großbritannien	5	5
Holland	3	3
Italien	2	3
Frankreich	-	2
Schweiz	1	1

(2 britisch-holländische Mischkonzerne sind doppelt aufgeführt).

Der Vormarsch der westdeutschen Multis findet seinen Niederschlag auch in ihrer Eroberung international führender Positionen in den Branchen Eisen-Stahl und insbesondere der Chemieindustrie, wo Bayer, Hoechst und BASF mittlerweile selbst ihre amerikanischen Konkurrenten überrunden.

So kann es nicht verwundern, daß sich auch hierzulande kritische Stimmen gegen das unkontrollierte und fortschrittsfeindliche Expansionsstreben der Multis mehren. Speziell der beschleunigte Vormarsch bundesdeutscher Konzerne in den Entwicklungsländern fordert zu einer gründlichen Einschätzung geradezu heraus.

Wie diese Konzernexpansion in die "Dritte Welt" einzuordnen ist, welche Motive, Ausmaße und neueren Charaktermerkmale sie kennzeichnen, das untersucht Fritz Rische im 1. Teil seines Beitrages. Dabei weist er am Beispiel einzelner BRD-Multis eine "neue Weltstrategie" und eine neue Stufe der neokolonialistischen Expansion nach.

In den noch ausstehenden beiden Teilen seiner Analyse zieht Fritz Rische eine Bilanz der ökonomischen Lage der Entwicklungsländer, ihrer Probleme und Perspektiven. Er setzt sich daran anknüpfend mit diversen Entwicklungshilfekonzeptionen der Bonner Parteien auseinander, um schließlich die Interessenlage und Forderungen der westdeutschen Arbeiterbewegung zur Entwicklungspolitik zu skizzieren.

Auf eine Initiative Chiles hin befaßt sich seit 1972 eine ständige UNO-Untersuchungskommission mit der Tätigkeit und Rolle "multinationaler Gesellschaften". Von der XXIX. UNO-Vollversammlung wurde ausdrücklich allen Staaten in der "Ökonomischen Charta" das Recht zu gebilligt, wirksame Maßnahmen bis hin zur Enteignung gegen die "transnationalen Gesellschaften" zu ergreifen (vgl. AIB Nr.4/1975).

Nach neueren Angaben des UN-Sekretariats erzielte im Jahre 1971 eine Zahl von 211 multinationalen Konzernen einen Jahresumsatz von mehr als 1 Mrd Dollar. 10 dieser Multis erreichten einen Umsatz von 5 Mrd Dollar und 4 von über 10 Mrd Dollar. Ebenso wie in ihren Stammländern beeinflussen sie auf vielfältige Weise die ökonomische und politische Entwicklung im nichtsozialistischen Teil der Welt, beispielsweise IBM in 80, Ford in 30 oder Dutch/Shell in 43 Ländern.

Die neokoloniale Expansion der westdeutschen Konzerne und die Bonner Entwicklungspolitik (1. Teil)

Der Ausgangspunkt meiner Betrachtungen, Analysen und Alternativen für ein korrektes Bild der Rolle der internationalen Monopole insbesondere der Monopole der Bundesrepublik in den Entwicklungsländern kann nur das heute gegebene internationale Kräfteverhältnis sein.

Die Änderung der Welt hinsichtlich der Macht- und Sozialstrukturen hat den nationalen Befreiungsbewegungen im weltrevolutionären Prozeß eine große Rolle zugeteilt. Dies zeigte sich in immer enger werdenden Territorien, auf denen die Monopole noch voll oder eingeschränkt ihre Herrschaft auszuüben vermögen. Viele Entwicklungsländer verbinden die anti-imperialistische nationale Befreiung immer stärker mit der sozialen Befreiung. Sie beschreiten den Weg der sozialistischen Revolution und Umgestaltung. Aber auch in Ländern mit zur Zeit noch vorwiegend kapitalistischen sozialökonomischen Entwicklungen oder mit Mischformen feudalistischer oder kapitalistischer Strukturen hat der antiimperialistische Kampf im ökonomischen Bereich an Kraft gewonnen. Und dies zeigt sich in unseren Tagen unter anderem in den erfolgreichen Angriffen gegen die Macht der Ölmultis.

BRD-Strategie und „Dritte Welt“

Wer über die imperialistischen Monopole und über ihre Strategien in Ländern außerhalb ihrer nationalen Basen spricht, muß heute deutlicher denn je die international operierenden Monopolgruppen der Bundesrepublik einbeziehen. Nicht nur darum, weil sie eine bedeutende Rolle bei der Internationalisierung des Kapitals spielen, sondern auch darum, weil diese in ihrer Expansion alle Merkmale monopolistischer Macht und Politik gegenüber den Entwicklungsländern zum Ausdruck bringen.

Neben der Konzentration auf die Ausdehnung ihrer Macht auf technisch führende Industrieländer und ebenso führende Industriezweige streben sie im Weltmaßstab die Beherrschung von Rohstoffressourcen in den Entwicklungsländern an. Zur Zeit ist dies sogar der Kern ihrer strategischen Absichten.

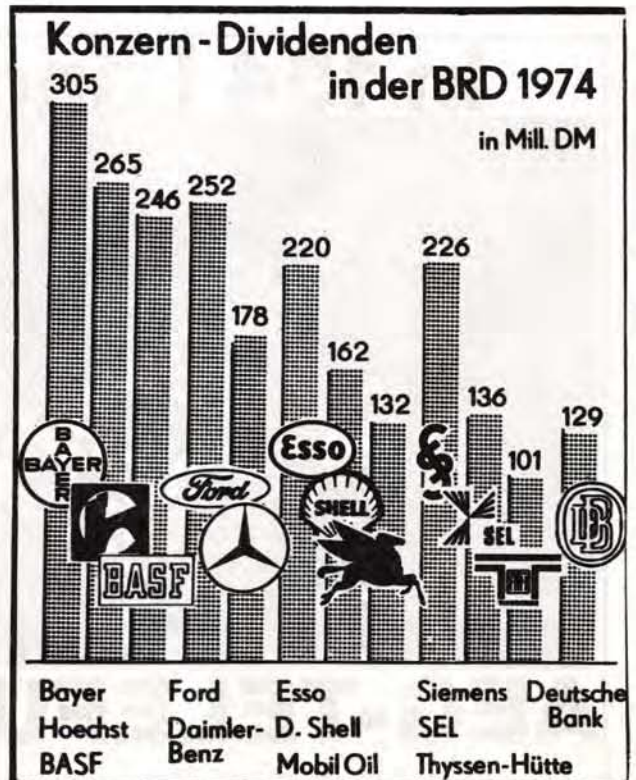
Einer ihrer Sprecher im staatlichen Bereich, der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Rohwedder (SPD) hat ganz im Sinne dieser Weltstrategie auch die sogenannte Entwicklungshilfe einbezogen. Rohwedder

regte an, Entwicklungshilfe nur denjenigen Entwicklungsländern zu geben, die bereit wären, langfristige Rohstoffabkommen mit der Bundesrepublik zu schließen.

BRD-Monopole im Kampf um neue Einflußzonen

Das ist der alte Anspruch imperialistischer Macht, sich verstärkt aktiv und unter Anwendung von Druck am Kampf um die Neuverteilung der Märkte, Rohstoffquellen und Einflußgebiete zu beteiligen. Das findet seinen ganz besonderen Ausdruck in Aktivitäten des Aufbaus und des Aufkaufs von Produktionsstätten im Ausland - in der Nähe von Rohstoffen, billiger Arbeitskräfte und längerfristig politisch günstigen Kapitalverwertungsbedingungen.¹⁾ Das zeigt sich unter anderem in den Direktinvestitionen westdeutscher Monopole im Ausland.

Die Direktinvestitionen der westdeutschen Privatkonzerne im Ausland erreichten am Ende des 1. Halbjahres 1974 bereits 34,75 Mrd DM. Davon entfielen am gleichen 30. Juni 1974 10,4 Mrd DM oder 30% auf Entwicklungsländer.²⁾ Auslandsbeteiligungen sind der wichtigste Hebel der Konzerne zur Expansion ihres Einflusses.



Durch Beteiligungen und Unternehmenskäufe im Ausland, durch internationale Kooperationsabkommen, Patent- und Lizenzverträge beherrschen sie kapitalmäßig die entscheidenden Produktions- und Rohstoffzweige im internationalen Maßstab. Gerade die wachstumsrelevanten Sektoren wie die chemische Industrie, die Automobil-, Erdöl-, Stahl-, Elektro- und die elektronische Industrie, die Eisen-Metall- und Flugzeugindustrie werden heute im Maßstab des kapitalistischen Weltsystems von einigen wenigen Konzernen beherrscht. Ganze Schlüsselbereiche nationaler Volkswirtschaften geraten nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern unter Kontrolle internationaler Monopole.

Beschleunigte Internationalisierung der Produktion

Dementsprechend weist die Internationalisierung des Kapitals in der Form des internationalen Konzerns einige neue Züge auf. Charakteristisch ist die Internationalisierung der Produktion selbst.

"Die transnationale Konzentration und Zentralisation des Kapitals schafft nicht nur Riesenunternehmen mit einem in der ganzen Welt verbreiteten Handelsnetz, sondern auch innerhalb der transnationalen Monopole selbst internationalisiert sich der Produktionsprozeß." 3)

Mit letzterem ist in erster Linie gemeint, daß die Produktion eines Endproduktes jetzt zentralisiert in verschiedenen Ländern erfolgt.

Als Beispiel soll die Anzeige des Landmaschi-

nenkonzerns Massey Ferguson Comp. in der Financial Times vom 30.4.1970 genannt werden:

"Wir haben eine weltweite finanzielle Flexibilität erreicht und unsere Produktion ist weitestgehend rationalisiert und integriert. Ein in Frankreich hergestelltes Getriebe, ein britischer Motor und eine in Mexiko gebaute Achse können mit Stahlplatten aus den Vereinigten Staaten zusammengebaut werden und der komplette Traktor kann dann irgendwo in Westindien eingesetzt werden."

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Konzentrationsstrategie alle Vorteile der Produktionsbedingungen, Finanzierungsmöglichkeiten und der Besteuerung, z.B. in den Entwicklungsländern, optimal ausnutzen kann, um den höchsten Profit herauszuwirtschaften. Sie gestattet es auch, einen großen Einfluß auf die wirtschaftlichen Bedingungen ganzer Industriebereiche auf den eroberten Märkten und Territorien zu gewinnen und die staatliche Politik solcher beherrschten Länder maßgebend zu beeinflussen. Das ist auch in den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten der Fall und erst recht in den Entwicklungsländern.

Das Weltkonzept am Beispiel AEG-Telefunken

Der Vorstand des Elektrokonzerns AEG-Telefunken charakterisierte diese Weltstrategie in seinem Geschäftsbericht für 1972/73 vom Mai 1974 in eindeutiger Weise. Im Geschäftsbericht heißt es:

"AEG-Telefunken hat das Auslandsgeschäft immer als einen wesentlichen Bestandteil seiner Aktivitäten betrachtet. Es ist Maßstab unserer Wettbewerbsfähigkeit, da wir uns gerade im Auslandsgeschäft permanent gegenüber der internationalen Konkurrenz bewähren müssen...

In 154 Ländern zu Hause



AEG



Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der führenden Industriestaaten mit einem relativ begrenzten Inlands-Markt. Wir alle leben davon, daß wir international kaufen und verkaufen. Das erfordert im Zeitalter wachsender Kosten für Transport, Rohstoffe und Arbeitskraft weltweite partnerschaftliche Integration.

Darum konzentrieren wir uns seit Jahrzehnten auf zukunftsträchtige Länder. Auf Märkte der Zukunft.

Heute arbeiten bereits 25.000 unserer Mitarbeiter im Ausland, jeder 7. also. Wir erzielen 1/2 unseres Umsatzes außerhalb unserer Grenzen: 4 Mrd. DM. Durch Fabrikations- und Vertriebsgesellschaften in aller Welt. Und durch Direktexport.

In dem vergangenen Geschäftsjahr konnten wir neue Niederlassungen in 14 weiteren Ländern aufbauen. Know-how spricht sich eben herum. Immer schneller. Weltweit.

AEG-TELEFUNKEN

(aus: FAZ, 24.7.1974)

Vorrangige Zielsetzung des Auslandsgeschäfts ist die Verbreiterung und Festigung unserer unternehmerischen Basis. Für verschiedene Arbeitsgebiete ist der nationale Markt längst zu klein geworden und bietet auch angesichts einer Reihe von Kostenfaktoren nicht mehr die Voraussetzung, um noch rentabel produzieren zu können."

Die besondere Arbeitsweise erläutert der Vorsitzende des Vorstandes des Konzerns, Dr. Hans Groebe, mit den folgenden Hinweisen: AEG-Telefunken ist grundsätzlich bestrebt, ihre Expansion soweit wie möglich "gemeinsam mit industriell erfahrenen, im Land ansässigen Partnern zu verwirklichen". Dadurch sollen die finanziellen Möglichkeiten und die besonderen landeseigenen Verbindungen und Erfahrungen der "Partner" benutzt werden. Die Unternehmensplanung erfolgt dabei als Weltkonzept:

"Die verstärkte Fertigung im Ausland muß mehr und mehr über die nationalen Gesichtspunkte hinaus auch im internationalen Rahmen gesehen werden. Unser Weg geht daher von regionalen Fertigungsstätten zu sogenannten Weltmarktfabriken, von denen aus unsere internationale Vertriebsorganisation beliefert wird. Die Absicherung der Konkurrenzfähigkeit erfordert immer mehr einen weltweiten Produktions- und Vertriebsverbund der AEG-Telefunken-Gruppe, den wir systematisch anstreben."

Das Motiv aller Auslandsinvestitionen

All diese von den AEG-Bossen geschilderten Methoden sind ähnlich bei den übrigen Weltkonzernen der Bundesrepublik - wie Hoechst, Bayer, BASF oder den Konzernen der Montan-Industrie wie Thyssen, Mannesmann und Krupp, den Konzernen der Automobilindustrie wie Daimler Benz, BMW und auch des quasi staatlichen Volkswagenwerks.⁴⁾

Zum Teil wurde in den erwähnten Äußerungen der AEG-Manager bereits die Antwort gegeben, warum die verstärkte Tätigkeit westdeutscher Konzerngruppen im Ausland eine so große Bedeutung erlangt hat. Die klassische Antwort gab jedoch das Handelsblatt in einer Sonderbeilage "Industrieansiedlung International" anlässlich der Industriemesse Inter-Idex '75 in Düsseldorf vom 5.-7. Februar 1975. Im Spitzenartikel "Warum Unternehmen ins Ausland gehen" heißt es darüber wie folgt:

"Die Motive, die zu dem verstärkten Engagement im Ausland führten, sind recht unterschiedlich. Im wesentlichen können vier Motivgruppen unterschieden werden:

- Erschließung, Erhaltung und Ausbau von Marktpositionen;
- kostenbezogene Motive;
- Rohstoffsicherung;
- staatliche Förderungsmaßnahmen.

Hinter diesen Gruppen steht als gemeinsames Motiv aller Auslandsinvestitionen selbstverständlich das Gewinnstreben. Dem widerspricht auch nicht, daß in nahezu allen empirischen Motiverhebungen der Aussicht auf höhere Gewinne als Investitionsgrund nicht die überragende Rolle zukommt."

Auslandsexpansion weit ab von Menschlichkeit

Bezugnehmend auf ein Hearing vor dem Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit werden im Beitrag die speziellen Hauptgründe für die Auslandsexpansion führender Konzerne aus der Bundesrepublik angeführt.

Die Sprecher der BASF nannten zum Beispiel:

- "die langfristige Marktsicherung für Erzeugnisse im internationalen Wettbewerb,
- die Absicht zahlreicher Länder, eine nationale chemische Industrie aufzubauen sowie
- restriktive Einfuhrgesetze und Mangel an Devisen für Importe.

Für die SEL (Standard Elektrik Lorenz, eine Tochtergesellschaft der ITT, d.Red.) besteht der Hauptgrund in der Erschließung neuer Absatzmärkte, für Siemens in der Erschließung und Sicherung von Märkten in Verbindung mit einem nicht ausreichend aufnahmefähigen Binnenmarkt und für VW in der Sicherung und Schaffung von Märkten."⁵⁾

Hier, in diesen Äußerungen des Handelsblattes wird eindeutig klargelegt, daß die Hauptgründe der Expansion weitab von menschenfreundlicher Wirtschaftsförderung und ökonomischer Erschließungspolitik oder gar Entwicklungshilfe angesiedelt sind. Profit und Macht - das ist wie eh und je Sinn imperialer Strategie des neudeutschen ökonomischen Imperialismus. Natürlich ist diese Rolle des westdeutschen Monopolkapitals und Imperialismus eingebettet in einen erbarmungslosen Konkurrenzkampf und unterliegt den Wirkungen des neuen Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus.

BRD-Monopole

- eine bedeutende neokolonialistische Macht

Die heutige Praxis des Konkurrenzkampfes der Kapitalisten verbindet sich mit Formen des Neokolonialismus. Durch ihre Rohstoffquellen, billigen Arbeitskräfte und aufnahmefähigen Märkte üben die Entwicklungsländer eine Anziehungskraft auf die um Macht und Besitz kämpfenden internationalen Gesellschaften aus. Zumeist konzentrieren die Monopole in diesen Ländern die Produktion von Rohstoffen und der arbeitsintensiven Industrieerzeugnisse. Das bringt neue Formen der Ausbeutung hervor. Das alles zeigt sich auch im Auftreten westdeutscher Monopole, die international operieren oder selbst den Charakter internationaler Monopole angenommen haben, wie z.B. Siemens, Volkswagenwerke, Thyssen und andere. Die Volkswagenwerke produzieren mehr als 70% ihrer Produktion im Ausland für den Export. Die Produktion westdeutscher Konzerne mit internationalem Zuschnitt im Ausland betrug am Gesamtumfang der meisten Gesellschaften be-

reits Ende der 60er Jahre weit über 30%. Heute hat sich dieser Anteil wesentlich verstärkt. Natürlich bedeutet das nicht, daß die auf Export orientierten Konzerne der Bundesrepublik ihre Lieferungen in Länder mit starken Kapitalanlagen aus der heimischen Produktion einschränken wollen. Obwohl die Monopole der Bundesrepublik z.B. in Südafrika bereits ca. 4 Mrd DM investiert haben⁶⁾, konnte sich die Bundesrepublik 1974 als Lieferant an die Spitze der südafrikanischen Importeure stellen und sogar Großbritannien überholen. Wie die vorher genannten Zahlen beweisen, realisiert sich somit ein immer größerer Teil der Produktion gewissermaßen als konzerninterner Handel, als Lieferungen an ihre ausländischen Produktionsgesellschaften und aus diesen. So erzielten die großen BRD-Monopole aus ihren Auslandsbasen bereits im Jahre 1971 Eigenleistungen in Höhe von 27 Mrd DM - fast das Siebenfache des Standes von 1960 -, was gegenüber der Inlandsproduktion ein viermal so schnelles Wachstum darstellt.⁷⁾ Diese Kombination von direkten Kapitalanlagen und Warenexporten wird sicherlich bleiben. Aber der Kapitalexport in Form von Direktanlagen wird immer mehr an Bedeutung gewinnen. Das Monopolkapital der Bundesrepublik wird damit zu einer bedeutenden neokolonialistischen Macht.

Beschleunigter Ausbau von Produktionsstätten in der „Dritten Welt“

Für unser Thema ist die Frage der Standorte, ihrer Zahl sowie auch der territorialen Verteilung der Monopolmacht der Bundesrepublik von Interesse.

Im Geschäftsbericht von Siemens für das Geschäftsjahr 1971/72 wird über fast 100 Fertigungsstätten im Ausland mit 39.000 Beschäftigten berichtet.

Die Mehrzahl der Basen mit rund 30.000 Arbeitsplätzen befanden sich in den Entwicklungsländern. Während die Gesamtleistung von Siemens in den vier Jahren seit 1967/68 bis 1971/72 um 74% wuchs, erhöhte sich der im Ausland erbrachte Teil sogar um 94%.

AEG-Telefunken meldete im Geschäftsbericht 1973:

"Unsere Unternehmensgruppe ist in 154 Ländern der Welt vertreten. In 29 Staaten haben wir 67 Fabrikations- und Vertriebsgesellschaften in Mehrheitsbesitz. In weiteren 125 Ländern werden wir durch fremde Vertretung, an denen wir zum Teil minderheitlich beteiligt sind, repräsentiert."

Zwanzig große Beteiligungsgesellschaften in Entwicklungsländern werden im Geschäftsbericht namentlich aufgeführt.

Thyssen meldete im Geschäftsjahr 1971/72 15 Rohstoff- und Transportgesellschaften und 30

Handelsgesellschaften und sonstige Gesellschaften mit Sitz im Ausland. Von den 80 Auslandsbasen befanden sich 13 eindeutig in Entwicklungsländern, mit Schwerpunkt Brasilien und Südafrika.

Das sind nur einige Beispiele, alle übrigen Großkonzerne sind ähnlich vertreten.

In der territorialen Verteilung der Basen sind neben Südamerika - vor allem Brasilien und Argentinien - und Afrika - besonders die Republik Südafrika - sowie Malaysia in Ostasien Schwerpunkte der Auslandsexpansion.

Expansion der Großbanken

Lenin hat in seinem Imperialismus-Werk mehrfach darauf hingewiesen, welche Bedeutung z.B. für Banken die Niederlassungen und Filialen im Netz der Kapitalmacht haben, etwa als Zentralstellen, um sämtliche Kapitalien und Geldeinkünfte zu zentralisieren. Diese Politik ist heute mehr denn je kennzeichnend für die neokolonialistische Rolle des deutschen Finanzkapitals. Denn die industrielle Auslandsexpansion ist immer zugleich auch und vor allem Finanzexpansion der privaten und staatlichen Großbanken. Dies geschieht aber immer mehr in Kooperation mit mächtigen internationalen Banken und Finanzgruppen.

Wie sich dies in der Sprache der Bankiers von der Dresdner Bank aus Anlaß eines Festakts "100 Jahre Dresdner Bank 1872-1972" anhört, dafür einige Auszüge aus der Rede von Ernst Matthiensen:

"Nach Wiederherstellung der vollen Konvertierbarkeit der Deutschen Mark war es möglich, den internationalen Kapitalverkehr neu zu beleben und mit der Börseneinführung von Aktien namhafter ausländischer Gesellschaften an eine Tradition gerade unserer Bank aus der Zeit vor dem I. Weltkrieg anzuknüpfen.

Heute befinden wir uns in einer neuen Phase der Entwicklung zu einer internationalen Bank. Wir sind dabei, an Schwerpunkten des Geschehens in der Welt eigene Filialen oder Tochtergesellschaften zu errichten, und wir pflegen eine enge Zusammenarbeit mit ausländischen Partnerbanken." 8)

Diese räuberischen Bankiers meinten natürlich ihren Besitz und ihre Macht über Kapital, Rohstoffe und Menschen.

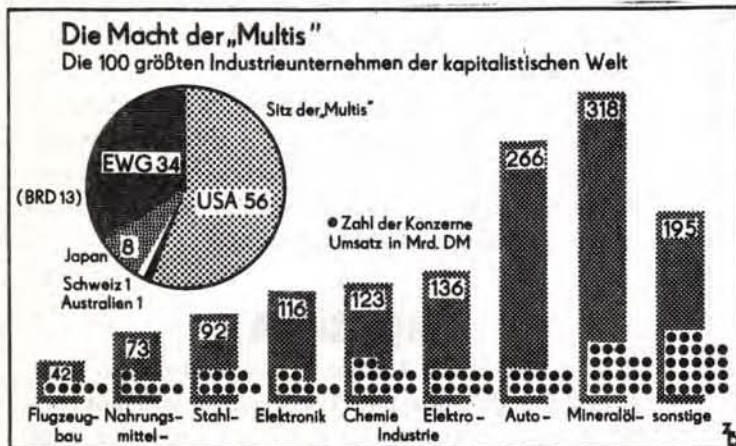
Das zeigt sich zum Beispiel bei der kleinsten der drei Großbanken, der Commerzbank, im Geschäftsbericht für 1970: Die Commerzbank verfügte zu diesem Zeitpunkt über 32 Beteiligungen an ausländischen Finanzinstituten, davon 12 in Entwicklungsländern.

Die eigentliche Macht der Monopolbanken über wichtige Positionen in den Entwicklungsländern liegt in der Kapitalbeteiligung an den Industriekonzernen, die unter Kontrolle der Banken weltweit operieren.

So ist denn in der internationalen Expansion der Monopole der Bundesrepublik mit der Konzentration auf Produktionsanlagen und Gesellschaften im Ausland, ein schnelles Anwachsen der Handels-, Transport- und Finanzierungsgesellschaften festzustellen. Das ermöglicht es, mit der Internationalisierung der Produktion zugleich eine zentralisierte Finanzstrategie aus verschiedenen Quellen zu betreiben. Der Staat ist dabei eine wichtige Quelle, um die notwendige Kapitalbeweglichkeit für die Außenexpansion zu unterstützen.

Vorzugsbedingungen in Entwicklungsländern

Staatliche Förderungsinstrumente sind steuerliche Begünstigungen (wie im Entwicklungshilfe-Steuergesetz) bis zu Investitionsschutzverträgen mit den Entwicklungsländern und Kapitalanlagegarantien, die in den verschiedensten Verträgen der Bundesrepublik mit den Entwicklungsländern immer wieder auftauchen. Nicht wenige Entwicklungsländer sehen sich außerdem gezwungen, durch steuerliche Erleichterungen oder durch kostenlose Bereitstellung von Industriegelände, durch Antigewerkschaftsbestimmungen usw. den ausländischen Konzerngesellschaften entgegenzukommen. Zum Beispiel



wurden solche Zugeständnisse der Rolley-Fotogruppe in Singapur gemacht oder auch Müller-Wipperfurth für die Produktion von Bekleidungsstücken in Tunesien. Faktisch haben alle Konzerne der Bundesrepublik in ihren Auslandsbasen solche Vorzugsbedingungen erhalten. Aber das sind nur die direkt auf schnellen Profit gerichteten flankierenden Maßnahmen bzw. unter faktischem Druck zustande gekommenen Verträge. Wesentlich sind für die Investoren die politischen Rahmenbedingungen. In dem bereits anfangs zitierten Beitrag des Handelsblattes über "Ein Bündel von Motiven" für Auslandsinvestitionen, werden diese Rahmenbedingungen im einzelnen mit aller Offenheit genannt:

"Stabile politische, wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse und wohlwollende Ein-

stellung der ausländischen Regierungen gegenüber den Auslandsinvestitionen."

Das ist entscheidend. Denn die Verfasser vermerken ausdrücklich:

"Alle anderen Fördermaßnahmen werden von multinationalen Firmen offensichtlich nur 'mitgenommen'. In den meisten Fällen würde auch ohne sie investiert werden." Soweit das Handelsblatt.

Schnelle Profite als Hauptgrund - und politische Absicherung im Anlegerland - das ist die typische imperialistische Methode der modernen Kapitalanlage-Politik. In diesem Sinne ist die von Lenin in seinem Imperialismus-Werk nachgewiesene Haupttendenz beim Kampf um Rohstoffquellen, Kapitalexporte und um Einflußsphären bis heute immer gleich geblieben. Das heißt, wie Lenin schreibt, es handelt sich um "Sphären für gewinnbringende Geschäfte, Konzessionen, Monopolprofite..."⁹⁾ Nach wie vor ist dies die Hauptmethode der Expansion. Entscheidend ist dabei das Streben nach Monopolprofiten - das können Extraprofite oder auch Superprofite sein. Das können aber auch - unter bestimmten Bedingungen der nationalen Unabhängigkeit gegenüber z.B. den Rohstoffländern - verringerte Profite sein, die dann durch Raubzüge gegen die Bevölkerung der industriellen Hauptländer wieder zu Höchstprofiten gesteigert werden.

Anmerkungen:

- 1) Mit "politisch günstigen Kapitalverwertungsbedingungen" sind die Aussichten für ausländische Kapitalinvestoren auf eine dauerhafte 'politische Stabilität' gemeint. Diese Art von 'Stabilität' aber sehen die Konzernvertreter in den Unterdrückungspraktiken der reaktionärsten Regimes. Beispielsweise nannte der Vorstandssprecher von Daimler Benz an allererster Stelle der Attraktionen des Iran "die gesellschaftliche und politische Ordnung und Stabilität" (vgl. AIB-Broschüre zum Iran, Juli 1975, S. 15).
- 2) Zahlenangaben nach: Blick durch die Wirtschaft, 5.10.1974
- 3) D. Boccara, u.a., Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/M. 1974, S. 415
- 4) 40% des Nominalkapitals des VW-Konzerns befindet sich in den Händen des Staates. Der Rest ist privater Streubesitz.
- 5) Handelsblatt, 28.1.1975
- 6) dpa-Informationen, 3.10.1974
- 7) vgl. IPW-Berichte, Nr.1/1975, S. 30
- 8) "100 Jahre Dresdner Bank 1872-1972" - Ansprachen beim Festakt, Eigendruck der Bank, S. 7
- 9) W.I. Lenin, Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin 1951, S. 134



**AIB-
Fragebogenaktion**

Brasilien/BRD

"Einstieg ins Weltgeschäft" nannte die Welt das am 27. Juni 1975 unterzeichnete "Deutsch-Brasilianische Regierungsabkommen über die friedliche Nutzung der Kernenergie".

Der Vertrag umfaßt die Lieferung von Anlagen und Technologien zur Urangewinnung, den Bau von Anreicherungsanlagen und Kernkraftwerken sowie einen Komplex zur Wiederaufbereitung bestrahlter Brennstoffe; dahinter verbirgt sich ein Geschäft in Höhe von 12 Mrd DM, an dem 300 westdeutsche Firmen beteiligt sind. Neben diesem "Geschäft des Jahrhunderts" sicherte sich die Deutsche Urangesellschaft durch die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens mit der staatlichen brasilianischen Gesellschaft Nuclebras den Zugang zu den Uranlagerstätten Brasiliens und ihren Abbau.

Gegen dieses Abkommen erhob sich nicht nur in der Bundesrepublik Protest. Und auch die Recht-

fertigungsversuche z.B. von Außenminister Genscher, der Vertrag stelle eine "positive Fortentwicklung der Nichtverbreitungspolitik" (FAZ, 28.6.1975) dar, vermochte nicht darüber hinwegzutäuschen, daß die Bundesrepublik durch dieses Geschäft - ähnlich wie im Falle Südafrikas und des Iran - einer aggressiven Macht den direkten Zugang zur Atomwaffe verschafft. Denn auch die vielzitierten Zusatzbestimmungen und die Kontrolle Brasiliens durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) in Wien geben keine Garantien dafür, daß Brasilien die Anlagen und Technologien nicht zum Bau von nuklearen Waffen verwendet.

Vor allem aber bleibt festzuhalten, daß die herrschenden Kreise der BRD durch ihre jüngsten Atomgeschäfte ausgerechnet den faschistisch regierten und expansionistischen Staaten Republik Südafrika, Iran und Brasilien, neue Möglichkeiten zur militärischen Nutzbarmachung der Kernenergie an die Hand gaben - und namentlich Brasilien weigert sich noch immer, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.

Umgekehrt hält sich die BRD - in Unterlaufung des Atomwaffensperrvertrags - geheime Kanäle in der RSA, im Iran und Brasilien offen zur Weiterentwicklung und Aneignung der militärischen Nutzung der Nuklearenergie.

Die Großen im deutschen Atom-Geschäft

Diese Firmen aus diesen Branchen sind direkt oder über diese Tochterunternehmen	... im Geschäft mit der Atomkraft
ELEKTRO		
Siemens, München AEG-Telefunken, Frankfurt	Kraftwerk Union, Mülheim Kraftwerk Union, Mülheim KRT Kernreaktorteile, Großweilheim Hochtemperatur-Reaktor- bau, Köln	Kernkraftwerksbau Kernkraftwerksbau Reaktorbau Kernreaktor-Bau Regel- und Meßgeräte für Kernkraftwerke
ENERGIE		
Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke, Essen	Uranerzbergbau, Bonn Lahmeyer International, Frankfurt	Uransuche, Uranförderung Ingenieurleistung für Kernkraftwerke
Ruhrkohle, Essen VEBA, Düsseldorf Gelsenberg, Essen	Uranengesellschaft, Frankfurt Uranengesellschaft, Frankfurt KEWA, Frankfurt	Uransuche, Uranförderung Uransuche, Uranförderung Kernbrennstoff-Wieder- aufbereitung
METALL		
Metallgesellschaft, Frankfurt Mannesmann, Düsseldorf	Uranengesellschaft Frankfurt Mannesmann-Röhren- werke, Düsseldorf Mannesmann-Röhren- werke, Düsseldorf Weserhütte, Bremen	Uransuche, Uranförderung Rohrleitungen für Kern- kraftwerke Rohrleitungen für Kern- kraftwerke Maschinenteknik für Kernkraftwerke Reaktor-Stahl Reaktor-Druckgefäße
Thyssen, Düsseldorf Otto Wolff, Köln		
Klöckner-Werke, Duisburg MAN, Augsburg	Gutehoffnungshütte, Sterkrade	
BAU		
Hochtief, Essen Ph. Holzmann, Frankfurt Wayss & Freitag, Frankfurt		Reaktoren-Gebäude Reaktoren-Gebäude Stahlbeton-Kühltürme, Kamine
CHEMIE		
Bayer, Leverkusen	KEWA, Frankfurt	Kernbrennstoff-Wieder- aufbereitung
Farbwerke Hoechst, Frankfurt	KEWA, Frankfurt	Kernbrennstoff-Wieder- aufbereitung
VERSICHERUNGEN:		
ALLIANZ, München Gerling Konzern Allgemeine Versicherung, Köln	ALLIANZ, Stromanlagen	Kernkraftwerk- versicherung Kernkraftwerk- versicherung
GLAS		
Jenaer Glaswerk Schott & Gen., Mainz		Strahlenschutz- Glascheiben

Argentinien

In dem von einer tiefen Wirtschaftskrise und ständigen politischen Terrorakten erschütterten Argentinien kam es ein Jahr nach dem Tode von Präsident Peron erstmals zur Machtprobe zwischen der peronistischen Regierung und den Gewerkschaften.

Trotz einer weit über 100% liegenden Inflationsentwicklung hatte Präsidentin Isabelle Peron Anfang Juli d.J. per Dekret die Kürzung der von den Gewerkschaften ausgehandelten Lohnerhöhungen von ca. 100% auf 50% verfügt. Wirtschaftsminister C. Rodrigo kündigte - entgegen dem Regierungsprogramm Präsidentens Perons - zugleich eine verstärkte Förderung von ausländischen Kapitalinvestoren an.

Während tagelanger Protest- und Streikaktionen von Hunderttausenden von Arbeitern im ganzen Land, bei denen es zu massiven Polizeieinsätzen kam, erhoben die Werktätigen über Lohnforderungen hinaus zugleich politische Forderungen an die Regierung Isabelle Perons. Ins-

(aus: Wirtschaftswoche, 27.6.1975)

besondere verlangten die demonstrierenden Arbeiter den Rücktritt des persönlichen Vertrauten der Präsidentin, des Wohlfahrtsministers Lopez Rega, den sie für den forcierten Rechtskurs der Regierung verantwortlich machten und dessen Unterstützung der faschistischen Terrororganisation "Antikommunistische Allianz Argentiniens" (AAA) ein offenes Geheimnis ist.

Angesichts der machtvollen Streik- und Protestwelle in ganz Argentinien sahen sich selbst die rechtsperonistischen Führer der Zentralgewerkschaft CGT zur Ausrufung eines 48stündigen Generalstreiks zum 7. Juli veranlaßt.

Der das gesamte Land lahmlegende Generalstreik von 5 Millionen Werktätigen bewegte die Regierung nach 36 Stunden Dauer zum Einlenken. Isabelle Peron sah sich gezwungen, zuzustimmen, daß die bereits ausgehandelten Lohnerhöhungen voll wirksam und rückwirkend ab 1. Juni gezahlt werden. Lopez Rega wurde seiner Ämter ebenso enthoben wie Vizepräsident Raoul Lastiri, ein Strohmann Lopez Regas. Die Abgeordneten des Senats wählten den Linksperonisten Halo Luder zu seinem Nachfolger.

Diese Erfolge der argentinischen Arbeiterbewegung können freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß der rechte Flügel der Peronisten nach wie vor die Regierungsmehrheit stellt und daß die politische Krise des Landes keineswegs bereinigt ist.

Kapverdische Inseln

Kurz bevor die portugiesische Revolutionsregierung am 12. Juli 1975 die 70.000 Einwohner zählende Inselgruppe von Sao Tomé und Príncipe in die Unabhängigkeit entließ, kam es am 7. Juli 1975 zur Proklamierung der Republik der Kapverden. Am 30. Juni d.J. hatten auf dem 15 Inseln umfassenden und 300.000 Einwohner zählenden Archipel Wahlen zur verfassungs- und gesetzgebenden Nationalversammlung stattgefunden. 92,17% der 120.000 Wahlberechtigten entschieden sich für die Kandidaten der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln (PAIGC). Am 6. Juli wählten die 56 Abgeordneten den auf der Insel Boa Vista geborenen PAIGC-Generalsekretär Aristides Pereira zum ersten Staatspräsidenten der Kapverden. Nach der Proklamierung der Republik der Kapverden am 7. Juli 1975 in der Hauptstadt Praia wurde Pedro Pires zum Ministerpräsidenten des neuen Staates gewählt.

Die künftigen politischen Schritte skizzierte Luiz Cabral, Vorsitzender des Staatsrates der



Republik Guinea-Bissau und stellvertretender Generalsekretär der PAIGC, in einem AFP-Interview: Zunächst werde der Staat der Kapverden neben der Republik Guinea-Bissau in der UNO repräsentiert sein. Zugleich wies Cabral darauf hin, daß ein von den Nationalversammlungen beider Staaten zu bildender "Rat der Einheit" Einzelheiten des Vereinigungsprozesses studieren solle. Die PAIGC werde in beiden Staaten eine führende Rolle spielen.

UNO-Weltfrauenkonferenz

Unter der Losung "Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden" fanden sich Delegierte aus 133 Ländern, Vertreterinnen von UNO-Organisationen, nichtstaatlichen Organisationen und Delegationen von Befreiungsorganisationen in Mexiko auf der vom 26.6. bis 2.7.1975 andauernden Weltfrauenkonferenz der UNO zusammen. Die bedeutendsten Beschlüsse dieser Tagung stellen ein Weltaktionsplan 1975 - 1985 sowie die "Deklaration 75" dar.

Der Weltaktionsplan empfiehlt für einen Zeitraum von 10 Jahren den Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen langfristige, konkrete Maßnahmen, um die Gleichberechtigung der Frau in allen Ländern durchzusetzen. Folgende Mindestziele sollten schon bis 1980 erreicht werden: 1. eine verstärkte Alphabetisierung vor allem der jungen Frauen; 2. ein Ausbau der Berufsausbildung unter Einschluß moderner landwirtschaftlicher Methoden; 3. Gleichheit der Geschlechter beim Besuch der Grundschule; 4. bessere Arbeitschancen für die Frau; 5. Ausbau der Infrastruktur auf dem Lande; 6. aktives und passives Wahlrecht der Frau sowie Gesetze, die gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die juristische Gleichstellung sichern und 7. eine größere Beteiligung der Frau in den politischen Schaltstellen auf allen Ebenen.

In der Einleitung zum Weltaktionsplan wird betont, daß zur Besserstellung der Frau vor allem in der Dritten Welt auch eine Neuordnung



**Haben Sie schon
Ihren AIB-Fragebogen
ausgefüllt?**

des Wirtschaftssystems erforderlich sei. Rasendiskriminierung, Apartheid, die Überreste kolonialer Unterdrückung und Neokolonialismus seien in all ihren Formen als die größten Hindernisse bei der Erreichung der vollen Gleichberechtigung zu beseitigen. Weiterhin wurde mit großer Mehrheit, bei Enthaltung der Bundesrepublik, die "Deklaration von Mexiko zur Gleichberechtigung der Frau und ihren Beitrag für Fortschritt und Frieden" beschlossen. Hier wird hervorgehoben, daß die Frauen natürliche Verbündete seien im Kampf gegen jede Form von Unterdrückung, wie sie unter Kolonialismus, Neokolonialismus, Zionismus, Rassendiskriminierung und Apartheid praktiziert werden. Sie stellen daher eine bedeutende Kraft für ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen in der Welt dar.

Die absolute Mehrheit der Delegationen bekundete ihre Solidarität mit den noch von Faschismus, Kolonialismus und Apartheid unterdrückten Völkern. Die Vertreter der Pinochet-

Clique waren auf dem Forum praktisch isoliert, die Sympathie der Mehrheit galt den chilenischen Patrioten ebenso wie dem palästinensischen Volk, das um seine Selbstbestimmung und seine Eigenstaatlichkeit ringt.

Südvietnam

Vor der Eroberung Saigons durch die Befreiungstreitkräfte (FNL) sind der Nachrichtenagentur AP zufolge 130.000 Südvietnamesen in die USA und 10.000 auf die US-Stützpunkte Guam und Wake verschleppt worden. Greuelmärchen über zu erwartende Verurteilungen, Hinrichtungen oder Blutbäder der Befreiungstreitkräfte an den Südvietnamesen, die für die Thieu-Clique oder die Amerikaner arbeiteten, hatten diese Menschen zur Ausreise getrieben. Heute, angesichts der Politik der nationalen Versöhnung durch die Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam (PRR), ist ein nicht geringer Teil der Vietnamesen entschlossen, in die Heimat zurückzukehren. Allein von den auf Guam Festgehaltenen verlangten bis Anfang Juli d.J. 1.000 die Ausreise. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen und die Amerikaner zur raschen Erteilung der Visa zu zwingen, traten Hunderte in den Hungerstreik. Die PRR hat die UNO um Unterstützung bei der Repatriierung gebeten.

SCI-Workcamp für Vietnam

Der Service Civil International (SCI) ist die älteste internationale Freiwilligenorganisation (seit 1920 im "Einsatz"), die unabhängig von bestimmten kirchlichen, staatlichen und parteimäßigen Bindungen Workcamps im Interesse der Völkerverständigung und sozialen Gerechtigkeit durchführt, sich für Frieden und Demokratie einsetzt, gegen Militarismus und Ausbeutung kämpft.

Die Camps bestehen aus international zusammengesetzten Gruppen, die neben der freiwilligen Arbeit gemeinsam leben, diskutieren, die Freizeit gestalten.

Der SCI führt vom 24. August bis 14. September d.J. in Düsseldorf in Zusammenarbeit mit der Hilfsaktion Vietnam e.V. ein internationales Solidaritätslager durch, um für einen Schulbus für kriegsgeschädigte vietnamesische Kinder zu sammeln und somit einen konkreten Beitrag zum Aufbau der unabhängigen Republik Südvietnam zu leisten. Gleichzeitig wollen wir über die konkrete Entwicklung im Land informieren, um damit der Tatsachenverfälschung der Massenmedien entgegenzuwirken.

Die 20 Teilnehmer des Lager kommen aus folgenden Ländern: Südvietnam, Bulgarien, UdSSR, Belgien, Uganda, CSSR, Frankreich, BRD, Dänemark, DDR.

Interessenten sind herzlich eingeladen, an den verschiedenen Aktivitäten des Workcamps teilzunehmen.

Kontaktadresse: Service Civil International
53 Bonn, Römerstr. 24

